



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

OECD-Studie – Bildung als
Investition in Zukunftsfähig-
keit einer Gesellschaft

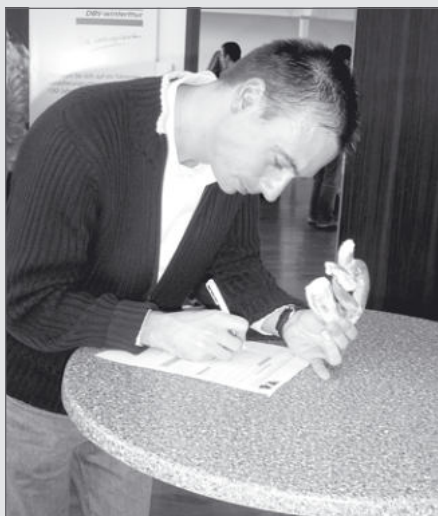
Kultusminister Siegfried
Schneider zum neuen
Schuljahr

IHK-Prüfungsbeteiligung –
Honorierung wird verbessert

VLB-Fortbildungstag für
Dienstanfänger

Fachdidaktiker im Gespräch
mit dem VLB

Hilfestellung zur Unterstüt-
zung des Lehrertages



Der VLB –
die Interessenver-
tretung für den
Berufsnachwuchs

Fachtagung des
kaufmännisch-verwaltenden
Bereichs
20. Oktober in Fürth

HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: kohn@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 12: 2005-11-07
 für Heft 01: 2005-12-05
 für Heft 02: 2006-01-09

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

3 Hans Preißl: Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft

Bildungspolitik

4 Hans Preißl: Pressekonferenz des Kultusministers zum Schuljahresanfang

Dienstrecht

5 Wolfgang Lambl: Prüfungsbeteiligung – IHK verbessert Honorierung für Lehrkräfte

5 dbb äußert sich zu Pensionsurteil des Bundesverfassungsgerichts

6 Wolfgang Lambl: Kein Minus auf dem Stundenkonto durch Lehrfahrten und Exkursionen

Lehrerbildung

7 Hans Preißl: Fortbildungstag für Dienstanfänger

10 Heiko Pohlmann: Fachdidaktiker im Gespräch mit dem VLB

11 Heiko Pohlmann: Einstellungssituation 2005

FOS / BOS

13 Hansjörg Bosch wird MB in Nordbayern

13 Schulversuch FOS 13 mit erfolgreichen Ergebnissen

Die Lehrerseite

14 Günter Schrickler: Supervision – wie Lernen und Erziehen leichter gelingen

18 Udo Baer: Quellen der Aggressivität

Pädagogik und Unterricht

20 Veranstaltungshinweis: Lehrergesundheitstag 2006

25 Ursula Hausner: Sozialarbeit als feste Einrichtung an beruflichen Schulen

27 Martin Ruf: Wörterbuch der Jugendsprache

28 Elfriede Sulzer-Gscheidl: Projekt zur Globalisierung

Schulentwicklung

30 Bernhard Kleierl: Unterricht mit virtuellen Klassen

Schulpartnerschaft

32 Gertrud Schilcher-Fuhrig: Fremdsprachenprojekt mit Nordirland

Aus dem Verbandsleben

Bezirks- und Kreisverbände

34 KV Donau-Wald, KV Rosenheim-Miesbach; BV Unterfranken

Fachgruppen

35 FG Religion; FG Sport

Senioren

36

Personalien

39

Umschau

41 **Termine**

42 **Für Sie persönlich**

44 **Letzte Umschlagseite**

Zum Heraustragen:

Programm der Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Titelfotos: Hans Preißl

OECD-Studie – Bildung auf einen Blick 2005:

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft

HANS PREISL

Nur langsam robt sich Deutschland im internationalen Bildungsranking nach oben. Dies dokumentiert die im September veröffentlichte Studie „Bildung auf einen Blick 2005“. Diesen Bildungsvergleich legt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) jedes Jahr neu auf.

Deutschland: Bildung ist Kostenfaktor und nicht Zukunftsinvestition

Viele OECD-Staaten haben erkannt, dass ein effizientes Bildungssystem maßgeblich Standortqualität, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung bestimmt. Eine leistungsfähige und innovative Volkswirtschaft braucht einen großen Anteil qualifizierter Menschen. Dafür gilt es genügend Ressourcen bereitzustellen.

Deutschland betrachtet Ausgaben für die Bildung offensichtlich nicht als Investition in die Zukunft. Unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sieht in Bildungsinvestitionen lediglich Konsumausgaben. Das macht es dem Finanzminister so einfach beim „Kostenfaktor Bildung“ auf die Schuldenbremse zu treten. Diese Haltung kritisiert der deutsche OECD-Verantwortliche Andreas Schleicher: »Bildung ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition, die sich höher verzinst als auf einem Bankkonto.«

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung in der Bundesrepublik Deutschland haben einen Anteil an den Gesamtausgaben von 9,8 Prozent und sind seit 1995 nur marginal um 0,1 Prozent gestiegen. Der Durchschnitt der OECD-Staaten legt 12,9 Prozent in Bildung an und hat die Ausgaben im gleichen Zeitraum um einen vollen Prozentpunkt gesteigert. Wenn

der überdurchschnittliche Anteil von privaten Ausgaben im dualen Ausbildungssystem den Bildungsgeiz der öffentlichen Hand nicht teilweise kompensieren würde, würde Deutschland abrutschen auf den 20. Rang der 28 verglichenen Staaten. Aber selbst beim Gesamtanteil öffentlicher und privater Investitionen am Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland mit 5,3 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 Prozent.

Hoher Aufholbedarf in Fort- und Weiterbildung

Erstmals untersucht die OECD-Studie auch die Weiterbildung. Hier hinkt Deutschland vergleichbaren Staaten deutlich hinterher. Nur 14 Prozent der 25- bis 64-jährigen Arbeitnehmer haben sich beruflich weitergebildet. Bei den Mitbewerbern liegt die Quote doppelt so hoch. Die Unverzichtbarkeit lebenslangen Lernens stellt die OECD-Studie besonders heraus. Sie sieht darin einen wesentlichen Faktor für das Wirtschaftswachstum und das wirtschaftliche Wohlergehen des Einzelnen. Sie sieht auch Indikatoren dafür, dass ein Einfluss besteht auf nicht wirtschaftliche Güter wie Gesundheit und soziale Integration. „Es wird also höchste Zeit die Hürden zu beseitigen, die sich vor beruflichen Schulen auftun, wenn sie sich auch zu Kompetenzzentren für Weiterbildung fortentwickeln wollen.“

Berufsfachschüler werden seltener arbeitslos

Einen eigenen Abschnitt widmet die Studie den Arbeitsmarktchancen von Arbeitnehmern mit einer dualen Ausbildung. Personen mit einem berufsqualifizierenden Abschluss des Sekundarbereichs II als höchstem Bildungsabschluss sind überwiegend im dualen System ausgebildet worden

(21,5 Mio.). Berufsfachschulabschlüsse spielten bisher eine eher untergeordnete Rolle (1,2 Mio.). Ihre Bedeutung nimmt aber stark zu. Hier fallen die Unterschiede bei den Arbeitslosenraten der beiden Gruppen besonders ins Auge:

Bei den 20- bis 24-Jährigen waren die Absolventen des dualen Systems zu 10 Prozent ohne Arbeit, bei den Berufsfachschülern lag die Quote bei lediglich 7 Prozent. Dies sagt zum einen etwas über die hohe Qualität der Ausbildung an Berufsfachschulen, und widerlegt zum anderen eindrucksvoll das Argument, das von Arbeitgeberseite so gern verbreitet wird, bei Berufsfachschulen bestünde die Gefahr, dass am Bedarf vorbei ausgebildet wird. Wenn also absehbar ist, dass weiter Heerscharen junger Schulabgänger keinen Platz im dualen System finden, wird auch in Bayern die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Die Staatsregierung kann es sich nicht weiter leisten sich von mächtigen Pressuregroups ideologische Scheuklappen aufsetzen zu lassen, die den längst überfälligen Ausbau von Berufsfachschulen blockieren.

Soziale Herkunft entscheidet über Bildungschancen

Immer noch hat die soziale Herkunft in Deutschland einen zu großen Einfluss auf das Erreichen von Bildungsabschlüssen. In Bayern gelingt die Entkoppelung von sozio-ökonomischem Hintergrund und Schulerfolg besonders schlecht. Will man dieser Zielgruppe nachhaltig helfen, führt an einer differenzierten Förderung im Unterricht kein Weg vorbei. Dem stehen die heuer noch einmal gestiegenen Klassengrößen im Weg.

Von Bildung gehen Produktivitäts- und Wachstumseffekte aus

Bayern läuft durch die einseitige Fixierung auf die Sanierung des Staatshaushaltes Gefahr wichtige Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren. Anhand eindeutiger Indikatoren belegt die Bildungsstudie: „Klare Bildungserträge im Hinblick auf die Beschäftigungsaussichten, das Verdienstniveau und das Wirtschaftswachstum lassen sich messen.“

Pressekonferenz des Kultusministers zum Schuljahresanfang:

Zukunftsorientierte Bildung ist eine langfristige Aufgabe

HANS PREISL

Traditionsgemäß stellt der Kultusminister in einer Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn wichtige Eckdaten und Neuerungen vor. Natürlich dient die Veranstaltung auch dazu die Leistungen des Hauses in ein positives Licht zu rücken. So begann der Minister die Pressekonferenz mit Hinweisen auf PISA-Test und Bildungsmonitor, die beide den bayerischen Schülerinnen und Schülern ein „ausgesprochen hohes Bildungsniveau“ bescheinigten.

„Auf einem hohen Niveau gesichert“ sieht der Minister auch die Unterrichtsversorgung. 4600 Lehrkräfte sind eingestellt worden und das seien immerhin 800 mehr als im vergangenen Jahr, verkündet Schneider nicht ohne Stolz. Eine genauere Betrachtung der Zahlen ergibt aber ein differenzierteres Bild. Von den neu eingestellten Lehrkräften bekommt nur gut die Hälfte eine Planstelle. Die etwas mehr als 900 Bewerber, die einen Supervvertrag erhalten haben, müssen ein Jahr warten, um fest angestellt zu werden. Und immerhin 1333 Bewerberinnen und Bewerber werden lediglich befristet beschäftigt und wissen nicht, ob sie ihren Arbeitsplatz im Schuldienst behalten können.

Der Lehrerberuf hat an Attraktivität verloren

Wenig später beklagt der Minister, dass es schwierig sei in den Fächern Mathematik und Physik sowie in Metall- und Elektrotechnik, die benötigte Anzahl von Lehrern zu gewinnen. Ob hier der Zusammenhang nicht allzu klar auf der Hand liegt? Lehrer in den genannten Fächern sind auch in der Wirtschaft gefragt. Kann man es einem Bewerber verübeln, wenn er dort hin wechselt. Im Laufe seines Studiums konnte er schließlich mitverfolgen, wie der Lehrerberuf systematisch unattraktiv gemacht wurde.

- In mehreren Runden wurde die Arbeitszeit erhöht.
- Die Leistungszulagen wurden auf einen marginalen Rest abgeschmolzen.
- Gerade die besonders Leistungswilligen wurden mit einer Kürzung der Anrechnungstunden bestraft.

Keinen Verantwortlichen darf es wundern, wenn sich ein Bewerber nicht mit einem perspektivlosen Jahresvertrag in den Schuldienst locken lässt.

Wenn der Minister behauptet, die Unterrichtsversorgung sei auf einem hohen Niveau gesichert, sei ihm empfohlen, einen Blick auf das Zahlenwerk seines eigenen Hauses zu werfen. Obwohl die Schülerzahlen an FOS und BOS zwischen 10 und 12 Prozent gestiegen sind, weist die Statistik bei den Neueinstellungen jeweils ein Minus auf. Für alle beruflichen Schulen ging die Zahl der Neueinstellungen um 28 Prozent zurück.

An den Gymnasien sind die Schülerzahlen um ganze zwei Prozent gestiegen, die Neueinstellungen wurden aber um fast 58(!) Prozent gesteigert. Die beruflichen Schulen bluten also weiter für das Prestige-Unternehmen G8!

Das führt dazu, dass die Klassenstärken rapide nach oben gefahren werden müssen. So sitzen an Berufs- und Fachoberschulen im Schnitt fast 27 Schüler. Man bedenke, dass es sich hier um Schüler der Sekundarstufe II handelt. Vergleichbare Zahlen für den gymnasialen Bereich sind hier gar nicht verfügbar. Sie würden eine zu eindeutige Sprache sprechen. Von einer Gleichwertigkeit der Ausbildungswege kann also wahrlich nicht die Rede sein.

Modellversuche zur Doppelqualifizierung

Diesem Ziel soll aber ein Modellversuch dienen, der an einigen Berufs-

fachschulen für Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege und Hebammen durchgeführt wird. Besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler eine Doppelqualifikation erwerben können. Neben einer beruflichen Qualifikation erlangen sie auch die Fachhochschulreife. Dieses Angebot setzt eine besonders motivierte Zielgruppe voraus: Die Schüler erhalten nämlich neben dem regulären Unterricht Zusatzunterricht in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. Dieser findet in der Freizeit statt. Im dritten Schuljahr wird dann eine Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife abgelegt.

Noch ehrgeiziger ist das Projekt, das die Staatliche Berufsschule Wunsiedel-Marktredwitz und die Fachhochschule Hof anpacken wollen. Unter dem Titel „FH Dual“ sollen Auszubildende zum Industriekaufmann/zur Industriekauffrau neben ihrer Berufsausbildung ein Studium an der FH in Hof beginnen. Das Interessante an dieser Kooperation ist, dass die an der Berufsschule erbrachten Leistungen inhaltlich als Studienleistungen angerechnet werden.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

Bescheiden bleibt hingegen das Angebot für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Hier werden lediglich die Maßnahmen des letzten Schuljahres fortgeführt. Es handelt sich weitgehend um Angebote, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden. Mittelfristig wird sich auch die bayerische Staatsregierung der Verantwortung für die vielen jungen Menschen nicht entziehen können, denen der Ausbildungsstellenmarkt den Zutritt verweigert.

Mit wohlklingenden Worten beendet der Minister seine Pressekonferenz: „Wir müssen das Bildungssystem so gestalten, dass die künftigen Generationen angesichts der sich wandelnden Anforderungen ihr Leben selbstständig gestalten können“. An diesen Worten werden wir seine Taten zu messen haben. <

Spitzengespräch des VLB Bayern mit der IHK für München und Oberbayern:

Prüfungsbeteiligung – Honorierung für die Lehrkräfte wird verbessert

WOLFGANG LAMBL

„Wie honorieren die IHKs künftig die Mitwirkung der Lehrkräfte bei den Berufsabschlussprüfungen?“ Dies war die erste Frage des stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Lambl an die Spitzenvertreter der IHK für München und Oberbayern, Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Dörfler und den Leiter der Berufsbildung Dr. Josef Amann.

Nachdem das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus durch die Einrichtung eines zweckge-

Schwaben erarbeitetes Konzept, welches in der Diskussion über die Mitwirkung von Lehrern in den Prüfungsausschüssen der IHK zukunftsweisende Lösungen aufzeichnet.

So sind die IHKs bestrebt, durch Optimierung der Prüfungsorganisation mit dem zur Verfügung gestellten Stundenpool möglichst effizient zuzugehen. Die gesonderte Vergütung von organisatorischen Tätigkeiten wird durch die getrennte Betrachtung von Prüfungsorganisation und Prüfertätigkeit ermöglicht. Bei der Honorierung der Korrekturtätigkeit wird die



Nach der zeitlichen Entlastung durch das KM kommt jetzt eine verbesserte Honorierung der Lehrkräfte durch die IHK. Zufrieden mit der erzielten Lösung zeigen sich der Leiter der Berufsbildung Dr. Josef Amann, der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler, Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl und der Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern Dr. Reinhard Dörfler.

bundenen Stundenpools an jeder Berufsschule, aus dem Ausgleichsstunden für die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern vergeben werden, der (Haupt-)Forderung vieler Kolleginnen und Kollegen Rechnung getragen hat, stand in dem Gespräch mit den IHK-Vertretern im Mittelpunkt, welche „Honorierungsmöglichkeiten“ von Seiten der IHKs realisierbar sind.

Als Grundlage für das Gespräch diente ein von Mitgliedern des Berufsbildungsausschusses der IHK

Bearbeitungszeit der zu korrigierenden Arbeit als Prüfungszeit angesetzt.

Die IHKs unterstützen darüber hinaus nach Möglichkeit die berufliche Weiterbildung der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen durch kostenfreie oder ermäßigte Teilnahme an Lehrgängen und Seminaren der IHK. Im Zusammenhang mit den Prüfungen wäre auch ein Sponsoring von Sachausstattung für die Schulen ein weiterer Ansatzpunkt zur Erhöhung der Motivation. In den in jedem Regierungs-/Kammerbezirk ins Auge ge-

fassten Gesprächen zwischen VLB und IHK-Berufsbildungsverantwortlichen sollen weitere Möglichkeiten der Intensivierung der Kooperation ausgelotet werden.

Der Vorschlag des Landesvorsitzenden Hans Käfler, auf der Basis des novellierten Berufsbildungsgesetzes (BBiG) durch die Anrechnung schulischer Lernergebnisse in der Berufsabschlussprüfung den Prüfungsaufwand deutlich zu reduzieren, wurde von den IHK-Verantwortlichen (noch) abschlägig beschieden.

Damit wird – zumindest vorläufig – der Schlussstrich unter diese Auseinandersetzung um eine adäquate Entschädigung gezogen. Was bleibt? Es ist durch Solidarität und Entschlossenheit gelungen eine zeitliche Entlastung und eine Verbesserung der Honorierung für die Lehrkräfte zu erreichen. Der VLB bedankt sich nochmals herzlich für die Unterstützung! <

dbb zu Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

Schiefelage bei künftigen Reformschritten vermeiden

Der dbb beamtenbund und tarifunion wertet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abschmelzung der Beamtenpensionen als eine Aufforderung an die Regierung, bei künftigen Reformschritten jede Schiefelage zu Lasten der Versorgungsempfänger zu vermeiden. „Ansonsten läuft der Gesetzgeber Gefahr, den Boden der Verfassung unter den Füßen zu verlieren“, sagte dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen am 27. September 2005 in Berlin. Die Karlsruher Richter hatten am selben Tag geurteilt, dass die Absenkung der Pensionen auf 71,75 Prozent durch das Versorgungsreformgesetz von 2001 mit dem Grundgesetz vereinbar ist. „Die damit verbundenen Einschnitte sind natürlich für viele betroffene Versorgungsempfänger schmerzhaft.“

Andererseits betonte Heesen: „Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich die Tatsache anerkannt, dass die Versorgungsempfänger gegenüber Rentenempfängern stärker zur Kasse gebeten worden sind. Damit trägt das Gericht unserer Kritik Rechnung, dass eine wirkungsgleiche Übertragung von Reformen in der Rente auf die Beamtenversorgung nicht dadurch hergestellt wird, dass prozentual gleiche Abschmelzwerte in den Systemen vorgenommen werden können,

weil die Systeme in der Substanz unterschiedlich sind.“

Insgesamt verstehe und werte der dbb dieses Urteil deshalb als eine vernünftige Ausgangsposition für die Beratung mit der neuen Bundesregierung über die Ausgestaltung des Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes sowie über weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit den aller fünf Jahren von der Bundesregierung vorgelegten Versorgungsberichten. <

keit auf mehrere Lehrkräfte zu verteilen, um abrechnungsfähige Mehrarbeit im Sinne der einschlägigen Vorschriften zu vermeiden.

Die Teilnahme an Wandertagen/Exkursionen bzw. die Teilnahme an sonstigen schulischen Veranstaltungen soll nicht immer auf dieselben Lehrkräfte beschränkt sein; vielmehr sollen diese Aufgaben möglichst gleichmäßig auf das gesamte Kollegium verteilt werden.

Um organisatorische Probleme an den betreffenden beruflichen Schulen zu vermeiden, soll das KMS vom 18.07.2005 erst ab dem neuen Schuljahr (Schuljahr 2005/06) umgesetzt werden.

Somit sind die von den Delegierten und Arbeitskreisteilnehmern beim VLB-Berufsbildungskongress 2004 in Bamberg beschlossenen Anträge und Entschlüsse zum Lehrerunterrichtszeitkonto („LUZ“) und einer nicht kompatiblen Mehrarbeitsverordnung, die wiederum Freizeitausgleich berücksichtigt, endlich einer Lösung zugeführt und werden für allseitige Akzeptanz sorgen.

Mit Herausgabe der beiden Schreiben hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein Signal in die richtige Richtung gegeben, denn wie lautete die Aussage aller bei der Einführung von „LUZ“: „Wir wollen keine „Erbsenzählerei“ an den beruflichen Schulen.“ <

Lehrfahrten und Exkursionen:

Kein Minus auf dem Stundenkonto

WOLFGANG LAMBL

Die etwas „reiferen“ Lehrkräfte an den Berufsschulen können sich noch erinnern: Es gab – und in den anderen Schularten gibt es sie noch immer – eine Zeit ohne Sollstundenzahl, Minusstunden, Ausfallstunden, LUZ ...“.

Nun hat das Ministerium mit klaren Regelungen die ausufernde unterschiedliche Handhabung bei der Anrechnung von Unterrichtsausfall durch sonstige Schulveranstaltungen beendet.

Mit Schreiben vom 18. Juli 2005, Gz. VII.8-5 P 9004-7.65 97 1 wurde bestimmt, dass Lehrkräften, die nicht an sonstigen Schulveranstaltungen, wie z.B. an Wandertagen oder Exkursionen teilnehmen und deren Unterricht aus diesem Grund ausfällt, deswegen kein Minus auf dem Stundenkonto zu verbuchen ist. Die Minderbeanspruchung soll gleichwohl durch deren eigene Teilnahme an schulischen Veranstaltungen oder durch andere schulische Aufgaben kompensiert werden (vgl. § 4 LDO).

Die konkrete Nachfrage einer Regierung führten dann am 22.08.2005, Gz. VII.8-5 P 9004.7-86 717, in einem ergänzenden Schreiben zu folgenden weiteren Vorgaben:

Der durch Wandertage/Exkursionen bedingte Stundenausfall von Lehrkräften, die nicht an den Wandertagen/Exkursionen teilnehmen, kann nicht mit Vertretungsstunden dieser Lehrkräfte verrechnet werden.

Die Kompensation der Minderbeanspruchung soll – in Anlehnung an die Regelung zum Ausgleich angefallener Mehrarbeit (vgl. KMBek vom 11. Dezember 1989, KWMBI 1990 I S. 3, zuletzt geändert am 18. Oktober 2002, KWMBI I 2002 S. 376) – innerhalb eines Jahres nach der Minderbeanspruchung erfolgen.

Die Minderbeanspruchung durch Wandertage/Exkursionen gilt nicht als Freizeit im Sinne der o.g. Vorschrift zum Vollzug der Mehrarbeitsvergütungsverordnung.

Die Schulleitungen sind gehalten, anfallende Mehrarbeit nach Möglich-

Fortbildungstag für Dienstanfänger:

Kompakte Information, kompetente Beratung, konstruktive Diskussion

HANS PREISL

Sowohl unter den Lehrern an beruflichen Schulen als auch in deren Standsvertretung, dem VLB, dominieren zahlenmäßig Kollegen mit großer Lebenserfahrung. Von Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl, selbst auch schon ein gereifter Fünfziger, kam deshalb die Anregung sich um den Lehrernachwuchs ganz besonders zu kümmern. Im Organisieren und Ausprobieren von innovativen Veranstaltungsformen ist er ja auch ein „alter Hase.“ So wurde die Idee einer Dienstantrittsveranstaltung für Berufsanfänger geboren und erstmals umgesetzt. Es gelang ihm auch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus als Kooperationspartner zu gewinnen. Gut 50 Referendare opferten einen sonnigen Herbstsamstag und scheuten auch lange Anfahrtswege nicht um sich aus erster Hand informieren zu lassen. Sie sollten es nicht bereuen. Wolfgang Lambl bot eine Referentenriege auf, die jeden auch nur erahnbar Informationsdurst der „Newbies“ zu stillen versprach. Beinahe die komplette Verbandsspitze war angereist, das Kultusministerium schickte seinen Sachverstand; erfahrene Referendare nahmen Ängste und selbst Experten für soziale Vorsorge und finanzielle Absicherung standen den Referendaren Rede und Antwort.

Der Marmorsaal der Nürnberger Akademie bot ein würdiges Ambiente für die exzellent organisierte Veranstaltung.

In diesem Schuljahr: Planstellen nur für ein Drittel der Bewerber ...

Georg Hirner, Ministerialrat am Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus lieferte Basisinformationen zum Referendariat. Er ging zu-

nächst auf die Verunsicherung ein, die entstanden ist in Bezug auf die Anstellungssituation. Die Unterrichtspflichtzeiterhöhung und die gleich darauf folgende Einführung des Arbeitszeitkontos hätten etwa 400 Lehrerkapazitäten erzeugt. Das hat sich natürlich



Georg Hirner vom KM muss sich mit den Realitäten der Sparpolitik abfinden. „Referendare sind ein Mittel der Bedarfsdeckung.“

auf die Anstellungschancen für neu ausgebildete Kollegen ausgewirkt. Nur ein Drittel der Bewerber erhielt ein Planstelle, ein Viertel bekam sog. Superverträge, bei denen nach zwei Jahren Angestelltendasein die Übernahme garantiert wird. Die übrigen Bewerber müssten mit einem Ein-Jahres-Vertag zufrieden sein, bei dem eine weitere Beschäftigung offen ist.

... trotzdem gibt es niemanden, der leer ausging

Die Befürchtung des Ministeriums man könne 80 Bewerbern gar kein Angebot machen, sei nicht eingetreten. „Alle sind untergekommen“, freute sich Hirner. Für die aktuellen Referendare entspanne sich die Situation weiter. Auf mittlere Sicht bestehe sogar die Gefahr eines eklatanten Lehrermangels. Anders als ursprünglich erwar-

tet, warte auf die beruflichen Schulen ein Schülerberg, der erst im Jahr 2020 auf den jetzigen Stand zurückgehen werde. Allerdings gelte es zu differenzieren: Die dualen Berufe stagnierten oder gingen zurück. Dafür hätten FOS, BOS und Wirtschaftsschulen zweistellige Zuwachsraten. „Die Wirtschaft stiehlt sich aus der Verantwortung“, kritisierte Hirner. Dieser schleichende Rückzug aus dem dualen System werde zu einem Rückgang der Auszubildenden-Zahlen führen, prognostizierte er. Dann werde allerdings der Staat in die Pflicht zu nehmen sein. Schulische Vollzeitangebote müssten die Lücke kompensieren. Ein-, zwei- und dreijährige Berufsfachschulen würden auch in Bayern das Ausbildungsangebot komplettieren müssen. „Wir können die jungen Leute nicht auf der Straße stehen lassen.“

Elektro und Metall: eklatanter Lehrermangel erzwingt Sondermaßnahmen

In Bereich Metall und Elektro sei der Lehrermangel seit Jahren so eklatant, dass immer wieder Sondermaßnahmen für Seiteneinsteiger aufgelegt werden müssten. Das bringe dem Ministerium den Vorwurf ein, man plane nicht richtig. Aus verschiedenen Gründen sei der Lehrbedarf praktisch unplanbar, sagte der Ministeriumsvertreter. Konjunkturelle Einflüsse führten zu nicht voraussehbaren Schwankungen bei den Auszubildendenzahlen. Außerdem sei weder das Berufswahlverhalten der Auszubildenden noch das Fachwahlverhalten der Studenten kalkulierbar. Sondermaßnahmen seien ein Notprogramm und stellten deshalb keine Konkurrenz für die grundständig ausgebildeten Referendare dar. Für diese würden die Einstellungschancen auf absehbare Zeit positiv sein.

Referendare unterrichten schon im ersten Jahr eigenverantwortlich

Der Vorbereitungsdienst bringe ab diesem Schuljahr zwei Veränderungen. Die Staatsregierung habe mit ihrer Sparpolitik einen Pflöck gesetzt, der auch die Referendarsausbildung

nicht ausnehme. Schon im zweiten Halbjahr des Vorbereitungsdienstes müssten die Junglehrer zwei Stunden eigenverantwortlichen Unterricht halten. „Dadurch werden 14 (!) Lehrerkapazitäten gewonnen. Hirner bedauerte „diese Kröte schlucken zu müssen“. Da dies an Grund- und Hauptschulen schon seit einem Jahrzehnt so praktiziert werde, sei es schwer dagegen anzuargumentieren. Im zweiten Jahr des Vorbereitungsdienstes werde der sog. zusammenhängende Unterricht abgeschafft, das bringe für den Finanzminister 6 weitere Unterrichtskapazitäten.

Hirner sicherte den Referendaren zu, dass man sich bemühen werde sie in der Nähe ihres Wunschortes einzusetzen. Allerdings verhehlte er nicht, dass Referendare ein „Mittel der Bedarfsdeckung seien. So würden 300 Referendare ca. 200 Lehrkräfte ersetzen. Er bedauerte, dass aus diesem Grund Ausbildungsgesichtspunkte beim Referendareinsatz keine Rolle spielen könnten.

Dem Sparwillen der Staatsregierung seien 220 Planstellen zum Opfer gefallen. Jeweils 25 Lehrer, die eine Stunde länger arbeiten, hätten je ein zusätzliches Stellenäquivalent geschaffen. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall würden Klassen- oder Gruppenteilungen immer öfter vermieden. Das bedeutet, dass jetzt weniger Lehrern mehr Unterricht in größeren Klassen erteilen. Dadurch sei die Lehrerbelastung enorm. „Irgendwann brechen die Leute zusammen“, konstatierte Hirner nüchtern.

Lambl: Personalräte sind Anwälte der Beschäftigten

Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat am KM stellte die komplexe Struktur der Personalvertretung in Bayern vor. Die Amtsperiode der Personalräte soll von vier auf fünf Jahre verlängert werden. Die nächsten Wahlen werden 2006 vom 9. bis 11. Mai stattfinden. Anders als in vielen nördlichen Bundesländern verlange das bayerische Personalvertretungsrecht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Personalräten und Dienststelle. Zu diesem Zweck sei beispielsweise

das sog. Monatsgespräch zwischen dem Leiter der Dienststelle und der Personalvertretung verpflichtend institutionalisiert. Zu den Aufgaben des Personalrats gehöre es, Maßnahmen die den Beschäftigten dienen, zu beantragen, die Einhaltung von Normen und Verträgen zu überwachen und Anregungen und Beschwerden entgegenzunehmen. Maßnahmen, die der Mitbestimmung unterliegen, könnten nur mit Zustimmung des Personalrats getroffen werden. Das gelte beispielsweise für Einstellungen, Beförderungen oder Versetzungen. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte stünden der Personalvertretung insbesondere in personellen und sozialen Angelegenheiten zu. Wolfgang Lambl sieht die Personalräte in der wichtigen Rolle des Anwalts der Beschäftigten. Sie seien für das Klima an einer Schule wichtig, weshalb Schulleiter grund-



HPR Wolfgang Lambl: „Personalräte verstehen die Anliegen der Kollegen als Auftrag.“

sätzlich Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit hätten. Verantwortungsvolle Personalräte würden die Anliegen der Kollegen als Auftrag verstehen und den Schulalltag konstruktiv-kritisch mitgestalten.

Hans Käfler, Vorsitzender des VLB machte das äußerst breite Spektrum des Lehrers oder der Lehrerin an einer beruflichen Schule bewusst. Die Bandbreite des Unterrichts reiche von den Jungarbeitern über die Berufsschüler bis zu den Studierenden der Fachakademie, den Absolventen von Berufs- und Fachoberschulen bis



VLB-Landesvorsitzender weist auf groteske Situation hin: Die Unterrichtspflichtzeit für Lehrer liegt heute genauso hoch wie 1945 unmittelbar nach dem Krieg.

hin zur Ausbildung von Technikern.

Sie umfasse höchst unterschiedliche Lehrergruppen, die eins gemeinsam haben: Nur sie unterrichten ausschließlich in der weichenstellenden Sekundarstufe II. Deshalb müsse dem Lehrer an beruflichen Schulen das breite und anspruchsvolle Studium erhalten bleiben, forderte Käfler. Allen Gedanken, die Lehrerbildung an die FH zu verlagern, erteilte er eine eindeutige Absage.

Besonders schwierig gestalte sich das Kompetenzwarrir im Bereich der dualen Ausbildung. Für die betriebliche Seite gelte Bundesrecht, Sondermaßnahmen verantwortet die Bundesanstalt für Arbeit, und der schulische Part liege in der Hoheit der Bundesländer. Eine Bündelung der Kräfte würde die Effizienz sicher steigern.

In aller Kürze stellte Käfler die Verbandsstruktur des VLB vor. Der Hauptvorstand entscheide über Grundsatzfragen, während der geschäftsführende Vorstand für das aktuelle Geschäft verantwortlich zeichne. Die Gliederungen in den Bezirken und Kreisen bezeichnete er als unverzichtbar, wenn es darum gehe, Informationen zu transportieren.

Durchsetzungsfähigkeit durch Argumente und Ausdauer

Als wichtigen Einflussfaktor im Geschäft der politischen Interessenvertretung bezeichnete Hans Käfler den

Hauptpersonalrat. Dieses Geschäft sei nämlich in den letzten Jahren deutlich vielfältiger, umfangreicher und schwieriger geworden. Besonders die Lobbyarbeit gegenüber einem selbstbewusster gewordenen Parlament erfordere hohes Engagement und Einfühlungsvermögen. Sie sei nicht immer leicht zu bewerkstelligen, da außer den Mitarbeitern in der Geschäftsstelle alle Funktionsträger ehrenamtlich arbeiteten. Da der Verband Beamte vertrete, stehe ihm kein so wirksames gewerkschaftliches Kampfmittel wie der Streik zur Verfügung. Die Durchsetzungsfähigkeit des Verbandes beruhe deshalb auf Argumenten und Ausdauer. Mit dieser Strategie fahre man gut, habe aber in letzter Zeit immer mehr damit zu tun, weitere von Politikern beabsichtigte Grausamkeiten abzuwenden. Als Erfolgsbeispiel nannte Käfler den nach zähem Ringen erreichten Ausgleich für die Prüfertätigkeit bei den Kammern. Auch bei der Änderung der LDO sei es gelungen eine dezidierte Ausweitung der Pflichtaufgaben für Lehrer zu verhindern.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz brauchen ein sinnvolles Angebot

Erheblichen Handlungsbedarf sieht der VLB-Chef bei den Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis. Unter den gegebenen Bedingungen kann die Berufsschule die Folgen der Ausbildungsverweigerung der Wirtschaft nicht verkraften. Käfler empfiehlt deshalb einen Blick zu den Nachbarn Österreich und Baden-Württemberg. Dort würden ein Drittel der Jugendlichen dual ausgebildet, ein weite-



Interessiert folgten die Referendare den Ausführungen der verschiedenen Referenten.



Heiko Pohlmann: „Der Übergang ins 2. Referendariatsjahr ist relativ hart: 16 Stunden sind zu halten.“

res Drittel besucht Berufsfachschulen, und das letzte Drittel erwerbe auf technischen Gymnasien sowohl Berufsabschluss als auch Abitur. Auch Bayern komme nicht umhin für die jungen Menschen Verantwortung zu übernehmen. „Junge Leute ohne Perspektive zu entlassen, ist ein Verbrechen“, kritisierte er.

Hans Käfler stellte kurz die Medien vor, mit denen Mitglieder immer auf dem aktuellen Informationsstand bleiben. Die vernetzte Struktur von starken Partner und Dachverbänden erhöhe die Schlagkraft des VLB. Er appellierte an die Solidarität vor Ort. Ein Verband sei nur so stark, wie die Mitglieder ihn machten.

„Tipps und Tricks für das Referendariat“ hatte Organisator Wolfgang Lambl den Referendaren versprochen, als er Seminarvorstand Heiko Pohlmann ankündigte. Dem schie-



Rainer Roggan: „Treffen Sie rechtzeitig Vorsorge für Ihr weiteres Leben.“

nen die Tricks aber wohl nicht seriös genug und flugs strich er sie von der Agenda. Die hohe Diskussionsbereitschaft schien aber zu signalisieren, dass sich auch mit „Nur-Tipps“ gut versorgt fühlen. Pohlmann stellte die regionale und inhaltliche Struktur des Vorbereitungsdienstes dar. Gesprächsbedarf gab es bei den sozialen Kriterien, die bei der Zuteilung einer Einsatzschule eine Rolle spielen. Er empfahl mit Leitern von Wunschschulen in Kontakt zu treten. Ein Referendar regte an, eine Tauschbörse einzurichten. Pohlmann informierte die Referendare auch über Veränderungen bei den Prüfungen. Die dritte Lehrprobe dauert nun 90 Minuten. Damit wird den lernfeldorientierten Lehrplänen Rechnung getragen. Außerdem wird die bisherige schriftliche Klausur abgelöst durch ein Kolloquium. Dabei haben die Prüflinge für ein Fallbeispiel ein Lösungskonzept zu entwickeln und vorzutragen. Er zerstreute auch Bedenken das hoch gewichtete „Gutachten“ könne an Objektivität einbüßen, wenn es von der gleichen Person erstellt wird, die die Lehrproben abnimmt.

Zum Abschluss der gelungenen Veranstaltung standen die erfahrenen Referendare Edigna Kellermann und Jürgen Krotter den Dienstangängern Rede und Antwort. Sie verstanden es geschickt natürlich vorhandene Ängste zu entschärfen. <

Fachdidaktiker im Gespräch mit dem VLB:

Forschung muss noch vernachlässigt werden

HEIKO POHLMANN

Zu einem Gespräch über die Probleme der Fachdidaktiker hatte der VLB geladen und sie waren dann auch vollzählig erschienen: Michael Antonitsch (Metalltechnik), Josef Birle (Bautechnik), Volker Ehlers (Sozialpädagogik), Christine Hefer (Gesundheit und Pflegewissenschaft), Peter Hoffmann (Elektrotechnik) und Elisabeth Raab (Nahrung). Der VLB war mit Hans Käfler und Heiko Pohlmann vertreten. Kurzzeitig nahm auch der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Berthold Gehlert, an der Sitzung teil. Schaut man die gegenwärtige Situation an, so ergeben sich einige lösbare Schwierigkeiten, beim Blick in die Zukunft hingegen sehr ernst zu nehmende Probleme.

Zukünftige Leitung des ZLL

Schärft man diesen Blick in die Zukunft, dann ergibt sich ein vorrangiges Problem aus der Tatsache, dass der Präsident der Technischen Universität München, Prof. Wolfgang Herrmann, seine Zukunftsvisionen verkündet hat: Nach dem Ausscheiden von Prof. Wilfried Huber, dem jetzigen Leiter des Zentralinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung (ZLL) soll der noch zu bestimmende Professor des neuen Lehrstuhls für das Lehramt an Gymnasien diese Leitung übernehmen. Mit diesem Paukenschlag eröffneten die Fachdidaktiker die Sitzung und baten den VLB um Hilfe. „Es kann nicht angehen, dass ein Professor, der nur wenige Studenten des Lehramtes an Gymnasien an der TU vertritt, die Leitung des ZLL übernimmt. Die weitaus größere Zahl der Studenten studiert das Lehramt an beruflichen Schulen“, so einer der Fachdidaktiker.

Im Gespräch ergaben sich folgende mögliche Hintergründe für die Aussage des TU-Präsidenten: Die inter-

nationale Expertenkommission unter Leitung von Prof. Jürgen Mittelstraß, die im Auftrag der Staatsregierung Möglichkeiten erarbeiten sollte, wie die Kräfte an den Universitäten gebündelt werden könnten, hat vorgeschlagen, auch Überlegungen anzustellen, ob das Lehramt an Grund- oder Hauptschulen und das an beruflichen Schulen auch in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen studiert werden könnte. In den Empfehlungen der Kommission „Wissenschaftsland Bayern 2020“ heißt es dazu unter 2.2.4.4 „Für einzelne Bereiche der Lehrerbildung, z. B. für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, für die Berufsschullehrerbildung und für die Sonderpädagogik, kann es auch in Zukunft sinnvoll sein, von Anfang an erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Studiengänge vorzusehen. Dabei sollten verstärkt Kooperationsmöglichkeiten von Universitäten und Fachhochschulen genutzt werden, und ... In Modellversuchen sollte alsbald erprobt werden, inwieweit nicht auch ganze Lehramtsstudiengänge von Fachhochschulen angeboten, d. h. von den Universitäten an die Fachhochschulen verlagert werden können.“

In dem Bericht wird der Gedanke fortgeführt unter 2.2.6.3 „Im einzelnen ist festzustellen, dass das auch für Bayern geltende Ziel, bis 2020 40 Prozent aller Studierenden an Fachhochschulen auszubilden, derzeit nur in kleineren Schritten Realisierungschancen hat (der derzeitige Anteil der flächenbezogenen Studienplätze an Fachhochschulen in Bayern liegt bei etwa 25 Prozent). Um dieses Ziel zu erreichen, müssten schon heute 15.000 neue Studienplätze an Fachhochschulen geschaffen sein ... Die Kommission empfiehlt zumindest eine Verlagerung der Berufsschullehrerausbildung an die Fachhochschulen ... Aus grundsätzlichen Erwägungen wäre langfristig sogar ein Verhältnis von 40 zu 60 Prozent

aller Studierenden zwischen Universitäten und Fachhochschulen (mit den Fachhochschulen als Regelhochschulen) wünschenswert.“

Der VLB legt schon seit vielen Jahren gebetsmühlenartig dar, dass eine Ausbildung an der FH für unser Lehramt nicht in Frage kommt. Schon allein der Gedanke der Kommission, dass Grundschullehrer, die in der Primarstufe unterrichten ebenso an der FH ausgebildet werden sollen wie Berufspädagogen, die ausschließlich in der Sekundarstufe II und in der Erwachsenenbildung unterrichten, ist so abwegig, das es eigentlich keiner weiteren sinnvollen Diskussion bedarf!

Diese beeinträchtigt nämlich die Attraktivität dieses Berufes erheblich und hält Interessenten davon ab ein entsprechendes Studium zu beginnen. Zu Recht stellt das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln in einem Dossier „Berufsausbildung“ aus dem Jahre 2004 fest:

„Allein für die kommenden Jahre wird eine Deckungslücke von über 11 000 Berufsschullehrern vorhergesagt. Besonders im Bereich Metall- und Elektrotechnik scheint sich eine große Kluft aufzutun. Deshalb sind verschiedene Lösungsansätze notwendig, um den absehbaren Nachwuchsmangel zu überwinden. Dies ist vor allem Aufgabe des Staates, aber auch die ausbildende Wirtschaft kann mithelfen, dass die Berufsschulen ihre Aufgaben erledigen können:

- Der Staat muss mehr Lehrer an die Berufsschulen locken, indem er z.B. Referendaren Zulagen zahlt.
- Das Image der Berufsschullehrer muss aufpoliert werden. Immer noch werden diese in der Öffentlichkeit in Verbindung mit einer veralteten Ausbildung gebracht – obwohl diese Pädagogen in modernen Berufen unterrichten und das selbstständige Lernen fördern. Auch neue Bildungskonzepte finden sich in Berufsschulen.
- Der Lehrerberuf muss attraktiver werden. So können in einer mehrgliedrigen Lehrerbildung Absolventen entscheiden, ob sie später eher pädagogische Einsatzfelder wählen oder pädagogisch-betriebliche (z.B.

Bildungsleiter von Unternehmen), oder ob sie gar Aufgaben von Ingenieuren übernehmen wollen.

- Ähnlich wie beim Lehrer an kaufmännischen Schulen (Abschluss: Diplom-Handelslehrer) könnte der Abschluss als Diplom-Ingenieur / Diplom-Berufspädagoge das Studium zum Lehrerberuf attraktiver gestalten.“

Noch problematischer wird die Verlagerung unseres Studienganges an die FH, wenn man dazu die „Ver Vereinbarung „Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen“ anschaut. Dieser Beschluss der Innenministerkonferenz vom 6. Juni 2002 und der Kultusministerkonferenz vom 24. Mai 2002 beinhaltet Kriterien für den Zugang zum höheren Dienst:

Das Studium muss gekennzeichnet sein durch:

- die Vermittlung der Zusammenhänge des studierten Faches,
- die Fähigkeit, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anwenden zu können und
- die Vermittlung der für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse.

Auf die genauen Anforderungen an einen solchen FH-Studiengang soll hier nicht näher eingegangen werden, da im Akkreditierungsverfahren erst festgestellt werden muss, ob der Master-Abschluss an der FH dem an der Universität gleichzusetzen ist, damit die Bedingungen für die Einstufung in den höheren Dienst gegeben sind.

Lehrstuhl für Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtungen

Im Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission „Lehrerbildung“ stellt der Vorsitzende Prof. Ewald Terhart fest, dass zur Verbesserung der Lehrerbildung die fachdidaktischen Studien neben den Fachstudien, den erziehungswissenschaftlichen und schulpraktischen Studien einen verbesserten Stellenwert erhalten sollten. Daher wird gemeinsam von den Fachdidaktikern und dem VLB ein Lehr-



Der Gesprächskreis stellte sich zum Gruppenfoto. Von links Hans Käfler, Josef Birle, Elisabeth Raab, Volker Ehlers, Heiko Pohlmann, Michael Antonitsch, Berthold Gehlert, Christine Hefer, Peter Hoffmann.

stuhl für die Fachdidaktik der beruflichen Fachrichtungen gefordert. Darüber war man sich schnell einig, zumal Terhart dazu in seinem Abschlussbericht feststellt: „Wie alle akademischen Lehrveranstaltungen müssen auch fachdidaktische Studien auf einschlägigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten gründen. Dies setzt eine forschungsorientierte Fachdidaktik voraus. Nur durch eine enge Verbindung von fachdidaktischer Forschung und Lehre sind die notwendigen Ansprüche an Lehrveranstaltungen in der ersten Phase einzulösen.“

Dazu stellten die Fachdidaktiker gemeinsam fest, dass sie diesem An-

spruch mit einer halben Stelle nicht gerecht werden könnten, noch viel weniger sei es möglich, Forschung zu betreiben. „Um aber sowohl die so wichtige Forschung als auch die Lehre in der Fachdidaktik betreiben zu können, ist neben dem Lehrstuhl für Berufspädagogik ein Lehrstuhl für die Didaktik der beruflichen Fachrichtungen zu schaffen“, so lautet das Ergebnis des Gesprächs und damit die Forderung an den VLB. Der Verband wird sich in der nächsten Zeit selbstverständlich damit beschäftigen und erste Vorstöße bei der nächsten Sitzung im ZLL unternehmen. <

Einstellungssituation 2005:

In Bayern geworben, ausgebildet, aber nicht eingestellt

HEIKO POHLMANN

„In Bayern ausgebildete Referendare nehmen wir mit Kussband“, so der Landesvorsitzende des BLBS von Baden-Württemberg in einem Gespräch und weiter: „Wir wissen, dass die gut ausgebildeten sind und daher unseren Anforderungen bestens entsprechen.“ Und genauso ist es dann auch geschehen: Aufgrund der unklaren Einstellungssituation in Bayern noch im Juli

2005 haben sich viele Referendare für eine Planstelle in Baden-Württemberg und Österreich entschieden, während nun in Bayern offene Stellen nicht besetzt werden konnten.

Rückblick auf die vergangenen Jahre

Zum Schuljahr 2003/2004 traten wie üblich reguläre Referendare, die ihr Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen und als Diplomhandels-

lehrer abgeschlossen hatten, in den Vorbereitungsdienst ein. Zusätzlich hat das Kultusministerium Sondermaßnahmen beschlossen, um den Bedarf im Bereich Elektro- und Metalltechnik zu decken. Diplomingenieure der Metall- und Elektrotechnik wurden daher zusätzlich eingestellt, so dass insgesamt 313 Referendare den 24-monatigen Vorbereitungsdienst erfolgreich durchlaufen haben und nun zur Einstellung anstanden.

Nachdem feststand, dass rund 300 Lehrkräfte der beruflichen Schulen zum Ende des Schuljahres 2004/2005 in den Ruhestand gehen würden und davon 220 Stellen wegen der Arbeitszeiterhöhungen nicht mehr besetzt würden, konnten nur noch etwa 100 Planstellen vergeben werden. Ferner hatte das Kultusministerium Mittel für 500 Stellen für alle Schularten aus dem bayerischen Haushalt erhalten.

Einblick in die Zusammenhänge

Einstellungsmodalitäten beim Staat

„Die ca. 184 Einstellungsmöglichkeiten für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen im Schuljahr 2005/2006 umfassen 68 Planstellen, 48 Supervverträge und 68 Jahresverträge ...“, so heißt es im Schreiben des Kultusministeriums (KMS) vom 24. Mai 2005. „Den staatlichen Fachober- und Berufsoberschulen stehen für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen insgesamt ca. 63 Einstellungsmöglichkeiten bayernweit zur Verfügung.“ Demnach konnten die Regierungen für die Berufsschulen 121 Lehrkräfte einstellen, während der Rest an die FOS und BOS ging. Supervverträge beinhalten, dass Unterricht innerhalb des Stundendeputats erteilt wird und eine Option auf Übernahme in eine Beamtenverhältnis vorgegeben ist. Die sich abzeichnende Personalnot erzeugt einen Druck, der es dem neuen Kultusminister Schneider ermöglichte nochmals 40 Jahresverträge durchzusetzen. Zusätzlich haben die Kommunen etwa 100 Referendare eingestellt.

Die Einstellungsmodalitäten beim Staat waren nach dem KMS etwas

komplizierter, da sich die Referendare zunächst auf die ausgeschriebene Stelle bewerben mussten, um dann eine Beschäftigungsabsicht zu unterschreiben. Nachdem die Noten bekannt waren, konnten die Regierungen den Schulleitern erst mitteilen, welche Beschäftigungsabsicht mit welchem der drei möglichen Formen der Verträge wirksam wird. Dies ist größtenteils erst Mitte Juli erfolgt.

Auf der anderen Seite wusste man, dass 313 Referendare aus dem laufenden Prüfungsjahrgang ihren Vorbereitungsdienst beenden und damit für das kommende Schuljahr zur Verfügung stehen werden. Hinzu kamen 31 Bewerber von der Warteliste. Dass diese Diskrepanz zu Problemen führen würde, haben die Referendare sehr schnell erkannt und sind mit Unterstützung des VLB politisch aktiv geworden. Viele Abgeordnete konnten auf die Misere aufmerksam gemacht werden, geholfen hat es jedoch wenig. Es fehlte entweder an Einsicht, Bereitschaft oder der nötigen Durchsetzungsfähigkeit, um per Landtagsbeschluss genügend Planstellen für die beruflichen Schulen zu schaffen. Dabei ist offenbar vielen Entscheidungsträgern nicht bewusst, dass an den beruflichen Schulen in größerem Umfang Pflichtunterricht ausfällt, während die Empörung in der Öffentlichkeit groß ist, wenn an weiterführenden Schulen die eine oder andere Stunde Wahlunterricht nicht stattfindet.

Unterstützung durch den VLB und andere Organisationen

Selbstverständlich haben auch der Vorstand des VLB, die Referenten und viele Mitglieder gebetsmühlenartig mit äußerst großem Aufwand in zahlreichen Schreiben und Veranstaltungen mit den Parteien auf diese prekäre Lage hingewiesen, konnten jedoch nur Verständnis, aber nicht die notwendigen und gewünschten Änderungen und Verbesserungen erreichen.

Eine besondere Unterstützung bekamen die Referendare vom Verband der Bayerischen Wirtschaft, von einzelnen Berufsverbänden und dem

Präsidenten des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, und vom Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages, Bernd Lenze. Diese haben in einem Schreiben vom 21. April 2005 an Herrn Staatsminister Schneider festgestellt: „Wir können nicht auf der einen Seite auf unsere Betriebe einwirken, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, wenn nicht auf der anderen Seite im berufsschulischen Bereich zukünftig eine ausreichende Lehrerversorgung vorhanden ist.“

Der VLB bedankt sich ganz besonders für diese wertvolle Unterstützung durch den Bayerischen Handwerkstag und die bayerischen Wirtschaftsverbände.

Pflichtunterricht muss ausfallen!

Geht man von der Vorgabe der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahr 1991 aus, die im Jahr 2000 wiederholt und verstärkt wurde, dann müssten 12 Stunden pro Woche Pflichtunterricht an den Berufsschulen erteilt werden. In den vergangenen Jahren konnte dieser Unterricht nicht erteilt werden, weil nicht genügend ausgebildete Lehrer für das Lehramt an beruflichen Schulen zur Verfügung standen, um die Planstellen besetzen zu können. Würde man den ausfallenden Pflichtunterricht auf die fehlenden Planstellen hochrechnen, würde sich ein großer Bedarf ergeben.

Abwanderung in andere Bundesländer

Genau in dieser Situation zum Schuljahr 2005/2006 reagieren die anderen Bundesländer und das angrenzende Österreich anders, als es der Bayerische Landtag beschlossen hat. Als große Konkurrenz erweist sich das Nachbarland Baden-Württemberg, das zunächst 260, später sogar 1000 Planstellen für den beruflichen Bereich zur Verfügung stellt (Südwestumschau vom 25. Juni 2005). Damit stehen in dem Bundesland den nur 320 Neubewerbern 1000 freie Plätze gegenüber.

Dass die Referendare lieber eine feste Planstelle angenommen haben statt sich auf eine vorläufige Zusage zu verlassen war zu erwarten. Noch

bis Mitte Juli war ja unklar, ob sie eine Planstelle, einen Supervvertrag oder einen Jahresvertrag erhalten würden. Und der Spatz in der Hand ist bekanntlich sicherer als die Taube auf dem Dach.

Diese prekäre Situation hat zur Folge, dass in einigen Regierungsbezirken wieder nicht alle Planstellen besetzt werden können und damit zusätzlich Pflichtunterricht ausfällt. Und das geschieht genau in der Situation, in der endlich einmal genügend Referendare für die dringend benötigten Planstellen zur Verfügung standen. Besonders dramatisch ist dabei die Situation an den Fach- und Berufsoberschulen, da dort teilweise ein Schülerzuwachs von bis zu 30 Prozent zu verzeichnen ist.

Hansjörg Bosch neuer Ministerialbeauftragter für FOS/BOS in Nordbayern

Zu Beginn des Schuljahres 2005/06 wurde unser VLB-Mitglied und Fachgruppenleiter FOS/BOS Hansjörg Bosch zum Ministerialbeauftragten für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen in Nordbayern bestellt.

Bosch darf zu Recht als Insider der FOS/BOS bezeichnet werden, wie sein beruflicher Werdegang zeigt:

Seit 1996 war er Leiter der FOS/BOS Fürth, zuvor zweiter Stellvertreter des Schulleiters und Ministerialbeauftragten acht Jahre an der FOS Erlangen. Daneben hat er sich auch an vorderster Front für die Belange der FOS/BOS im VLB stark gemacht.

Als Schwerpunkte seiner neuen Aufgabe sieht er die Beratung der Schulen und Qualitätssicherung – für ihn in einer Zeit des gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruchs prägende Akzente der Schulaufsicht. Wichtig ist ihm dabei auch, die von seinem Vorgänger angestoßenen Weichenstellungen fortzuführen. Daneben ist es aber auch Aufgabe des MB sicherzustellen, dass die rechtlichen Bestimmungen im Rahmen der gegebenen Handlungsspielräume an den einzelnen Schulen

Ausblick in die Zukunft

Zum nächsten Schuljahr werden etwa 250 Referendare ihren Vorbereitungsdienst beenden und im Jahr danach wohl etwa 400. Blickt man in die Vergangenheit, lässt sich schon jetzt absehen, dass dann, wenn wenig Referendare fertig werden, viele Planstellen und dann, wenn viele fertig werden, wenig Planstellen zur Verfügung stehen. Dieser „Schweinezyklus“ muss unbedingt durchbrochen werden!

Vor allem dürfen die Studenten nicht davon abgehalten werden, das Lehramt an beruflichen Schulen zu studieren. Bayern ist gegenwärtig das Land, in dem noch viele Studenten dieses Lehramt studieren. Andere Bundesländer haben größere Nachwuchsprobleme. <



MD Hans-Wilhelm Thomé überreicht Hansjörg Bosch die Ernennungsurkunde.

gleichmäßig umgesetzt werden. Ebenso sieht er seine Aufgabe auch darin, dass wesentliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Schulalltag durch den MB gebündelt und komprimiert in die Entscheidungsfindung des Ministeriums eingebracht werden.

Der VLB wünscht Hansjörg Bosch bei seiner neuen Tätigkeit alles Gute und verbindet damit die Hoffnung, dass er seine Wurzeln im VLB nicht vergisst. rf <

Kultusminister Schneider:

„Schulversuch FOS 13 zeigt sehr erfreuliche Ergebnisse“ – Überdurchschnittliche Ergebnisse sowohl beim Jahresfortgang als auch in der Abschlussprüfung

Die Schülerinnen und Schüler im Schulversuch FOS 13 waren sowohl beim Jahresfortgang als auch in der Abschlussprüfung überdurchschnittlich erfolgreich. „Fast 100 Prozent aller 250 Prüfungskandidaten des Schulversuchs FOS 13 haben die Abschlussprüfung bestanden“, teilte Kultusminister Schneider mit. „Besonders erfreulich ist, dass der Notendurchschnitt der Schülerinnen und Schüler aus dem Schulversuch über dem der 13. Jahrgangsstufe der Berufsoberschule lag.“ Besonders auffällig seien die positiven Abweichungen in den Profulfächern und in der Abschlussprüfung der Ausbildungsrichtung Technik. „Ich betrachte diese Ergebnisse als weitere Bestätigung für die hohe Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – diese Maxime wird stärker denn je die Schulpolitik im Freistaat bestimmen“, so Schneider.

Seit dem Schuljahr 2004/05 wird im Rahmen des Schulversuchs „FOS 13“ besonders qualifizierten Schülerinnen und Schülern der Fachoberschule an 14 Standorten im Freistaat die Möglichkeit eröffnet, ein dreizehntes Schuljahr zu besuchen und auf diese Weise die fachgebundene bzw. die allgemeine Hochschulreife zu erlangen. Dem Unterricht in der FOS 13 liegt weitgehend der Lehrplan der 13. Jahrgangsstufe der Berufsoberschule (BOS) zugrunde; die Abschlussprüfung zur Erlangung der fachgebundenen Hochschulreife ist mit der der BOS identisch. Bei Nachweis ausreichender Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache wird den Absolventen die allgemeine Hochschulreife verliehen. <

Beispiele aus der Supervision:

Wie Lernen und Erziehung in der Schule ein wenig leichter gelingen könnten

GÜNTER SCHRICKER

Trotz großer Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Schule steht es um das Image von Schule und Lehrkräften in der Öffentlichkeit nicht zum Besten. Nach einer Online-Umfrage sehen 77 Prozent der Deutschen einen Verbesserungsbedarf bei den öffentlichen Schulen. Damit kann erwartet werden, dass in nächster Zukunft auch die Schulen starken Veränderungsbemühungen ausgesetzt sein werden.

Im folgenden Beitrag werden durch Beispiele aus der Praxis der systemischen Supervisionsarbeit mit Lehrkräften, Eltern und Verwaltungsbeamten lösungsorientierte Denkanstöße angeboten.

Systemische Grundordnungen in der Rangfolge

Aus der systemischen Familientherapie ist bekannt, wie sehr eine kindliche Bindungsliebe in Probleme führen kann, wenn sie Grundordnungen in sozialen Systemen nicht berücksichtigt. Vor allem die Entdeckungen von Bert Hellinger machten sichtbar, wie sehr die Kinder in der Tiefe ihre Familie lieben. In dieser Ur liebe fühlen sie Schweres in ihren Familien oder bei ihren Eltern mit und versuchen es für sie auf sich zu nehmen. Da sie für Vorrangige etwas tragen, fühlen sie sich oft besonders wichtig. In ihrem Belastetsein neigen sie zu Selbstüberschätzung, Überheblichkeit und oft auch unerwünschten Einmischungen bei anderen Menschen.

Bei Lehrkräften setzt sich diese ursprüngliche Kinderliebe, in der man gewohnt ist, für andere zu tragen, häufig als (über-)großes, gleichsam grenzenloses berufliches Engagement fort, das zu vielfältigen Problemen bis hin zum Scheitern führen kann. Denn

durch das Übernehmen von Problemen von Übergeordneten verstoßen wir gegen systemische Ordnungen des Vorrangs oder der Rangordnung. Über diese Ordnung scheint ein sehr altes Sippengewissen in uns zu wachen, das sich letztlich gegen das persönliche Gewissen und die Ur liebe oft mit einschränkenden oder krankmachenden Folgen durchsetzt.

Wir haben kein Organ, dieses Sippengewissen wahrzunehmen. Erst an den Folgen oder Wechselwirkungen wird uns oft seine Macht spürbar.

Wenn Lehrer den Eltern hineinreden

Im unserem Beispiel würde es einer sippengemäßen Grundordnung entsprechen, wenn Lehrkräfte die Eltern ihrer Schulkinder als Eltern anerkennen und sich nicht an ihre Stelle setzen. Dies fällt Lehrkräften bei Elternhäusern, die sie für schwierig oder ungeeignet halten, oft ganz besonders schwer. In ihrer inneren Einstellung verurteilen oder verachten sie diese Elternhäuser und meinen, sie müssten für die Schulkinder gleichsam die besseren Eltern sein. „Wir müssen erledigen, was die Eltern versäumt haben“, hört man häufig unter Lehrern. Damit geraten sie in eine (Über-)Anstrengungsfalle und erzeugen bei Eltern und Schülern Reaktionen, die sie sich niemals gewünscht haben.

Wie würde es sich auswirken, wenn sich Lehrkräfte in Erziehungs- und Kinderbetreuungsfragen gegenüber den Eltern etwas zurücknehmen und damit deren Autorität und Zuständigkeit mehr anerkennen würden?

Wie würde es sich auf den Unterricht auswirken, wenn die Lehrer auch gegenüber ihren Schülern deren Eltern, ganz gleich, wie sie sind, als Eltern anerkennen und achten würden? Schließ-

lich verdanken sie u.a. genau diesen Eltern ihre Arbeit in der Schule.

Manche Lehrkräfte tun sich mit diesem Gedanken schwer und bringen gleich extreme Beispiele in der Supervisionsrunde vor: „Mein Schüler will nach dem Unterricht nicht nach Hause, weil ihn sein arbeitsloser Vater immer schlägt“. – „Was ist bei Verdacht auf Missbrauch?“

Hier mit schnellen allgemeinen Lösungsrezepten aufzuwarten, wird den einzelnen Situationen nicht gerecht. Viele engagierte Lehrkräfte sind jedoch in die persönliche Situation ihrer Schüler so verstrickt, dass sie dazu keinen professionellen Abstand mehr einnehmen können.

Systemisches oder vernetztes Denken ist durchaus in einigen modernen Wissenschaften vertraut, in der Anwendung auf soziale Systeme jedoch relativ neu. Das systemische Denken lädt ein, möglichst ohne Wertung auf die Wechselwirkungen der einzelnen Systemelemente untereinander und auf deren Wirkung auf das Ganze zu schauen. Das Einüben des Systemdenkens erfordert eine Bereitschaft zur unmittelbaren Anteilnahme und zur eigenen Veränderung, die meistens nur in Gruppenseminaren und in einer sich besinnenden und gesammelten Haltung möglich werden. Einige Teilnehmer kommen bei diesen eindrucksvollen Lernprozessen zu der Ansicht, dass nicht sie das Wesentliche begreifen, sondern dass das Wesentliche gleichsam sie ergreift.

In der systemischen Familientherapie lassen sich manche Lehrkräfte von der Größe und Würde des Elternseins in der Weitergabe des Lebens tief berühren. Dadurch lassen sich neue und achtungsvolle Beziehungen zwischen Eltern und Schule anbahnen. Durch gegenseitige Anerkennung gelingt ein tragender Brückenschlag, durch den sich Eltern und Lehrer in ihrer jeweiligen Position stärken und wechselseitig unterstützen können.

Diese würdigende Haltung der Elternschaft, schreibt auch das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen deutlich vor: „Bei der Erfüllung ihres Auftrags haben die Schulen das verfassungsmäßige

Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu achten.“ (Art. 1, (2)).

Eltern sind Eltern, Lehrer sind Lehrer

Wie würde es sich auf das Verhältnis von Elternhaus und Schule auswirken, wenn man z.B. das Thema Hausaufgaben ausschließlich in der Beziehungsebene Lehrer – Schüler belässt? Was hierbei zu kontrollieren oder zu klären ist, findet zwischen Lehrern und Schülern statt. Wer sich hier einfühlte, könnte erahnen, dass manche Eltern, die – im Auftrag der Schule – schon viel Verzweiflung bei der schulischen Nacharbeit mit ihren Sprösslingen erlebt haben, vielleicht aufatmen würden. Außerdem könnte sich eine Lehrkraft in ihrer Kompetenz durchaus gestärkt erleben, wenn sie sich ihrer eigentlichen Aufgaben besinnt, diese klar und eindeutig selbst übernimmt und sich notfalls dadurch auch abgrenzt. Möglicherweise könnten damit auch die Regeln der Schule effektiver vertreten und eingehalten werden, wenn der Schüler den Lehrer klar und eindeutig in seiner Rolle erlebt. Auf der anderen Seite könnten die Eltern in ihrer Rolle als Eltern bleiben, die Arbeit der Lehrer anerkennen und das familiäre Nest nicht in eine Schule verwandeln. Wenn aus der Schule ein Nest gemacht wird und aus dem familiären Nest ein Schule, entsteht große Verwirrung. In Anerkennung der jeweiligen Rollen könnte man durchaus erfolgreich zusammenarbeiten.

Autorität und Solidarität

Lehrkräfte, die offen oder heimlich die Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler abwerten, stellen sich manchmal vordergründig auf die Seite der Schüler. Wenn Lehrkräfte auf die sog. Kumpelebene zu ihren Schülern gehen, bieten sie anstelle von Autorität eine freundschaftliche Beziehung unter Gleichgestellten an. Manche stellen sich auch unter ihre Schüler und verzichten auf jede Form von Autorität. „Denn mit diesen alten Autoritätsvorstellungen schaden wir doch unseren Schülern“, vertrat eine Lehrerin ihren Standpunkt in der Supervision. Sie begriff sich als Freundin ih-

rer Schüler und war mit ihnen per du. Sie beschrieb den Ruf ihrer Klassen jedoch bei den anderen Lehrern als eher schwierig. Disziplinarische Ahndungen kamen in diesen Klassen häufiger vor als in anderen. „Meine Klasse gilt schon immer als die aufmüchtigste an unserer Schule“, erklärte die Lehrerin, die sich als Klassenleiterin immer wieder Kollegenbeschwerden über ihre Schüler anhören musste, mit einem gewissen Stolz. Ihr wurde jedoch auch bewusst, dass sie ihre Rolle als Beauftragte des Staates nicht wirklich angenommen hatte. Die Solidarität mit ihren „hilfsbedürftigen“ Schülern war ihr viel wichtiger. Dass dabei ein Teil der beruflichen Realität von ihr ausgeblendet war, erschien ihr nur schwer nachvollziehbar.

Nebenwirkungen bei Konflikten mit der Schule

Auf der einen Seite unternehmen viele Schulen große Anstrengungen, um die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule zu fördern. Wenn aber in Lehrerzimmern über Eltern oder wenn in Elternkreisen über Schule geredet wird, hat man häufig den Eindruck vom Krieg an allen Fronten. Was könnten Eltern zu einer verbesserten Zusammenarbeit beitragen? (Viele Lehrkräfte sind ja auch Eltern und können diese Frage gleichsam von zwei Seiten angehen.)

Wenn Eltern ihre Sorge um die Kinder in einem Streit gegen die Schule austragen, kommt oft die Person, um die es eigentlich geht, nämlich das Kind, völlig aus dem Blick. Viele Kinder fühlen sich schuldig an diesem Konflikt. Sie können am anderen Tag plötzlich dem Lehrer nicht mehr in die Augen schauen, stehen vor unüberwindbaren Lernblockaden, manchmal wie eine Art Sühne, die das Kind erbringt. An dieser Stelle steigert sich oft auch seine Schulangst, die dann vordergründig mit dem Verhalten des Lehrers erklärt wird. Die lähmenden Schuldgefühle des Kindes, das sich für die Auslösung des Konflikts der Eltern mit der Schule verantwortlich fühlt, werden meist nicht erkannt.

Dem Kind ist nicht immer geholfen, wenn sich Eltern bei jeder Beschwer-

de sofort auf die Seite des Kindes gegen die Schule stellen und manchmal einen Kampf gegen die Schule führen, in dem die eigene erlebte Schulzeit eine größere Rolle spielen kann als der aktuelle Konflikt.

Die Schule und das Zurechtkommen mit den Lehrkräften ist zunächst Aufgabe des Kindes. Es hat dort auch eine Gelegenheit, den Umgang mit unterschiedlichen Menschen, anderen Kindern und Erwachsenen, zu lernen. Wenn man die systemischen Nebenwirkungen seines Handelns einbezieht, kann im Einzelfall behutsam abgewogen werden, wodurch das Kind mehr lernt.

Der „Vater isst wie ein Schwein“

Ganz gleich wie Schülerinnen und Schüler über ihre Eltern sprechen, in der systemischen Familientherapie kann jedermann sehen, dass alle Kinder ihre Eltern lieben und dafür manchmal auch schwere Nachteile in Kauf nehmen. Diese Liebe wird an der Oberfläche oft verdrängt oder überlagert. Wird sie jedoch klar angesprochen, entsteht meist eine tiefe Berührung, die neue Lernprozesse in Gang setzt. Außerdem kann man immer wieder beobachten, wie Schüler langfristig renitent werden, wenn sich Lehrkräfte als Erziehungspersonen über die Eltern stellen. Hier ein Übungsbeispiel für die Wirkung von gelebter und praktizierter gegenseitiger Achtung.

In einer Berufsfachschule für Hauswirtschaft wird nach dem Kochen gemeinsam gegessen. Eine 15-jährige Schülerin stützt ihre Ellbogen auf den Tisch und verstreut ihr Essen um ihren Teller. Von der Lehrerin ermahnt, giftet sie zurück: „Was wollen Sie überhaupt, mein Vater isst auch wie ein Schwein.“ Großes Gelächter, der Lehrerin verschlägt es die Stimme, dann besinnt sie sich und sagt ruhig: „Ich sag’ dir später etwas dazu.“ Sie hat damit einigermaßen ihre Autorität gewahrt und bringt den Fall in die nächste Supervisions Sitzung ein. Die Szene wird unter den teilnehmenden Lehrkräften nachgestellt. Mit Hilfe einer Stellvertreterin des Mädchens, dargestellt von einer Lehrerin aus der Gruppe, wird hinter dem rot-

zigen Verhalten eine tiefe Liebe und Sehnsucht zum Vater erkennbar. Die zuschauenden Lehrkräfte sind davon tief beeindruckt, ebenfalls die Lehrerin des Mädchens.

Ausgestattet mit dieser Einsicht, durch die – nebenbei bemerkt – die Angst der Lehrerin vor der nächsten Begegnung in dieser Hauswirtschaftsklasse wie weg geblasen ist, geht sie nun in den darauf folgenden Kochunterricht. Beim Essen sieht es um die Schülerin genauso aus wie in der Stunde davor. Die Lehrerin schaut sie an und sagt mit leiser und ernster Stimme: „Für mich ist es in Ordnung, wenn du zu deinem Vater hältst.“

Dann geht sie weiter. Am Ende der Stunde ist der Essplatz der Schülerin blitzsauber. Sie grüßt die Lehrerin beim Verlassen des Klassenzimmers und muss auch in den folgenden Stunden nicht mehr ermahnt werden. Zwischen ihr und der Lehrerin war eine in der Tiefe wirkende Verbindung entstanden, die sich für die Beziehung und für das Lernen in der Schule als tragfähig erwies. „Unsere Beziehung wurde in der Distanz geradezu freundschaftlich“, berichtete die Lehrerin. Sie hatte sowohl die unbewusste Liebe und Treue der Schülerin zu ihrem Vater als auch ihren Vater geachtet. Und vielleicht wurde im Gegenzug auch die Lehrerin, die auf jede moralische Belehrung verzichtet hatte, von der Schülerin mit neuen Augen gesehen.

Womit man sich schwächt oder stärkt

Viele Lehrkräfte fühlen sich heute ohnmächtig, eingeschüchtert, leiden an Ängsten und mangelndem Selbstbewusstsein. Nicht nur in den Klassen, auch gegenüber Eltern oder anderen Personen der Öffentlichkeit fühlen sie sich laufend angegriffen und unter Rechtfertigungszwang. Manche schränken ihre Sozialkontakte ein und versuchen z.B. im Urlaub sich so zu verhalten, dass möglichst niemand sie als Lehrerin oder Lehrer erkennt.

Viele Lehrkräfte erleben sich in ihrer Arbeit und mit dem, was ihnen dort zu schaffen macht, völlig allein. Sie kennen das Gefühl nicht, dass je-

mand neben ihnen steht vielleicht mit ähnlichen inneren Problemen oder dass jemand als Vorgesetzter hinter ihnen steht, der ihnen den Rücken stärken könnte.

Vorgesetzte und übergeordnete Stellen

Durch das weit verbreitete und in Schulkreisen schon fast allgemein übliche Abwerten und Ablehnen aller Vorgesetzten und aller übergeordneten Behörden schwächen sich Lehrkräfte mehr als sie denken.

Sie verlieren damit ihren Rückhalt. Wenn es gelingt – oft über die Arbeit mit den eigenen Eltern – übergeordnete und vorrangige Stellen in ihrer Funktion und Bedeutung anzuerkennen, kann man den eigenen Platz mit gestärktem Rücken einnehmen und kraftvoll nach außen vertreten. Damit soll Lehrern keineswegs das Recht abgesprochen werden, mit allen ihnen rechtmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln für gute Arbeitsbedingungen einzutreten oder sich gegen Unrecht zu wehren.

In Kursen mit Leitenden ist man immer wieder überrascht, wenn man miteinander Szenen nachstellt, in denen man sieht, welche Wechselwirkungen entstehen, wenn bei strukturellen Veränderungen die Wirkungen auf die Betroffenen nicht ernst genommen werden. Wird der Wandel ausschließlich mit negativen Begründungen wie z.B. „zu teuer, zu ineffektiv, nicht mehr zeitgemäß“ – durchgeführt, neigen viele Mitarbeiter in den sozialen Organisationen zu äußerem oder innerem Widerstand.

Notwendige Veränderungen brauchen vor allem die Anerkennung und Würdigung des Bisherigen.

In der Supervisionsarbeit geht es mehr um die grundsätzliche innere Haltung zur Ordnung eines sozialen Systems. Auch unausgesprochene Bewertungen haben hier Einfluss. Manchmal können kleine Schritte, eine veränderte Einstellung zu Vorgesetzten und Mitarbeitern oder das Auseinanderhalten von Amt und Person bei den Übergeordneten das Funktionieren eines ganzen Systems verändern.

Eine Referendarin überwindet ihre Hilflosigkeit

Eine Studienreferendarin berichtet unter Tränen, dass sie vor ihrer dritten Lehrprobe von einem Schüler aufgefordert wurde, etwas für die Klasse „springen zu lassen“, weil sie sonst ihre Mitarbeit verweigern würden. Als die Szene unter den anwesenden Referendaren nachgestellt wurde, fühlte sich der Stellvertreter dieses Schülers riesengroß und überlegen, die vor ihm stehende Referendarin klein und ängstlich. Als nun eine Stellvertreterin für die Leiterin des Studienseminars hinter die Referendarin gestellt wurde, änderten sich die Größenbeziehungen. Die Referendarin konnte sich aufrichten. Ihr wurde vorgeschlagen, sich zur Seminarleiterin umzudrehen und sie in dieser Angelegenheit mit ihren eigenen Worten um Hilfe zu bitten. Dann wandte sie sich wieder dem Schüler zu. Nun konnte sie sich ihm gegenüber größer fühlen und sagte ihm gleichsam probeweise mit fester Stimme, dass sie sich auf solche Spiele nicht einlasse und dass sie normales Mitarbeiten wie immer von der Klasse erwarte. Zum Erstaunen der Supervisionsgruppe ging es auch dem Stellvertreter des Schülers jetzt besser. Vorher war ihm in seiner angemessenen Überheblichkeit deutlich sichtbar der Schweiß auf der Stirn ausgebrochen.

In der Lehrprobe erlebte die Referendarin die in der Klasse hinten sitzenden Beurteiler, vor denen sie sich vorher gefürchtet hatte, als Unterstützung. Das Erleben des Eingebundenseins und der Zugehörigkeit als Anfängerin in der Gruppe des Lehrpersonals stärkte ihr Selbstbewusstsein und ihr Auftreten im Unterricht. Später berichtete sie, dass sich die Klasse während ihrer Lehrprobe „ganz normal“ verhielt.

Unterstützung durch Gleichgestellte

Dass man bei der Arbeit in der Schule jemand als stärkend hinter sich erlebt, können sich manche Lehrkräfte kaum vorstellen. Ebenso schwer fällt die Erfahrung der Gleichrangigkeit unter Gleichgestellten. Die meisten Lehrkräfte bilden höchstens nach Dienst-

alter und Funktion eine bestimmte Rangfolge, ansonsten sind sie untereinander gleichgeordnet.

Manche versuchen ihren Status anzuheben, indem sie andere abwerten oder herabsetzen. „Wie ihr bei meiner Kollegin Frau M. im vorigen Jahr gegammelt habt, das könnt ihr bei mir vergessen. Bei mir wird nämlich gearbeitet“, eröffnet ein Lehrer seinen Unterricht am Schuljahresanfang. In der Rekonstruktion wurde deutlich, dass bei dieser abwertenden Äußerung die Klasse innerlich zu Frau M. ging und mit ihr verbunden blieb. Dem anwesenden Lehrer aber wurde in der Supervision klar, warum es mit dieser Klasse schon das ganze Jahr über so besonders mühsam für ihn war.

Viele Lehrkräfte erleben in der Supervisionsarbeit durch den gegenseitigen Austausch und die Übernahme anderer Rollen das erste Mal ein Gefühl von Verbundenheit mit Gleichgestellten und Unterstützung von Übergeordneten. Der ständige Anspruch, besser als andere sein oder alles besser wissen zu wollen, bringt für viele immer mehr Rückzug und Isolation mit sich.

Entsprechende Erfahrungen findet man auch in Kursen mit Leitenden aus Schule und Verwaltung. Sich anderen Gleichgestellten wirklich einmal gleich und verbunden zu fühlen, ist ein tiefes Erlebnis von Solidarität und kann von schädlichen Größenphantasien, Konkurrenz- und Berührungängsten befreien.

„Dass andere Kollegen auch diese Probleme haben, war mir in dieser Gruppe die wichtigste Erfahrung“, hört man in fast jeder Supervisionsgruppe mit Lehrkräften und auch mit Leitenden. Dabei soll aber auch die anschließende Transformationsleistung dieser Erfahrungen aus der geschützten Supervisionsgruppe in die Praxis hinein nicht unterschätzt werden.

Der Verlust des Erlebens von Gemeinsamkeit ist meistens für den Einzelnen eher schwächend. Das weit verbreitete gemeinsame Beklagen der „Zustände“ an der Schule stellt keine wirkliche Verbundenheit her. Erst das innere Erleben, wirklich mit anderen Gleichgestellten und Gleichbetroffenen sich im Schulalltag verbunden

zu fühlen, bestärkt die eigene Berufsidealität und die Kraft zum solidarischem Handeln. Als förderlich erweist sich eine Haltung, die sich des Urteils über andere so weit als möglich enthält und diese trotz aller Verschiedenheit als ebenbürtig oder gleichwertig anerkennt.

Achtung, Wachstum und Würde

„Ich habe herausgefunden, dass geachtet wird, wer andere achten kann“, kommentierte eine Lehrerin ihre Erfahrung in der praktischen Supervisionsarbeit. Sie hatte erlebt, wie nach einer Verneigung vor Höhergestellten ihre eigene Autorität von der anwesenden Gruppe mehr und ernsthafter anerkannt wurde. „Und ich habe das erste Mal Achtung vor meinem Beruf empfunden. Ich hatte bisher nur Ansprüche und Erwartungen an alle möglichen Leute, an die Eltern, den Schulleiter, die Behörden und den Staat gestellt. Jetzt spüre ich, dass dieser Beruf hohe Ansprüche an uns stellt, die unsere ganze Person betreffen. Dass dieser Beruf etwas von mir verlangt, das immer wieder einen Wandel und ein Wachsen meiner Person im Innersten erfordert. Ab heute bin ich stolz, eine Lehrerin zu sein.“

Ich fühle mich eingebunden mit allen Lehrern vor mir, meinen Kolleginnen und Kollegen, meinen Vorgesetzten und mit meinem Staat. Den Eltern meiner Schüler kann ich gerne zuarbeiten, ohne dabei meine Profession aufzugeben. Ich erkenne klar meinen Auftrag und weiß, dass ich ihn erfüllen kann.“ Die Zufriedenheit im Beruf hängt u.a. auch davon ab, wie viel eigene Entwicklung und persönliches Wachstum für den Einzelnen darin möglich sind.

In der Supervisionsarbeit wird immer wieder deutlich, dass dieses Bedürfnis über dem Wunsch nach mehr Freizeit steht. Der Lehrerberuf bietet ein weites Betätigungsfeld für aufgeschlossene und entwicklungsbereite Menschen. Berufsfreude, Ausdauer und Effektivität können immer wieder neu entdeckt und erarbeitet werden. Krisen werden dabei eher als Chancen zu neuem Lernen aufgefasst. Bei diesem Lernen des jeweils Not-Wendigen und Wesentlichen können Lehrkräfte

jeden Alters fruchtbare Vorbilder für ihre Schüler sein: „An mir seht ihr, wie wichtig das Lernen an jeder Stelle unseres Leben ist, was alles damit möglich ist, und wieviel Freude es macht“, wäre eine etwas andere „innere“ Botenschaft eines Lehrers an seine Schüler.

Die Herausforderungen dieses Berufes, die bei zahlreichen Betroffenen bis hin zum sog. Burnout-Syndrom reichen, können auch als Chancen zum Lernen und Wachsen angesehen werden. Mit der erfolgreichen Bewältigung dieser Schwierigkeiten könnten Lehrkräfte ohne Zwang und ohne besondere „Tricks“ ihre Schüler vor allem durch ihre Haltung motivieren, nun selber auch mit ihren jeweiligen Aufgaben und Herausforderungen zurechtzukommen. Auf diese Weise können wir alle gemeinsam das Lernen als menschliche Grundfähigkeit an jeder Stelle unseres Lebens entsprechend würdigen. Die Schule wird erkannt als ein spezieller Ort des Lernens mit vielfältigen Formen der Begegnung. In ihr könnte eine Grundlage für die Erfahrung gelegt werden, wie innerhalb und außerhalb der Schule die Befriedigung und die Freude des Lernens immer wieder neu entdeckt und erfüllend erlebt werden können. Damit könnte das Lernen, das für viele Länder zu einem weltweiten und teuren Problem geworden ist, seinen gemäßen Platz und seine Anerkennung als menschliche Grundeigenschaft erhalten. Durch Lernen überleben wir. Lernen zu dürfen ist ein Privileg und ein kostbares Geschenk. Vielleicht kann in Verbindung mit dieser Haltung zum Lernen, auch die Schule mit neuer Würde ihren Platz in unserem Leben erhalten.

Ein Lernen, das die systemischen Zusammenhänge erlebbar macht, entfaltet eine eigene Kraft und Schönheit. Es wird getragen von der Achtung und Würdigung aller Beteiligten. Gemeinsames systemisches Erfahren, das die Wirkungen auf den anderen achtungsvoll einbezieht, vermittelt neue Freude am Lernen und an mitmenschlicher Begegnung. Die gewonnenen Einsichten und Haltungen führen zu Handlungsweisen, die Menschen in gegenseitiger Wertschätzung verbinden statt sie zu trennen. <

Hinweise und Hilfestellungen zum Umgang mit Wut, Zorn und Gewalttätigkeit in der Schule:

Vier Quellen der Aggressivität

UDO BAER

Mirko ist neun Jahre alt. Das Einzige, worauf er stolz ist, ist sein Gameboy und die Kraft seiner Muskeln. „Superstolz“ ist er, dass er ein Autogramm von van Damme hat, einem belgischen Schauspieler, der à la Schwarzenegger und Bruce Willis große Kämpfer spielte und den er aus Videofilmen kennt. Das Autogramm war ihm von seinem Opa aus Süddeutschland zum Geburtstag geschenkt worden. Mirko ist ein „Klopper“, wie sie in der Schule sagen. Es vergeht kaum ein Tag ohne Rauferei. Er kann sich laut Lehrerin nicht in die Klasse einfügen, auch aus dem Fußballverein ist er herausgeflogen, weil er den Anweisungen des Jugendleiters nicht folgte. „Ab und zu“ wird er von seinem Vater geschlagen, der „das Recht des Stärkeren“ vertritt. Der Vater ist Lastwagenfahrer, viel unterwegs, wenn zu Hause, dann müde und mit Bierflasche, ständig auf jeden und alles schimpfend. Seine Erziehungsmaxime gegenüber Mirko lautet: „Mir ist egal, was du wirst, Hauptsache kein Schwächling.“

Die Mutter scheint irgendwie abwesend zu sein. Mirko weiß nicht, was die Mutter macht, außer dass „die sich irgendwie um andere kümmert“. Sie ist in der mobilen Pflege beschäftigt und zählt wohl zu den „Schwachen“. Mirko ist die meiste Zeit des Tages über allein zu Hause oder streunt mit den Kumpels herum. Zu Hause spielt er Gameboy und schaut Videos seines Vaters oder zappt durch die Fernsehprogramme. Auf seinen Vater lässt er nichts kommen, auch wenn er heimlich den Tag herbeisehnt, an dem er so stark sein wird, dass er sich von ihm keine Schläge mehr bieten lassen muss ...

Was fehlt Mirko? Mirko ist viel zu früh und viel zu viel allein. Mirko fehlt soziale Geborgenheit und damit ein wesentliches Element des Bodens, auf

dem er mit aggressiven Gefühlen angemessen umgehen könnte. Mit Mirko nur daran zu arbeiten, dass er seine aggressiven Impulse besser „kontrolliert“, wie es die zu Hilfe gerufene Psychologin versuchte, scheiterte. Ein Feuer ist schwer zu kontrollieren, zumindest nicht, wenn es immer wieder neu genährt wird. Und genau dies geschieht mit der Aggressivität Mirkos. Sie wird erhalten durch die kontinuierlich neue Nahrung aus der inneren Haltlosigkeit. Mirko sagt selbst: „Wenn ich versuche, mich zusammenzunehmen, dann geht das nach zwei Tagen kaputt, dann bin ich so weg, dass ich irgendjemandem eine runterhauen muss, damit ich mich wieder mitkriege.“

Aggressivität ist nicht gleich Aggressivität

Emotionale Verwahrlosung

Aggressivität ist nicht gleich Aggressivität, sondern entspringt verschiedenen Quellen. Wenn die jeweilige Quelle identifiziert ist, können daraus Konsequenzen für den Umgang mit dem Kind oder Jugendlichen gezogen werden. Die Quelle von Mirkos Aggressivität ist die emotionale Verwahrlosung, die Haltlosigkeit. Also braucht Mirko so viel Halt, wie es nur irgendwie geht. Sicher kann die Schule nur einen Teil dazu beitragen und die Mängel des Elternhauses nicht ersetzen. Aber diesen Teil muss sie beisteuern. Psychologische Untersuchungen haben ergeben, dass viele aggressive Kinder „ins Leere laufen“ und Eltern mit einem „Laissez-fair-Erziehungsstil“ bevorzugen. Diese Kinder brauchen klare und gerechte Gegenüber und sinnvolle Aufgaben, die sie bewältigen können. Damit verschwindet nicht ihr Aggressivitätspotenzial von einem Tag zum anderen, aber die Quelle, aus der es sich speist, kann allmählich austrocknen.

Hohe Erregung

Eine andere häufig anzutreffende Quelle ist die dauerhaft hohe Erregung vieler Kinder. Dieses Erregungsniveau führt zu einer Hochspannung, die sich bei Belastungen in aggressiven Äußerungen und Handlungen entlädt. Viele Erwachsene werden es auch kennen, dass sie unter hoher angespannter Erregung leicht „explodieren“. Diese Kinder befinden sich nicht gelegentlich in solchen Erregungszuständen, sondern chronisch.

Oft wird das Verhalten der Kinder als „ADHS“ diagnostiziert, was allerdings noch nichts darüber aussagt, was bei dem jeweiligen Kind zu der hohen Erregung und Spannung geführt hat. Für eine Untersuchung über die „Innenwelten“ dieser Kinder hat die Lehrerin und Schul-Therapeutin Waltraut Barnowski-Geiser Dutzende von ihnen befragt. Bei allen war großer Kummer feststellbar, den sie nicht teilen und „loswerden“ konnten, Kummer über die Trennung der Eltern oder den Tod der Oma, Kummer über fehlende Liebe oder den Wegzug aus der alten Heimat, Kummer über zu wenig Achtung, ja oft Verachtung, oder das Nicht-zurecht-Kommen mit dem eigenen Anderssein. So vielfältig der Kummer war, aus dem sich die Erregung speiste, so wichtig waren und sind Möglichkeiten, die Erregung abzureagieren. Erwachsene können Musik machen oder ein Beet im Garten umgraben. In der Schule sind die Möglichkeiten beschränkter. Winston Churchill bat seinen Schuldirektor um die Erlaubnis, in den Pausen das Schulgelände verlassen zu dürfen, um einmal um das Gelände zu laufen. Er halte den Unterricht sonst nicht aus und könne sich vor Anspannung nicht konzentrieren. Der Direktor erteilte die Erlaubnis ... Gute Erfahrungen gibt es, wenn Kinder, die merken, kurz vor aggressiven Attacken zu stehen, die Erlaubnis bekommen, zeitweilig aus dem Unterricht „beiseite zu treten“. Mit einem Kind wurde vereinbart, dass es für einige Minuten das Klassenzimmer verlassen darf und zu einer Sitzzecke im Flur gehen kann. Für andere gibt es die Möglichkeit, in besondere Teile des Klassenzimmers

zu gehen und zu malen oder anderes zu tun. Manchmal reicht es schon, einem Kind zu erlauben, während es zuhört, gleichzeitig zu kritzeln oder zu malen, und das nicht als Desinteresse zu interpretieren. Alles, was die innere Erregung des Kindes reduziert oder hilft, sie unaggressiv „auslaufen“ zu lassen, ist sinnvoll. Manche Lehrerinnen und Lehrer scheuen davor zurück, um den Kindern keine „Sonderstellung“ einzuräumen. Doch diese Sonderstellung haben sie schon durch ihr aggressives Verhalten. Wenn anderes nicht hilft, sind solche Vereinbarungen einen Versuch wert. Sie müssen in der Klasse transparent gehandhabt werden, dann werden sie auch von den Schülerinnen und Schülern akzeptiert.

Ein weiteres Ergebnis der Befragung der so genannten „ADS/ADHS“-Kinder bestand darin, dass sich alle Kinder und Jugendlichen „nicht richtig“ vorkamen. Sie bewerteten nicht nur konkretes Verhalten als falsch, sondern sich selbst, in ihrer ganzen Persönlichkeit als „unaushaltbar“. „Nur ich, ich mache alles falsch, ich mache nur Ärger und dann sind alle sauer“, sagt der 11-jährige Stefan. Und die 13-jährige Melanie ist sich sicher: „Ich bin ein Stück Sch... Da sind sich alle sicher. Ich auch.“ Ist das Selbstwertgefühl von Kindern erst einmal so weit in den Keller gerutscht, kann leicht jede noch so gut gemeinte Kritik die Selbstabwertung verstärken: „Na klar, wie immer, ich mach ja alles falsch.“ Nichtsdestotrotz muss Kritik trotzdem manchmal sein, wichtiger für diese Kinder sind Komplimente, lobende Äußerungen, wann immer sich die Gelegenheit bietet und etwas lobenswert ist.

Gefühllosigkeit

Die dritte große Quelle aggressiver Äußerungen von Kindern und Jugendlichen neben der Haltlosigkeit und der hohen Erregung ist die Gefühllosigkeit. Manchmal sind Kinder in einer Art gewalttätig, die Kälte, Rohheit, manchmal Beiläufigkeit ausstrahlt. Es gibt kein Bedauern, keine Scham, keine Irritation. Dieses Gefühl der Gefühllosigkeit ergreift Kinder und Ju-

gendliche in der Regel noch nicht so umfassend wie Erwachsene, kann aber den prägenden Hintergrund aggressiver Handlungen bilden. Die Gefühllosigkeit kann bei Menschen entstehen, wenn sie sich existenziell bedroht und überfordert sehen, z.B. bei chronischen Schlägen, bei sexuellem Missbrauch oder anderen traumatischen Erfahrungen. Dann ist das Gefühl der Gefühllosigkeit ein Schutz, der aber, wenn er chronisch wird, zum Alptraum werden kann. Wenn mit der Fähigkeit zu fühlen auch das Mitgefühl verloren geht oder zumindest so betäubt wird, dass es keine Wirkung hat, werden aggressive Impulse zu roher Gewalt.

Hier können Lehrerinnen und Lehrer nur tätig werden, indem sie psychologische und therapeutische Hilfe vermitteln und die Opfer schützen. Nur im therapeutischen Rahmen kann es gelingen, die vergrabenen Gefühle wieder zu beleben, denn mit diesem Prozess wird auch der Schmerz lebendig, der früher nicht auszuhalten war und in die Gefühllosigkeit getrieben hat.

Unter der Aggressivität liegt somit dauerhaft ein anderes Gefühl, die Gefühllosigkeit. Auch andere Gefühle können sich in und hinter der Aggressivität verbergen, oft situationsgebunden und zeitweilig. Sie zu identifizieren, erschließt die vierte Quelle aggressiver Gefühle, der wir in der Schule häufig begegnen.

Dafür, dass unter einem aggressiven Gefühl bzw. dessen Ausdruck ein anderes Gefühl liegt, entlehnen wir aus den Sprachwissenschaften das Wort „Subtext“. Ein Subtext ist eine Aussage, die unterhalb des offenkundigen Textes verborgen ist.

Subtexte gibt es in allen erdenklichen Variationen. Weit verbreitet, vertraut und bei den Adressaten meistens wenig beliebt sind Aussagen wie: „Nein, du brauchst dich wirklich nicht um mich zu kümmern – du hast ja so viel zu tun“ oder „Ich möchte wirklich keine Geschenke haben“. Deren Subtexte lauten so oder so ähnlich: „Du kümmerst dich zu wenig um mich“ bzw. „Du hast mich schon so oft enttäuscht“ oder „Ich will mich dir nicht

verpflichtet fühlen.“ Nicht nur beim gesprochenen oder geschriebenen Wort gibt es Subtexte, auch bei Handlungen und Gefühlen. Der Subtext wutentbrannten Wegrennens beim Abschied-Nehmen z.B. von einem geliebten Menschen ist oft das Gefühl der Verlassenheit, der Leere, der Angst oder der Traurigkeit.

Der Subtext der aggressiven Äußerungen von Kindern und Jugendlichen ist individuell unterschiedlich. Einige Beispiele:

- Achim ist oft beschämt worden. In Situationen, in denen es bedrohlich wird, dass er ausgelacht wird, beginnt er „vorsorglich“ um sich zu schlagen.
- Ruth ist einsam. Die Mutter ist weg und sie hat keine „richtige“ Freundin. Wenn sie es nicht mehr aushält, wird sie „pampig“ und laut.
- Tim wird vom Vater nur beachtet, wenn er wütend wird. Er erhält dann zwar oft Prügel – aber immerhin wird er beachtet. Das versucht er in der Schule auch.
- Immer wenn Suren nicht mehr weiter weiß, überfordert und hilflos ist, beginnt sie zu schreien ...

Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Es macht Mühe, den Subtext der aggressiven Äußerungen jedes einzelnen Kindes zu erkunden, und es ist oft einfacher, als man vorher vermutet. Dieser Weg lohnt sich. Allein auf Wut und Aggression zu reagieren geht in die Leere, wenn dahinter die Angst vor Beschämung oder die Hilflosigkeit steht. Erfolgversprechender ist es, auf den Subtext zu reagieren, aus dem sich die Aggressivität speist. In der Therapie erzählen Kinder und Jugendliche oft, wie wohltuend und wichtig es für sie ist, wenn Lehrerinnen oder Lehrer äußern, dass sie verstehen, was in ihnen vorgeht. Sie können meist darauf unmittelbar bzw. in Worten nicht reagieren. Aber es kommt an und wirkt. Sätze wie „Ich werde mich bemühen, darauf zu achten, dass du nicht ausgelacht wirst“, „Auslachen ist in der Klasse verboten“ oder „Wenn man nicht mehr weiter weiß, kann man schon mal aus der Haut fahren – das kenne ich“ zeigen

Verständnis. Von ihnen berichten die Kinder noch Jahre später.

Fazit

Viele Lehrerinnen und Lehrer bemühen sich, auf aggressive Äußerungen in der Schule nicht nur disziplinarisch zu reagieren. Auch wenn im Schulalltag die Möglichkeiten oft nur allzu beschränkt sind, ist jeder Versuch wertvoll. Die Unterscheidung der verschiedenen Quellen aggressiver Äußerungen kann eine Hilfestellung in diesem Bemühen sein. <

Literatur:

Udo Baer; Waltraut Barnowski-Geiser
Hyperaktive Kinder kreativ
Das Semnos-Konzept in Therapie und Pädagogik
Reihe Kompetenz Kompakt, Band 3

Udo Baer; Waltraut Barnowski-Geiser
Innenwelten hyperaktiver Kinder
Damit Eltern und Erziehende verstehen, wie Kinder mit „ADS/ADHS“ sich und ihre Welt erleben
Reihe Würde Bücher, Band 1

Udo Baer, Gabriele Frick-Baer
Der kleine Ärger und die große Wut
Bibliothek der Gefühle, Band 6

Zur Person:

Udo Baer, Jg. 1949, Neukirchen-Vluyn. Diplom-Pädagoge und Heilpraktiker für Psychotherapie, tätig in psychotherapeutischer Praxis und Supervision, als Autor zahlreicher Fachbücher und als Leiter des Aus- und Fortbildungsinstituts „Zukunftswerkstatt therapie kreativ“

Zum Vormerken

Lehrergesundheitstag 2006 Fit und gesund im Lehrberuf

Termin: Samstag, 29. April 2006

Ort: BBZ Gesundheit in Ingolstadt

Unter Federführung des Berufsbildungszentrums Gesundheit Ingolstadt (Leiter Wolfgang Lamprecht) und unter Leitung des Hauptpersonalrats Berufliche Schulen, Wolfgang Lambl, wird derzeit von den Hauptpersonalräten der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) für den 29. April 2006 in Ingolstadt eine Veranstaltung zum Thema „Lehrergesundheit“ geplant mit dem Motto „Fit und gesund im Lehrberuf“. Nach dem Grußwort des Ingolstädter Oberbürgermeisters ist ein Beitrag von Kultusminister Siegfried Schneider vorgesehen, danach ein Referat von Prof. Schmitt (Universität Eichstätt). In Workshops und begleitenden Info-Ständen zu gesundheitserhaltenden Maßnahmen (mit Hör- und Sehtest, Blutdruckmessung usw.) ist ein attraktives Angebot zusammengestellt. Einladungen dazu werden demnächst an die Schulen versandt.



Bild von links nach rechts: Wolfgang Lamprecht (BBZ Ingolstadt), Martin Rister (brlv), Julia Jakob (brlv), Wolfgang Lambl (VLB), Dagmar Bär (bpv), Walter Bertl (bpv), Rita Bovenz (bpv) und Horst Hackel (VLB) bei der Planung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der VLB lädt Sie herzlich nach Fürth ein zu seiner traditionellen Fachtagung

„Treffpunkt der Lehrkräfte an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern“

Wir haben für Sie ein interessantes Programm mit dem Ziel zusammengestellt, Ihnen Information, Beratung und Möglichkeiten zur Kommunikation mit Fachleuten zu bieten.

Programm

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

22. Oktober 2005

Ludwig-Erhard-Schule, Theresienstraße 15, 90762 Fürth

9.00 Uhr **Beginn der Lehr- und Lernmittelausstellung**

9.30 Uhr **Hauptveranstaltung**
– 12.00 Uhr

Begrüßung

Horst Lochner,
Bezirksvorsitzender des VLB in Mittelfranken

Hartmut Träger,
Bürgermeister der Stadt Fürth

Hans Käfler,
Landesvorsitzender des VLB

Referat

Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens

Dr. Wolfgang Kehl,
Bundesvorsitzender des VLW
mit Aussprache

Diskussion

Kolleginnen und Kollegen fragen – das Kultusministerium antwortet

Hans Wilhelm Thomé, Ministerialdirigent
Dr. Horst Güttler, Ministerialrat
Alexander Liebel, stellv. Landesvorsitzender des VLB

12.00 Uhr **Mittagspause**

13.00 Uhr **Arbeitskreise**
– 14.45 Uhr
siehe gesonderte Übersicht

15.00 Uhr **Zusammenfassung des Tages**
Dr. Angelika Rehm, stellv. Landesvorsitzende des VLB

ca. 15.30 Uhr **Ende der Veranstaltung**

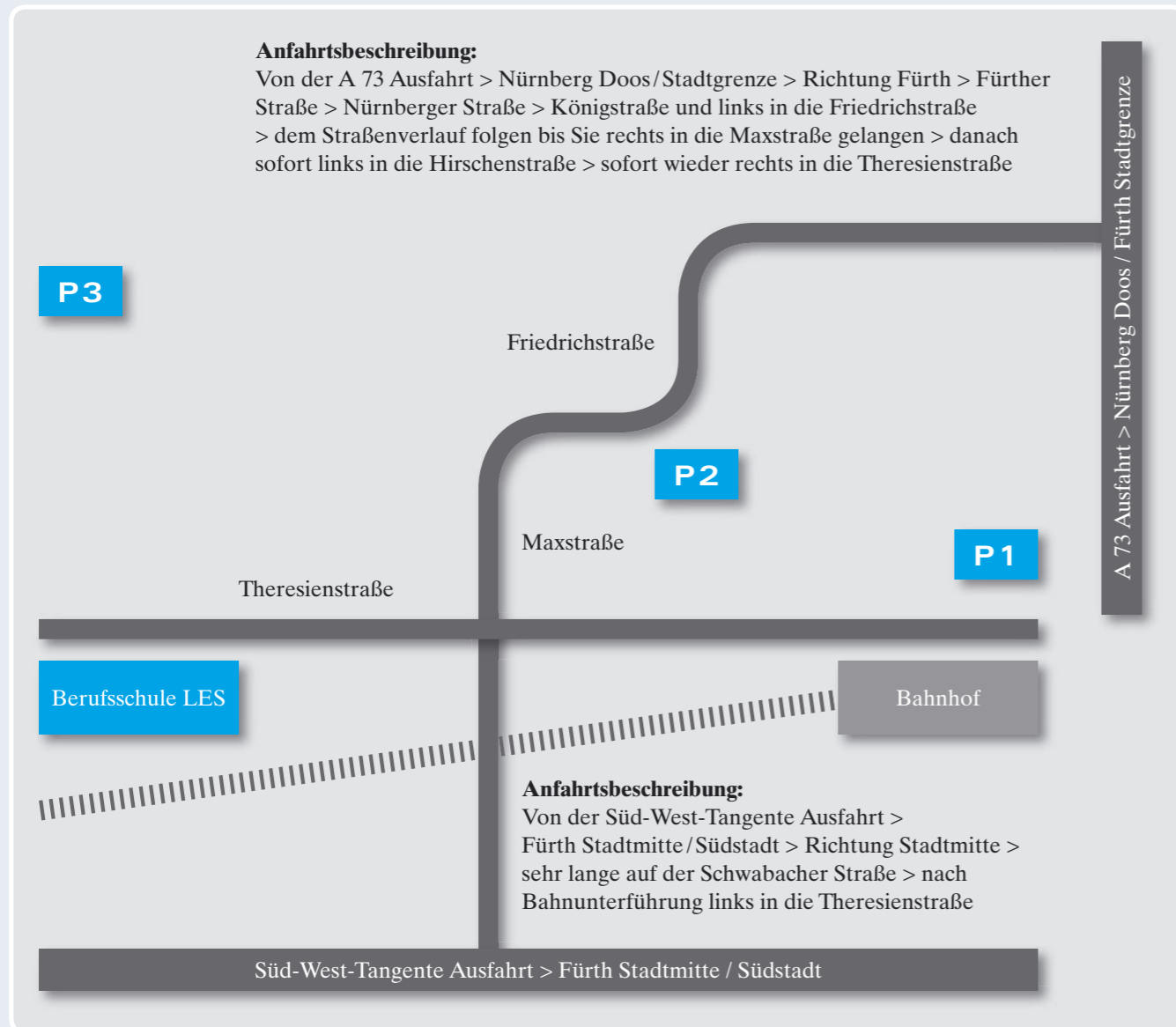
Service, Beratung: Personalrat, Horst Hackel, Wolfgang Lambl
Dienstrecht, Marion Götz
Senioren, Berthold Schülter

Programm der Arbeitskreise / Fachgruppen

Die Raumaufteilung erhalten Sie vor Ort

Fachgruppen	Leitung/ Referenten	Themen	Inhalte
Fachoberschule / Berufsoberschule	Hansjörg Bosch	Die internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IAS/IFRS) und ihre Bedeutung für den Unterricht im Fach Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen	Die internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IAS/IFRS) <ul style="list-style-type: none"> • Grundlagen • Bedeutung für die Rechnungslegung deutscher Unternehmen • Bedeutung für den Unterricht im Fach Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen
Wirtschaftsschule	Bernhard Zeller	Aktuelles zu Wirtschaftsschulen	<ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungsaustausch zu den Änderungen der WSO vom 01. 05. 2005 • Abschlussprüfungen 2005 • Ergebnisse und Erfahrungen mit dem zentralen Probeunterricht • Klassen- und Gruppenbildung 2005 • Sonstiges
Finanzberufe	Werner Kiese	Unterrichten in Bankfachklassen: Das Berufsbild des Bankkaufmannes im Spannungsfeld von Wirtschaft und Schule	<ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Attraktivität durch Zusatzqualifizierungen • Differenzierte Unterrichtsformen in Zeiten knapper Mittel • Inhalt und Niveau der Berufsabschlussprüfung für Bankkaufleute am Beispiel „Wirtschaft und Sozialkunde“ • Stundenpool – Lösung für die Teilnahme der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern
Handelsberufe	Gerhard Hacker	Novellierung und Modernisierung der Handelsberufe	<ul style="list-style-type: none"> • Lernfelder im Großhandel • Erfahrungen und Entwicklungen im Einzelhandel (Stofffülle, Inhalte, Stoffverteilung, Schulbücher) • Integrationsprobleme beim Einsatz von Warenwirtschaftssystemen, insbesondere im Großhandel
Büroberufe	Paul Beetz	Mitwirkung in Prüfungsausschüssen DV-Prüfungsinhalte Aktuelle Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung von Lehrkräften in den Prüfungsausschüssen der IHK und HWK – Anrechnungsstunden des KM aus einem Pool. Wie kann man das Konzept umsetzen? • Excel- und Word-Befehle in den Berufsabschlussprüfungen im Fach Informationsverarbeitung für Büroberufe. • Statements von den Mitgliedern der Fachgruppe „Büroberufe“ • Meinungsaustausch zu aktuellen Themen
Deutsch	Ludwig Rose	Wie kaufmännisch darf der Deutschunterricht sein?	–

Fachgruppen	Leitung/ Referenten	Themen	Inhalte
IT	Frank Blanke	Einsatz von OpenSource-Software in beruflichen Schulen	<ul style="list-style-type: none"> • Praktische Beispiele • Diskussion
Schreibtechnik (Textverarbeitung)	Siegbert Ulbrich	Fachlehrausbildung Praktisches für den Unterricht	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung für des Lehramt der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern – Quo vadis? • Nutzen der Tabellenkalkulation für Notenfeststellung und Bewertungstabellen
Sozialkunde	Peter Lindacher	Der Irak-Konflikt – ein Fallbeispiel zum neuen Lehrplan	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktparteien und deren Beweggründe • Machtverhältnisse • Konfliktverlauf • Mittel des Krisenmanagements • Rolle von UNO, EU und Deutschland
Senioren	Berthold Schuler	Die Beamtenversorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Absenkungen ohne Ende? • Verwirklichte, beschlossene und drohende Absenkungen • Diskussion und Beantwortung von Fragen
Personalvertretung	Wolfgang Lambl / Horst Hackel	Dienstrechtliche und sonstige (un)angenehme Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Dienstlichen Beurteilung 2006 • Arbeitszeitkonto • Lehrerunterrichtszeit (LUZ) • Teilnahme an Berufsabschlussprüfungen • Ernennungsrichtlinien (ErbSch) • Personalratswahlen 2006
Dienstrecht	Marion Götz	Aktuelle Fragen des Dienstrechts	Aktuelle, ausgewählte Themen zum Dienstrecht. Erfahrungsaustausch der Teilnehmer mit allgemeiner Beratungsmöglichkeit.
Sport	Thomas Oschmann	Sport – Religion – Wirtschaft Eine gesunde Beziehung?	Diskussion und Referat(e) Anschließend Infobörse über neue Wege/Trends im Berufsschulsport
Religion/Sport	Dr. Michael Persie	„Das Kreuz mit dem Kreuz“. Sport – Religion – Wirtschaft	Anlässlich der Fußball-WM möchten wir uns bewegen und unser Kreuz im Sport, in und mit der Kirche/Religion und in und mit der Wirtschaft untersuchen. Vieles liegt auf dem Boden – heben wir es auf!
Referendare	Jürgen Krotter	Aktuelles aus dem Referendariat	<ul style="list-style-type: none"> • Einstellungssituation • Änderungen in der Referendarsausbildung • Themen des Tages
Hauptpersonalrat	Horst Hackel	Beratung, auch Einzelberatung	–



Hinweis: An der Ludwig-Erhard-Schule gibt es nur wenige Parkplätze.

Aber: Vom Bahnhof und von der U-Bahn sind Sie in bequemen 7 Minuten bei uns.

Falls Sie dennoch mit dem PKW anreisen, können Sie in folgenden Parkhäusern parken:

1. Parkhaus Marktkauf, Gebhardtstraße

Telefon 09 11-74 91 60
 Einfahrtshöhe 1,8 m, Stellplätze 700,
 täglich 24 Stunden geöffnet.
 Für Marktkauf-Kunden (ab 5,00 Euro):
 bis 3 Stunden frei,
 jede weitere Stunde 1,00 Euro.
 Für Nichtkunden:
 jede angefangene Stunde 1,00 Euro,
 Tagesmaximum 24 Stunden 8,00 Euro.

2. Parkhaus Friedrichstraße

Telefon 09 11-7 40 29 70,
 Einfahrtshöhe 2 m, Stellplätze 294,
 täglich 24 Stunden geöffnet.
 Bis 30 Minuten 0,50 Euro,
 bis zwei Stunden 2,50 Euro,
 jede weitere Stunde 1,00 Euro,
 Tagesmaximum 11,00 Euro

3. Tiefgarage Stadthalle, Rosenstraße 50

Telefon 09 11-7 49 12-0,
 Einfahrtshöhe 1,8 m, Stellplätze 300.
 Bis 4 Stunden 2,00 Euro, jede weitere Stunde 0,50 Euro,
 Tagesmaximum 7,60 Euro.

4. Geplant

Fertigstellung eventuell im Oktober:
 Ottostraße, 2 Minuten von der Schule entfernt.

Münchner Kooperationsprojekt richtet Focus auf benachteiligte Jugendliche:

Sozialarbeit als feste Einrichtung an beruflichen Schulen

URSULA HAUSNER

Wenn man anschaulich über das „Münchner Kooperationsprojekt Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen mit den Partnern Schulreferat, Sozialreferat und Agentur für Arbeit“ berichten möchte, muss man zunächst einige Worte zu der Entwicklungsgeschichte sagen.

Am 23. Mai 2001 beschloss der Stadtrat der Landeshauptstadt München ein Gesamtkonzept zur Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen. Dieses Konzept bot den fachlichen, personellen und organisatorischen Rahmen, in dem künftig an 17 beruflichen Schulen Schulsozialarbeit angeboten werden sollte. Unter Schulsozialarbeit wurde dabei Jugendsozialarbeit verstanden, die direkt an der Berufsschule angesiedelt ist und dazu dient, die schulische und berufliche Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt und die soziale Integration von Jugendlichen zu fördern, um eine soziale Benachteiligung oder individuelle Beeinträchtigung zu überwinden.

Angebote zu Prävention und Intervention

Es herrschte von Anfang an Einigkeit darüber, dass der Schwerpunkt auf der Einzelfallhilfe bei Problemen mit der Lehrstelle, der Schule oder dem Elternhaus liegen musste, wobei es neben präventiven Angeboten auch Angebote einer akuten Krisenintervention geben sollte. Neuartig und wegweisend an dieser Konzeption war die enge Kooperation und Verzahnung von Jugendhilfe, Schule und Agentur für Arbeit, die aus jeweils unterschiedlichem gesellschaftlichen Auftrag ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und ihre finanziellen Ressourcen einbringen und bündeln wollten. Zielsetzung war dabei, Jugendlichen, die in einer schwierigen Lebenslage Beratung

und Unterstützung benötigen, wirksamer zu helfen. Eine im Vorfeld der Planungen durchgeführte Befragung von Lehrkräften an den beruflichen Schulen hatte deutlich gemacht, dass sie den sozialen Problemdruck ihrer Schülerinnen und Schüler nicht allein und nicht nebenbei schultern können. Hiervon ausgehend und ergänzt um Rückmeldungen erfahrener Ausbilder in den Betrieben erarbeiteten Kolleginnen und Kollegen des Schul- und Sozialreferates, der Agentur für Arbeit und der Münchner Volkshochschule ein ganzheitliches Konzept, das sowohl der Situation an den einzelnen Schulen als auch den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entgegenkommen sollte.

Dieses in der Stadt München neu erarbeitete Konzept der Schulsozialarbeit bietet den Schülerinnen und Schülern eine große Angebotspalette. Die Leistungsbeschreibung gliedert die Arbeiten der Betreuerinnen und Betreuer in folgende Bereiche:

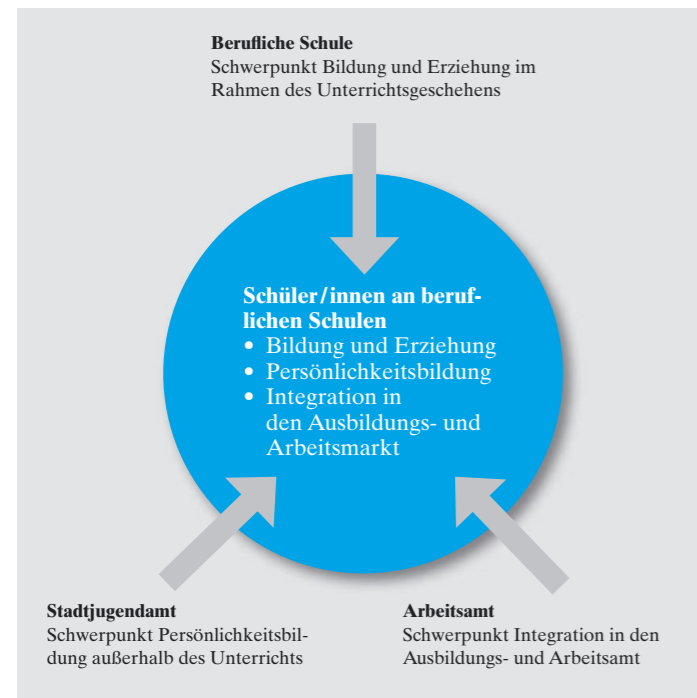
- die allgemeine Beratung von Schülerinnen und Schülern
- Einzelbetreuungen, das heißt die intensive Begleitung und Unterstützung von einzelnen Schülerinnen und Schülern über einen längeren Zeitraum hinweg und die Unterstützung der Schulleitungen bei Schulversäumnissen
- Durchführung klassenbezogener Angebote beispielsweise zum Thema „Kommunikation in der Klasse“ oder „Konflikttraining“ von Projekten wie „Wo liegen meine persönlichen Grenzen, wie kann ich meine Grenzen vermitteln, wie kann ich die Grenzen anderer verstehen“, Zielgruppenarbeit z.B. für Ausländerinnen und Ausländer, für Mädchen, für Jugendliche aus den neuen Bundesländern und Bewerbungstrainings

- Gestaltung schulbezogener Angebote wie Zusammenarbeit mit der Schülermitverantwortung (SMV), Hilfen für die Erstellung einer Schülerzeitung oder bei Schulveranstaltungen
- Schulinterne und -externe Kooperation mit der Schulleitung, Lehrern, Eltern, Ausbildungsbetrieben, der Agentur für Arbeit und anderen Institutionen
- Verwaltungsarbeit, fachlicher Austausch und Fortbildung

Aus der Leistungsbeschreibung geht auch hervor, welchen Umfang und damit welche Gewichtung die einzelnen Tätigkeitsbereiche haben. Die allgemeine Beratung der Schülerinnen und Schüler hat dabei mit 35 Prozent der Arbeitszeit den größten Umfang, gefolgt von der Einzelbetreuung, die 20 Prozent der Arbeitszeit umfasst. Im Rahmen dieser Leistungen erbringen die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch eine Reihe von Aufgaben für die Agentur für Arbeit wie beispielsweise die frühzeitige Sondierung des individuellen Unterstützungsbedarfs bei Gefährdung des Ausbildungserfolgs oder die Hilfestellung bei Ausbildungsplatzwechsel durch die Begleitung der Bewerberin und des Bewerbers. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen dokumentieren ihre in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit und erstellen für Jugendliche, die über einen punktuellen Kontakt hinausgehend betreut werden, einen Förderplan. Außerdem arbeiten sie mit der Arbeitsagentur zusammen und teilen ihr mit, welche Schülerinnen und Schüler auf Ausbildungsplätze vermittelt werden konnten.

Hoher Problemdruck an beruflichen Schulen

Aus den Befragungen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen im Schuljahr 1999/2000 hatte sich bereits ergeben, dass es an einer Vielzahl von beruflichen Schulen einen hohen Problemdruck gab. Aus dieser großen Zahl von Schulen wurden 17, teilweise auch mit Klassen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ), für das Projekt ausgewählt, die sich in zwei Gruppen



einteilen lassen: einerseits sind es berufliche Schulen des gewerblichen Bereichs, andererseits berufliche Schulen aus dem Bereich Dienstleistung und Soziales. Außerdem gehört die Berufsschule zur Berufsvorbereitung zu den Projektschulen. Die unterschiedlichen Maßnahmen und Projekte stehen grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schule offen, auch den Jungarbeiterinnen und Jungarbeitern.

Im Zeitraum vom Juni 2002 bis November 2004 führte das Institut für Soziologie der Universität München eine Evaluierung des Projektes durch. Im Rahmen dieser Evaluierungsmaßnahmen haben etwa 6500 Schülerinnen und Schüler sowie etwa 250 Lehrerinnen und Lehrer schriftlich auf standardisierte Fragen geantwortet, während Schulleitungen und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Hilfe eines strukturierten Leitfadens in Interviews Stellung genommen haben. Die Ergebnisse der Befragung zeigen auf, welcher Fortschritt tatsächlich mit dieser Art der konzentrierten Arbeit zu erreichen ist, machen andererseits aber auch deutlich, wo die Grenzen dessen sind, was Schule und Sozialarbeit zu leisten in der Lage sind.

Zunächst einmal ergab sich, dass das individuelle Beratungsangebot vor allem von jugendlichen nach Deutschland zugewanderten Migrantinnen und Migranten und mehrheitlich von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss oder mit einfachem Hauptschulabschluss genutzt wird. Das bedeutet, je niedriger das Bildungsniveau, umso höher der Grad der Nutzung.

Hohe Akzeptanz von Schulsozialarbeit

Im Vergleich zu anderen schulischen Institutionen genießt die Schulsozialarbeit einen großen Bekanntheitsgrad, kooperiert sehr eng mit den Beratungslehrkräften und ist zeitlich voll ausgelastet, was den Rückschluss auf eine große Akzeptanz vor allem bei den Schülerinnen und Schülern zulässt. Sowohl die Nutzerinnen und Nutzer der Schulsozialarbeit als auch die Lehrkräfte und die Schulleitungen sind mit der Qualität des Angebotes außerordentlich zufrieden. Etwa 75 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler geben an, Hilfe bei individuellen Problemen erhalten zu haben.

Daneben bieten die Schulen mit Schulsozialarbeit ihren Schülerinnen und Schülern beim Übergang ins Be-

rufsleben eine bessere Ausgangslage. In den 12. Klassen lässt sich ein etwas höheres Leistungsniveau dokumentieren und das spezielle Engagement der Schulsozialarbeit bei der Prüfungsvorbereitung führt dazu, dass bessere Prüfungsleistungen erbracht werden als an Schulen ohne diese Zusatzangebote. Sucht man nach Gründen für diese Wirkung, stößt man schnell auf die Vermutung, dass die Projektarbeit der Schulsozialarbeit das schulische Angebot qualitativ erweitert und damit das Schulklima verbessert. Und wenn Berufsschülerinnen und Berufsschüler, für die üblicherweise die Schule nicht mehr Lebensmittelpunkt ist, sich an ihrer Schule und in ihrer Klasse wohl fühlen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich ihre Lernbereitschaft erhöht, größer als an einer Schule ohne derartige Maßnahmen.

Eine wichtige Funktion haben die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen bei der Suche nach neuen Lehrstellen oder Arbeit. Hier geht die Rolle als Vermittler Hand in Hand mit der Berufsberatung der Arbeitsagentur, wobei eine eindeutige Zuordnung der Erfolgsquote zu der einen oder der anderen Institution mit den bisherigen Messinstrumenten nicht möglich ist.

Schulsozialarbeit erhöht Arbeitszufriedenheit der Lehrer signifikant

Aber auch über 90 Prozent der Lehrkräfte stellen fest, dass sie sehr gute Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht haben und äußern eine signifikant höhere Arbeitszufriedenheit an ihren Schulen als Lehrkräften an Schulen ohne Schulsozialarbeit. Diese höhere Zufriedenheit hat ihre Ursache darin, dass das sozialpädagogische Zusatzangebot die Lehrkräfte in die Lage versetzt, die immer komplexer und schwieriger werdenden Bedingungen des Unterrichtsalltags und die weiter zunehmenden Anforderungen an die sozialpädagogische Betreuung ihrer Schülerinnen und Schüler besser zu bewältigen. Durch die Maßnahmen der Schulsozialarbeit erhalten sie Unterstützung in Aufgabenbereichen, für die sie von Haus aus nicht oder nicht ausreichend ausgebildet sind.

Grenzen von Schulsozialarbeit

Die Evaluierungsstudie zum Projekt Schulsozialarbeit zeigt aber andererseits auch, wo die Grenzen solcher Maßnahmen liegen und zwar ganz gleich, wie gut geplant sie sind und mit wie viel Einsatz alle Beteiligten arbeiten. Hier ist ein wichtiger Punkt die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen, die eine der Ursachen des Problems an Berufsschulen ist. Leider konnte nicht nachgewiesen werden, dass sich diese Gewaltbereitschaft signifikant reduzieren lässt. Die Gründe dafür sind offensichtlich: die Ursachen von Gewalthandlungen sind komplex und liegen vermutlich nur zum geringen Teil im Bereich der Berufsschulen selbst. Zum anderen ist die Personalausstattung auch unseres Projektes bei Schulgrößen von bis zu 3000 Schülerinnen und Schülern und einem relativ geringen Anteil von Jugendlichen (die Untersuchung spricht von drei bis sieben Prozent) mit direktem Kontakt zu den Betreuern nicht adäquat, um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen zu beseitigen. Es wurde aber deutlich, dass eine geringere Gewaltbereitschaft dann zu beobachten ist, wenn der Frauenanteil und das Bildungsniveau in der Klasse hoch sind. Ein erhöhter Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärkt wiederum das Verhalten, Probleme anders als mit Argumenten zu lösen.

Ein weiteres Ziel der Schulsozialarbeit, nämlich Ausbildungsabbrüche zu verhindern, wird ebenfalls nicht erreicht. Auch hier muss man festhalten, dass die Gründe, die dazu führen, dass Jugendliche ihre Ausbildung vorzeitig beenden, zu vielfältig und zu komplex sind, um durch unser Maßnahmenpaket allein beeinflusst zu werden. Allerdings lässt sich für den Bereich der Fehlzeiten Positives vermelden. Schulversäumnisse und die damit einhergehenden Bußgelder gehören zu den Indikatoren, die auf einen drohenden Ausbildungsabbruch hindeuten. Die Evaluationsstudie stellte fest, dass es an Berufsschulen mit Schulsozialarbeit mehr Androhungen von Bußgeldern wegen Unterrichtsversäumnissen gibt. Dies ist darauf zu-

rück zu führen, dass unentschuldigtes Fehlen durch die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gemeinsam mit den Beratungslehrkräften konsequent beobachtet und verfolgt wird. Die tatsächlichen Bußgeldanzeigen sind auf Grund des gezielten Einsatzes des Instruments „Bußgeldandrohung“ laut Auskunft des Amtes für Ausbildungsförderung rückläufig.

Schulsozialarbeit: unverzichtbares Instrument der sozialen Stabilisierung

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen: Die Schulsozialarbeit ist zu einem unverzichtbaren Unterstützungsinstrument an unseren beruflichen Schulen geworden. Sie führt insgesamt gesehen zu einer erhöhten Leistungsbereitschaft der Jugendlichen, die dann wiederum eine positive Wirkung auf die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und das Schulklima hat. Die Schulsozialarbeit erreicht vor allem sozial Benachteiligte und hilft hier vor allem bei der individuellen Förderung und sozialen Stabilisierung. Die Lehrkräfte werden durch die zusätzlichen Angebote unterstützt, außerdem steigt die Arbeitszufriedenheit. Aber man muss in seinen Erwartungen an die Schulsozialarbeit realistisch bleiben – komplexe, letztlich gesamtgesellschaftlich begründete Probleme wie die hohe Gewaltbe-

reitschaft eines Teils der Schülerschaft und die schlechten Chancen, die Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit einfachem Hauptschulabschluss und schlechten Sprachkenntnissen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, können durch Maßnahmen der Schulsozialarbeit allein nicht gelöst werden.

Dennoch ist die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger hoch. Die Schulsozialarbeit kümmert sich um eine Schülerklientel, die vermutlich in den nächsten Jahren noch zahlreicher werden wird. Wenn es nicht gelingt, einen großen Teil dieser jungen Menschen in gesellschaftliche Prozesse einzubinden und in die Arbeitswelt zu integrieren, werden wir in einigen Jahren vermutlich vor großen sozialen Problemen stehen. Deshalb ist es notwendig, auch in den heutigen Zeiten der knappen finanziellen Ressourcen die Kräfte von Schule, Sozialarbeit und Arbeitsvermittlung zu bündeln und mit möglichst guter personeller Ausstattung gezielt in den Schulen zu investieren, die für viele sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler zuständig sind. Die Landeshauptstadt München jedenfalls hat sich dazu entschlossen, auf dem einmal beschrittenen Weg weiter zu gehen und die Schulsozialarbeit an ihren beruflichen Schulen zu einer festen Einrichtung zu machen. <

Eine Anregung für den Deutschunterricht:

„Vom Sitzpinkler zum Softwürfel“

MARTIN RUF

So titelte die Würzburger Mainpost am 23. Juli 2005 auf ihrer Daily X-Seite über die Herausgabe des PONS Wörterbuch der Jugendsprache 2005. (Das Wörterbuch ist im Klett-Verlag für 2,00 Euro erschienen. Neben dem deutschen Begriff wird gleichzeitig die englische, französische und spanische

Übersetzung mitgeliefert.) Der Autor des Artikels, Tom Brünner, leitet seinen Text folgendermaßen ein: „Humeltitten bezeichnet Gänsehaut, der Teppichporsche ist ein kleiner Hund, und für Tampon gibt es außer Einwegstöpsel noch viele weitere Synonyme. Was das soll? Laut „Pons Wörterbuch der Jugendsprache 2005“ sind das alles typische Begriffe, die von Jugendl-

chen verwendet werden. Also, schnell auf die Alugurke (Fahrrad) geschwungen, in die Stadt gecruist (gefahren) und ein paar shiggische Upstyler (modisch gekleidete Leute) befragt.“

Ob dies tatsächlich die Sprache der Jugendlichen ist, bleibt dem Autor dieser Zeilen in gewisser Weise verschlossen, da seine Kinder (17- und 19-jährig) mit den hier aufgeführten Wörtern relativ wenig anfangen können.

Trotzdem so Autor Brünner weiter: „Die Jugendsprache verändert sich ständig und auch regional bestehen große Unterschiede. „Gamsig“ (sexuell erregt) kommt wohl eher aus Fürstentum Bruck als aus Wanne-Eickel, und auch das „Wanztrammeln“ (Bauchschmerzen) ist sicher dialektal eingefärbt. Sinn der ganzen Veranstaltung „Jugendsprache“ ist eine eigene Identität, vor allem in Abgrenzung zu den Erwachsenen. Schließlich sollen „Kohlenbeschaffer“, „Kniebeißer“ und „Körperklause“ (Eltern, Kinder, Trottel) nicht gleich rallen, was abgeht.“ Letztlich gehe es dabei kreativ zu. So gebe es „von der Wortneuschöpfung bis hin zum Anglizismus kein Mittel, das nicht von der Jugend genutzt wird, um vor allem Themen wie Körper und Sexualität konkret krass kommunizierbar zu machen.“

Nebenstehend noch eine kleine Übersicht über die Entwicklung von Begriffen im Wandel von 2001 bis 2004. Sie kann als Einstieg in das Thema „Sprache“ im Deutschunterricht dienen oder wie wir es an unse-

Jugendsprache im Wandel 2001 bis 2004

	2001	2002	2003	2004
Geschlechtsverkehr		knallen, poppen, pimperm	öckern	DVD gucken, durchkneten, mit jemand parken
Solarium	Asitoaster	Tussitoaster Tussistrahler	Münzmallorca	
Dicke Menschen		Tittchen Pommespanzer	Gehsteigpanzer	Doppel-Wopper, Schnürschinken, Puddingdampfer, Tittenfisch
Schwächling	Sitzpinkler, Sockensortierer, Chefgrüßer	Schmacti	Softwürfel	
Auf jemanden einreden	auf jdn. eintexten jdn. volltexten jdm. Koteletts ans Ohr hängen	jdm. die Kasette einlegen	jdn. zufönen	
„dummer“ Mensch	Gollo, Spacko, Nullchecker, Nullpeiler, Flachzange	Hasenhirn, Spaten, Honk, Opfer, Evolutionsbremse, Brotgehirn	Intelligenzaller- giker, Klopskind, Pfofen, Poperze	Schnippi, Noop
Gänsehaut		Erpelfolie		Hummeltitten
Hund		FuBhupe (kl. Hund)	Behaarte Bifi	
Rauchen	quarzen	harzen, chiggen	knörzen	wacken, chiggen
Super	krass, hammer, korrega, phat, endgeil	heftig, fett, dick, tierst, vierlagig		abfetzmäßig, pomo
Unattraktives Gesicht	Hässlette, Hackfresse	Gesichtselfmeter, Gesichtsgrotte		
Kleiner Hund		FuBhupe	Teppichporsche Nuttentpiffi	Teppichporsche
Attraktives Mädchen	Schnecke, Barbie		Topschuss	jmd. ist lecker, jmd. ist voll optisch, Schmacko (Junge) jdm. ist verludert
Bier	Krawwallbrause	Partywürfel Knallwasser	Blechbrötchen	Herrenhandtäsch- chen (Sechserpack)

rer Schule thematisieren. Die Schülerzeitung hat sich des Themas angenommen und die Schüler aufgefordert, ihre Jugendsprache auf großen Plaka-

ten im Foyer zu kommunizieren und transportieren, um dann ein „schul-eigenes Wörterbuch der Jugendsprache“ herauszugeben. *Martin Ruf*

Nachahmenswerte Projekte:

Internationale Politik im Zeichen der Globalisierung und die Einflussnahme des Einzelnen

ELFRIEDE SULZER-GSCHEIDL

Begleitet von Joana Stümpfig – einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin des O Pequeno Nazareno – befassten sich im Juni 2005 ca. 70 Schüler der Berufsfachschule für Büroberufe sowie der Berufsschule 14 in Nürnberg mit diesem Thema. Nachdem der Begriff Globalisierung definiert war, wurden die Schüler aufgefordert, ihre Gedanken zu äußern, in



Fand aufmerksame Zuhörer: Joana Stümpfig, als sie über die Straßenkinder in Brasilien berichtete.

welchen Bereichen Globalisierung auf ihr Berufs- und Privatleben Einfluss nimmt. Es zeigte sich deutlich, dass z.B. globale Wirtschaftstätigkeit nicht nur Chancen, sondern auch Risiken mit sich bringt. In einer globalisierten Welt braucht es internationale Organisationen (IGOs) und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Anschließend wurden die Schüler in zehn Gruppen aufgeteilt und sollten sich mit Texten über IGOs (UNO IWF, EU, WTO) und NGOs (Greenpeace, Attac, O Pequeno Nazareno, Nationales Olympisches Komitee, Save die Children) beschäftigen. Nach einer angeregten Diskussionsphase stellte ein Gruppenmitglied die jeweilige Organisation im Plenum vor und ordnete sie den IGOs oder NGOs zu. Anschließend wurden Vor- und Nachteile beider Organisationsformen diskutiert.

Joana Stümpfig zeigte am Beispiel der NGO „O Pequeno Nazareno, Verein für Gerechtigkeit und Menschenwürde in Brasilien e.V. (OPN)“ die direkte Einflussnahme auf die Politik des Landes, um Missstände zu bekämpfen. So nimmt der OPN Straßenkinder auf, um ihnen ein menschenwürdiges Leben und eine Ausbildung zu ermöglichen. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter kämpfen z.B. für Gesetzesänderungen, um die Lebensumstände der Kinder in Brasilien zu verbessern. Die Referentin unterstrich die Möglichkeit des Einzelnen, sich ehrenamtlich zu engagieren, und zeigte eine Bilddokumentation. Der Verein OPN wurde von den deutschen Brüdern Rosenmayer 1994 gegründet. Heute kümmern sich die Mitarbeiter des Vereins in zwei Nazareno-Dörfern um ca. 110 Straßenkinder.

Die Schüler gestalteten Stellwände mit Informationen über die Organisationen, die weitere Tage in der Schule ausgestellt wurden.

Besonderes Interesse zeigten die Schüler bei den Ausführungen von Joana Stümpfig über das Leben der Straßenkinder in Brasilien. An dieser Stelle nochmals vielen Dank an Joana Stümpfig für ihre Ausführungen. < Kontaktadresse: Joana-Stuempfig@gmx.net; www.nazareno.de



Digitalkameras für gehobene Ansprüche!

Pro wie Profi

Canon PowerShot Pro 1. Die ideale Wegbegleiterin für hohe Ansprüche an Qualität und Performance. 8 Megapixel, 7-fach optischer Zoom und Ultraschallmotor, großes 2,0 Zoll dreh- und schwenkbares Display und 12 Belichtungsprogramme sorgen für begeisternde kreative Möglichkeiten.

Schwenkbares Display

8,0 Megapixel

7-fach Zoom

612 036

TOP-PREIS!

465,-
539,40 inkl. MWSt



Megazoom!

Panasonic Lumix FZ 30. Eine Klasse für sich ist die neue FZ-30. Neben dem 8 Megapixel Sensor, dem 12-fach Leica Vario Elmarit Objektiv, einem optischen Bildstabilisator, dem frei schwenkbaren 2,0 Zoll Display bietet die Kamera viele manuelle Einstellmöglichkeiten über die ergonomischen Einstellräder.

12-fach Leica Zoom-Objektiv

Opt. Bildstabilisator

8,0 Megapixel

808 141

TOP-PREIS!

498,-
577,68 inkl. MWSt



Die Alleskönnerin!

Konica Minolta Dynax 5 D mit AF 18-70. Ideale digitale Einstiegs-SLR-Kamera mit Anti-Shake-Technik für Verwacklungssicherheit, einem großen 2,5 Zoll LCD-Monitor sowie einem kontrastreichen Sucher für optimale Sichtverhältnisse. Ein leichtes und robustes Gehäuse garantieren bestmögliche Bewegungsfreiheit. Inkl. Konica Minolta AF 18-70 Zoom.

Anti-Shake-Technologie

6,1 Megapixel

Digitale SLR

829 197

TOP-PREIS!

746,-
865,36 inkl. MWSt



TECHNIKdirekt.de
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Lernortkooperation am Beruflichen Schulzentrum Amberg:

Unterricht mit virtuellen Klassen

BERNHARD KLEIERL

Idee

Vor etwa zwei Jahren entstand an unserer Schule die Idee, die Ausbildung unserer Schüler im dualen System mit Hilfe einer Internetplattform zu optimieren.

Die Basis bildete zunächst das Lotus-Modul „Quickplace“ und jetzt die weiterentwickelte Internetplattform www.teamlearn.de.

Mit Hilfe von sog. virtuellen Klassen sollten Teile der Schule, des Unterrichts, der Information und Kommunikation nach innen und außen abgebildet werden, um die Kooperation zwischen den Lernorten der Schul- und Berufsausbildung (Schule, Betrieb, Eltern- bzw. Schülerhaus) nachhaltig zu verbessern. So wurden zuerst für bestimmte Ausbildungsberufe, später auch für ganze Fachbereiche virtuelle Klassen entwickelt. Als Teilnehmer wurden die Lehrer, Schüler und Ausbildungsbetriebe dieses Berufes registriert, welche von nun an über das Internet am „Unterrichtsgeschehen“ dieser Klassen bzw. Berufe teilhaben konnten. Von besonderer Bedeutung war dabei die Tatsache, dass die Teilnehmer per E-Mail automatisch informiert wurden, sobald sich etwas in der Klasse veränderte (z.B. ein neuer Termin in den elektronischen Klassenkalender eingetragen wurde oder neue Unterlagen für den Unterricht eingestellt wurden). Die weitere Entwicklung der virtuellen Klassen, welche mittlerweile aus manchen Berufen nicht mehr wegzudenken sind, zum Teil sich aber auch noch in der Ausbauphase in einigen Berufszweigen befinden, wurde unter folgende Zielsetzungen gestellt:

Steigerung der Unterrichtsqualität

Das Unterrichtsangebot einer Klasse wurde in dem Quickplace (im Folgenden QP genannt) komplett abgebildet. Das heißt, es wurde für jede Klasse der

Fächerkanon mit dem Lehrstoffverteilungsplan, einem Ordner für Unterlagen und einem Diskussionsraum erstellt. Somit wurde für alle Beteiligten nachvollziehbar die Abfolge der Lerninhalte im Unterricht (in allen Fächern) transparent gemacht. Schüler, Eltern und Ausbilder konnten sich so stets darüber informieren und auch nachprüfen, welche Inhalte zu welcher Zeit vermittelt wurden. Dies erleichterte für die Betriebe vor allen Dingen auch die Koordination des innerbetrieblichen Unterrichts und die Koordination von Ausbildungsmodulen. Lernortkooperation konnte nun durch Abstimmung der Ausbildungsinhalte zeitnah stattfinden. Nicht minder sollte auch der Vorteil für die Lehrer erwähnt werden, welche nun sehr bequem die Lehrstoffverteilungspläne ihrer Kolleginnen und Kollegen einsehen konnten. Gerade in den auf Lernfelder konzentrierten Lehrplänen an der Berufsschule ein großer Vorteil, um Lerninhalte abzustimmen. Auch dem Fächer übergreifenden Unterricht kam diese Transparenz zu Gute.

Durch die Einstellung von Unterrichtsunterlagen konnte zudem leicht eine individuelle Förderung vorgenommen werden. Die Kollegen stellten beispielsweise zusätzliche Übungsaufgaben für lernschwächere Schüler zu einem bestimmten Themenbereich oder auch anspruchsvollere Hintergrundinformationen für „wissbegierigere“ Schüler ein. Als großer Vorteil stellte sich auch heraus, dass nunmehr die Unterlagen immer zur Verfügung standen: den Schülern zu Hause, an den Infopoints (Rechnern mit freiem Internetzugang) der Schule oder auch im Betrieb und natürlich auch den Lehrern im Unterricht. Da die „Pilotklassenräume“ im Neubau der Schule alle mit Rechnern, Internetaanschluss und Beamern ausgestattet waren, konnte im Unterricht jederzeit auf die Inhalte zugegriffen und diese visualisiert werden. Damit konnte die Unterrichtsqualität und Aktua-

lität (z.B. der Zugriff zur Aufgabe 15 der aktuellen Abschlussprüfung Sommer 2005 im Fach Bankbetriebslehre) äußerst zeitnah erfolgen. Des Weiteren wurde die Plattform dazu genutzt, die Ergebnisse von Gruppenarbeiten (z.B. Präsentationen) für alle – sozusagen als Archiv – einzustellen. Ebenso die Lösungen von Arbeiten, die etwa als Hausaufgabe zwischen Blockwochen aufgegeben wurden. Deswegen war der Anreiz der Schüler natürlich auch groß, an dieser Plattform teilzunehmen.

Was letztendlich aber sehr stark gefördert wurde, war der Umgang mit den neuen Medien (Internet, E-Mail, Quickplace ...), zu dem die Beteiligten schier gezwungen waren, um an diese Informationen zu kommen. Sicherlich gab es da anfangs einige Probleme bei Schülern, Ausbildern und Lehrern. Betrachtet man aber nun den Istzustand, so kann man feststellen, dass dies aufgrund der einfachen Handhabung dieser Plattform mittlerweile kein Hindernis mehr darstellt. Diesbezüglich haben vor allem die Schüler sehr schnell gelernt und so lässt sich resümieren, dass die Schüleraktivität bei diesem Konzept nicht sonderlich angeregt werden musste. Da zudem ein Diskussionsraum zur Verfügung steht, können die Schüler bei Problemen oder Unklarheiten sich an bestimmte oder auch alle Teilnehmer eines virtuellen Raumes wenden und bekommen so schnell Hilfeleistung. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass wir uns größtenteils in einer Teilzeitschule, oftmals mit langen Blockpausen befinden und hier der Informationsaustausch stark erschwert ist.

Fazit: Die Unterrichtsqualität hat sich durch diese neuen Möglichkeiten zum Positiven weiterentwickelt. Verstärkt wurde dies auch dadurch, dass die Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der Fortbildungsinitiative Intel II im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie geschult und zertifiziert wurden. Den Schülern wurde die Handhabung im Unterricht, den Ausbildern bei den regelmäßig stattfindenden Koordinierungsgesprächen demonstriert.

Förderung der Schulentwicklung

Wie oben geschildert, erfolgte der Anstoß zu diesem Prozess vor ca. 2–3 Jahren. Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit einigen großen Ausbildungsbetrieben im Bereich der Banken und des Groß- und Außenhandels entstand die Idee die Lernortkooperation zu intensivieren.

In diesem Schuljahr wurden die virtuellen Klassen – ausgehend von den Vorarbeiten im Bank-, Groß- und Außenhandels- und Steuersektor – auch auf die Klassen der Einzelhändler, der Arzthelferinnen und der Zahnmedizinischen Fachangestellten ausgedehnt. Hinzu kamen die Fachbereiche Metall, Elektro, Bau sowie Ernährung und Körperpflege, welche teilweise aufgrund der Vielzahl der Berufe ihre virtuellen Klassen zusammengefasst haben. Durch Schulungsmaßnahmen des sog. Schuladministrators der „Teamlearn-Plattform“ wurde diese Technologie über die letzten beiden Jahre in die Schule integriert. In den bereits voll laufenden virtuel-

Vorstellung der virtuellen Klasse beim Fachforum in der Aula der Schule.



Betreuers, welcher die Verantwortung für den QP übernimmt.

Im Focus der Entwicklung der virtuellen Klassen stand auch immer den Informationsfluss mit den Schülern, Eltern, Lehrern und Betrieben zu vereinfachen. Durch diese moderne Technologie konnten wir diesbezüglich innovative Impulse setzen, welche eigentlich immer eher von der freien Wirtschaft erwartet werden. Wir

den QP ein und schon ist dieser in der virtuellen Fachklasse hinterlegt und archiviert. Gleichzeitig bekommen alle Mitglieder des QP ein E-Mail mit der Nachricht, dass ein neuer Blockplan vorliegt, welcher dann heruntergeladen oder auch ausgedruckt werden kann. Schneller und einfacher geht es nicht! Ähnliches lässt sich mit dem elektronischen Klassenkalender anführen. Alle Klassentermine wie etwa Schulaufgaben (mit Stoffverteilung), Fahrten und sonstige Termine sind dort eingetragen. Jeder Beteiligte kann sich nun rund um die Uhr und von jedem Platz der Welt aus informieren. Gerade im Teilzeitunterricht mit oft unregelmäßigen Unterrichtszeiten bietet dies enorme Vorteile.

Was die Kommunikation im Kollegium betrifft, so hat sich der Informationsfluss weitaus verbessert, da in der Berufsschule der Kontakt der Lehrer untereinander aufgrund des gestreuten Unterrichts über den ganzen Tag hinweg enorm leidet. Nun kann man sich – auch aufgrund des bei dieser Plattform hinterlegten Mail-Systems – bequem austauschen und über sämtliche Klassentermine und Klassenangelegenheiten informieren.

Kooperation und Kommunikation mit Schülern, Betrieben, Eltern, Lehrern

Mittlerweile ist ein großer Teil der Schüler an dieses System angeschlossen. Jedes Jahr werden die neuen Schüler registriert und die ausgetretenen Schüler gelöscht. Manche Schüler wünschen sich sogar, weiterhin noch



Startseite für die virtuellen Bankfachklassen.

len Klassen beteiligen sich alle Lehrer, welche in diesen Klassen unterrichten. Ein QP funktioniert nachhaltig nur, wenn alle Belange einer Klasse abgebildet sind. Der Konsens darüber wurde in Fachsitzungen gelegt, bei dem die Trümpfe der Vorzüge dieser Technologie bisher immer stachen. Um grundlegende Informationen zu verbreiten wurden Konferenzen genutzt, bei denen die QP's den Kolleginnen und Kollegen bzw. separat den Fachbetreuern vorgestellt wurden. Maßgebend ist sicherlich in erster Linie die Funktion des jeweiligen QP-

konnten uns bei den Koordinierungsgesprächen mit den Betrieben davon überzeugen, dass die Installation dieser Systeme nur positiv aufgenommen wurde. Nie zuvor war es einfacher alle Betriebe eines Ausbildungsberufes sofort und in Gänze über die Belange der Schule, des Unterrichts und der Schüler zu informieren. Als Beispiel sei die Veröffentlichung eines Blockplanes für das neue Schuljahr angeführt. Dieser musste vorher allen Lehrern, Schülern und Betrieben in Papierform zugestellt werden. Nun stellt der Verantwortliche den Blockplan in

einige Zeit im QP registriert zubleiben, um den Kontakt zu den anderen Schülern nicht zu verlieren.

Zudem dient der QP auch als Plattform um digitale Fotos von Projekten, Klassenfotos und dergleichen auszutauschen. Das heißt, Schüler stellen Ihre Unterlagen für andere zur Verfügung. Des Weiteren werden auch die Presseberichte von Projekten, Fahrten oder auch Ausbildergesprächen eingestellt. So sind die registrierten Teilnehmer stets auf dem aktuellen Stand. Auch Prüfungskataloge (getrennt nach Fächern) sind komplett in einigen QP's hinterlegt. Dies war vor allem ein Wunsch der Schüler, da diese sich sonst vor den Prüfungen immer die Kataloge umständlich und in Papierform besorgen mussten. Jetzt kann jeder Schüler diese Prüfungskataloge bequem über diese Plattform herunterladen.

Da in der Berufsschule die Kooperation mit den Eltern eher in den Hintergrund tritt, kommt der Kooperation mit den Betrieben eine besondere Bedeutung zu. Die meisten Gesichtspunkte dazu wurden in den vorangegangenen Punkten bereits beschrieben. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den Informationsveranstaltungen mit den Ausbildern das ge-

schilderte Engagement sehr löblich aufgenommen wurde. Die Ausbilder haben plötzlich eine Informationsfülle, auf welche sie bisher noch nie zugreifen konnten. Die Ausbildung in den Betrieben konnte dadurch sicherlicher einfacher gestaltet werden (Koordination der Ausbildungsinhalte in Schule und Betrieb (durch LVP), Versäumniswesen, Klassentermine, Vorbereitung auf die Prüfungen, Terminabstimmung, Kommunikation, Stundenplan, Berichterstattung ...). Um den Zugang zu vereinfachen, haben wir zudem auch Verbindungen (Links) zu allen QP's auf der Startseite unserer Homepage www.bsam.de eingebaut.

Beim Fachforum unserer virtuellen Klassen im Juni 2005 in unserer neuen Aula für alle Ausbildungsbetriebe, Schüler und Lehrer wurden die virtuellen Fachklassen zudem einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Das Echo diesbezüglich war überaus positiv. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit unseren virtuellen Klassen einen großen Schritt im Rahmen eines E-Learning-Konzeptes gehen werden und bereits gegangen sind. Die Nominierung als einzige berufliche Schule in Bayern für den „Bayern-Online-Preis 2005“ hat dies bereits bestätigt. <

Comenius Fremdsprachenprojekt:

Von Highlight zu Highlight

GERTRUD SCHILCHER-FUHRIG

Die Staatliche Berufsschule Neu-Ulm führt seit drei Jahren mehrere EU-geförderte Programme durch und konnte einiges an Erfahrung und Know-how im Bereich der internationalen Beziehungen, der Mobilitäts- und Vermittlungsprogramme erwerben.

Vor zwei Jahren hatten wir die Idee, einen Austausch unserer Schreiner im ersten Ausbildungsabschnitt mit Nordirland zu planen. Wir suchten eine Partnerschule und fanden ei-

ne hervorragende Grammar School in Newtownards, in County Down, südlich von Belfast am Strangford Lough gelegen.

Wir setzten die Idee in die Tat um und planten zusammen mit unserem Partner ein von dem EU-Programm Comenius unterstütztes Fremdsprachenprojekt. Dies sah zweiwöchige Aufenthalte beim jeweiligen Partner vor, die inhaltlich zwei Schwerpunkte aufwiesen:

Das Erlernen und Verbessern der Fremdsprache, d.h. der Sprache des

Partnerlandes, und das gemeinsame Erarbeiten eines Produktes.

Konkret bedeutet das: Die Erstauszubildenden der Schreinerei verbessern ihre Englischkenntnisse und die nordirischen Schüler studieren Deutsch. Unser gemeinsames Ziel ist es mechanisches Spielzeug herzustellen.

Der Besuch beim Partner

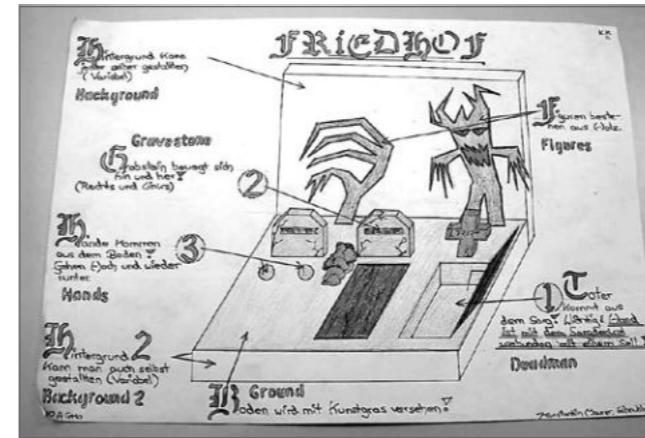
Zu diesem Zweck flogen 13 Azubis unserer Schreinerei im März 2005 nach Belfast, um sich dort zum ersten Mal mit ihren Austauschschülern zu treffen. Die Gastgeber erwarteten uns gespannt in ihren grünen Uniformen am Eingang ihrer Schule, der Regent House School und bereiteten uns einen fulminanten Empfang. Sie führten uns durch das Gebäude, zeigten uns ihre Klassenräume, Sportstätten und das „Department of Design & Technology“, in dem wir für die Zeit unserer Anwesenheit hauptsächlich verweilen sollten, um die Entwürfe für das technische Spielzeug anzufertigen.

Unsere Schreiner wurden den jeweiligen Partnern und ihren Gastfamilien vorgestellt und durften dort für die Zeit des Aufenthaltes eine unglaubliche Herzlichkeit, Freundlichkeit und Offenheit erfahren.

Die Verständigung war von Anfang an gut; die Kommunikation verlief zunächst mit einfachen Sprachmitteln, man lernte jedoch schnell hinzu und zeigte keine Scheu und ging aufeinander zu. Innerhalb kürzester Zeit entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen, insbesondere die nordirischen Mädchen fanden Gefallen an den meist männlichen deutschen Austauschpartnern. Ein Mädchen bezeichnete unsere Schüler als „hot“. (Ich lasse den Ausdruck so stehen und versuche keine Übersetzung.)

Die Projektarbeit

Sehr ernsthaft wurde auch das gemeinsame Projekt verfolgt: das mechanische Holzspielzeug. Es wird aus zwei Teilen bestehen: Dem oberen, sichtbaren Teil, der den beweglichen Mechanismus, also seine Schauseite, zeigt und dem unteren, nicht sichtba-



Gruselfriedhof – einer der Projektentwürfe.



Beim Entwerfen der Spielzeugideen.

ren Teil, der die Kurbel und Zahnräder enthalten wird, die für die Bewegung verantwortlich sein werden. Makabre Entwürfe reizten unsere Schüler besonders: Der ruhige Ort des Friedhofs, auf dem sich Gräber öffnen, Tote emporsteigen, um nach ihrer Auferstehung wieder ins Nichts zurückzufallen, Hände mit langen Spinnenfingern, die sich hoch krallen, um gleich wieder zu verschwinden, eine Kapellentür, die sich öffnet und schließt, um den Blick auf einen Aufgebahrten freizugeben. Aber auch der Spiderman darf nicht fehlen. Er klettert an Nieten eine Wand hinauf. Arme und Beine sind an Holzstäbchen befestigt. Die Figur ist statisch, nur das Mauerwerk, das er hinaufklimmt, bewegt sich durch die Drehung der Kur-

bel nach unten. Damit wird die Illusion einer ständigen Aufwärtsbewegung geschaffen.

Weitere Motive sind: Das Auf- und Abtauchen eines U-Bootes hinter sich seitlich von links nach rechts bewegenden Wellen; ein Fischer, der auf einem Steg sitzend eine Auf- und Abwärtsbewegung mit seiner Angel vornimmt; die Surferin, die vom Wellengang bewegt wird, während sich der Hintergrund mit den ziehenden Wolken und Vögeln an ihr vorbeidreht. Ideen waren in reicher Anzahl vorhanden; nun wird sich ihre Funktionsfähigkeit herausstellen müssen.

Freizeit- und Kulturprogramm

Überwältigend war auch das Freizeit- und Kulturprogramm, das uns am Wo-

chenende und nach Schulschluss geboten wurde: Wir fuhren in umliegenden kleine Ortschaften am Meer, wurden mit dem Auseinandersetzungen der Protestanten und Katholiken konfrontiert, besuchten das nordirische Parlament, besichtigten die Produktionsstätten von Bombardier in Belfast – alle Eindrücke hier wiederzugeben würde den Platz sprengen. Die Schüler waren auf jeden Fall überwältigt. Ein letzter Höhepunkt war noch der Besuch in Dublin mit der Besichtigung der Guinness – Brauerei.

Nordirisch-Deutsche Begegnung – unser Europa von morgen?

Nordirische Gastgeber und deutsche Gäste lernten sich kennen. Jugendliche, die sich ohne das Comenius- Fremdsprachenprojekt niemals begegnet wären, trafen sich, schlossen Bekanntschaften, vielleicht auch Freundschaften und sammelten wertvolle Erfahrungen. Sind es nicht diese winzigen Schritte, die unser zusammenwachsendes Europa von morgen bauen? Wir bekamen schwarze Schulkrawatten mit rotem Streifen als Gastgeschenke. Unsere Schüler zogen sie an und fanden, dass Schuluniformen keine schlechte Sache seien und man dies bei uns auch einführen sollte!

Mit Freuden erwarten wir den Gegenbesuch unserer nordirischen Freunde, um das Projekt „Herstellung von mechanischem Spielzeug“ erfolgreich zu Ende zu führen. Auch wir werden sie von Highlight zu Highlight geleiten. <



Im Nordirischen Parlament.

Bezirks- und Kreisverbände

KV Donau-Wald

Kreisversammlung in Zwiesel

Nicht die große Verbandspolitik mit den zahlreichen Problemen wie Arbeitszeiterhöhung, Arbeitszeitkonto und unzureichende Neueinstellungen stand bei der Jahresversammlung 2005 des Kreisverbandes Donau-Wald, die an der Glasfachschule in Zwiesel abgehalten wurde, im Vordergrund sondern eine ausführliche Besichtigung dieser über weite Grenzen Bayerns hinausragenden Glasbildungsstätte, die in Fachkreisen einen ausgezeichneten Ruf genießt. Der örtliche Kontaktkollege Karl-Heinz Weikelstorfer hatte die Veranstaltung hervorragend vorbereitet und Schulleiter Hans Wudy stellte sich als äußerst fachkundiger und sympathischer Referent gerne zur Verfügung. Mit Freude konnte Kreisvorsitzender Wilhelm Stelzl gut 25 Mitglieder, darunter auch einige Pensionisten, begrüßen, die den teils langen Anfahrtsweg von Straubing bzw. Deggendorf nicht scheuten. Sein besonderer Gruß galt dem Straubinger Schulleiter Udo Hartthaler und Bezirksvorsitzendem Rudi Puryear.

Schulleiter Hans Wudy gab zu Beginn seiner Ausführungen einen geschichtlichen Rückblick, wobei er besonders das Jahr 1974 hervorhob. Damals entstand mit der Angliederung der

Berufsschule für Glasberufe und optische Industrierberufe das jetzige Staatliche Berufsbildungszentrum (BBZ) für Glas, und damit eines der ersten beruflichen Kompetenzzentren in Bayern. Neben der Glasfachschule besteht noch eine Fachschule für Glashüttentechnik, eine Berufsschule für Glas- und optische Industrierberufe mit Landes- und Bundessprengel sowie eine Berufsfachschule für Glas, an der im dreijährigen Vollzeitunterricht verschiedene handwerklich orientierte Berufe, wie etwa Glas- und Porzellanmaler/in oder Glasbläser/in ausgebildet werden. Große Investitionen zur Erweiterung und Modernisierung der Berufsfach- und Fachschule in den letzten 10 Jahren ermöglichen ein modernes Ausbildungszentrum mit bundesweitem Einzugsgebiet, dessen Sachaufwandsträger der Landkreis Regen ist.

Nach der Frage der Eingangsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler erwähnte Schulleiter Wudy, dass diese sehr unterschiedlich seien. Alle hätten ein gemeinsames Ziel: das Glas. „Sie wollen als Glasbildner kreativ-gestalterisch arbeiten oder einen glashandwerklichen bzw. -industriellen Beruf erlernen. Und das können sie hier bei uns in kleinen Arbeitsgruppen mit engagierten Lehrern und in persönlicher Atmosphäre verwirklichen“, so Wudy weiter

Die Kreisverbandsmitglieder konnten sich anschließend bei einem

Rundgang durch die modernst ausgestatteten Räume der Glasfachschule von der hohen handwerklichen Kunst rund um das Glas überzeugen. Bewundert wurden vor allem die zahlreichen Exponate, deren modernes Design sofort ins Auge fiel. Kreisvorsitzender Stelzl bedankte sich bei Schulleiter Wudy für die ausführlichen Erläuterungen mit einem Weinpräsent und konnte feststellen, dass sich der Ausflug in den Bayerischen Wald für die Teilnehmer mehr als gelohnt habe. Die Veranstaltung klang im Anschluss an die Führung im Restaurant „Zur Waldbahn“ bei einem gemeinsamen Abendessen und noch vielen Gesprächen aus. *Wilhelm Stelzl*

KV Rosenheim-Miesbach

Riverboat Shuffle auf dem Chiemsee zum Schuljahresende

Der Vorstand des VLB-KV Rosenheim/Miesbach hatte sich für die Kolleginnen und Kollegen zum Schuljahresende etwas Besonderes ausgedacht und Ende Juli zur Riverboat Shuffle auf der MS Edeltraud auf dem Chiemsee eingeladen. Um 18.00 Uhr stach das Motorschiff der Chiemsee Schifffahrt von der Priener Anlegestelle Stock in See.

Das Wetter war zwar eher ungemütlich, aber heiße Rhythmen aus Swing, Rock'n'Roll, Blues, Jazz, Dixie und Boogie ließen den 300 Gästen auf dem Motorschiff die fünf Stunden Rundfahrt auf dem Chiemsee recht kurzweilig werden. Die Amper Stompers aus Erding mischten das Publikum u. a. mit „New Orleans-Jazz“ der zwanziger Jahre auf, während das Münchener Quartett Freebeer & Chicken mit Boogie Woogie-Sound auftrumpfte. Ein besonderer Genuss für Auge und Ohr bot die Show der Swinging Ladies De Luxe. Mit Songs, wie „Rum and Coca Cola“ von den Andrews Sisters und Swing- und Jive-Klassikern von Frank Sinatra, Nat King Cole und anderen Größen dieser Zeit, begeisterten die Wiener Sängerin Regina Hebein und die



Swinging Ladies De Luxe.

Pianistin Barbara Jascht. Die Idee und das Programm für die Riverboat Shuffle kamen bei den teilnehmenden Kol-

leginnen und Kollegen sehr gut an – für nächstes Jahr ist eine ähnliche Aktion geplant. *Martin Jungkunz*

BV Unterfranken

Medienpräsenz der beruflichen Bildung – entwicklungsbedürftig

Angesichts relativ seltener und z. T. schiefer bzw. fragmentarischer Darstellung von Problemen aus dem Bereich der beruflichen Schulen besuchte die unterfränkische BV-Vorsitzende Dorothea Helbig zusammen ihrem Pressereferenten Herbert Geiger sowie dem stellvertr. VLB-Landesvorsitzenden Wolfgang Lambl und VLB-Redakteur Martin Ruf den regionalen Medien-Matador Main-Post. Gemeinsam mit dem Leitenden Chefredakteur Peter Krones, dem für Bildungspolitik zuständigen Redakteur Dr. Ludwig Sanhüter, dem Ressortleiter Würzburg, Micheal Czygan, und den Lokalredakteurinnen Claudia Kneifel und Susanne Vankeirsbilck erörterten sie Möglichkeiten, Anliegen der beruflichen Bildung vermittels der Presse einem weiteren Personenkreis ans Herz zu legen. Bei allem Verständnis für die grundsätzliche Notwendigkeit derartiger Multiplikation wurde schnell deutlich, dass sie nur unter bestimmten Voraussetzungen Chancen auf Realisierung hat. Da sich die Regionalpresse ihrem jeweiligen Leserstamm verpflichtet fühle, habe nur Aussicht auf Veröffentlichung, was auch „einen deutlich erkennbaren lokalen Bezug aufweist“. Weitere Voraussetzungen seien demnach:

- Spezialthemen, solche die v. a. Verbandsinterna vermitteln, haben keine Aussicht auf Veröffentlichung.
- Anliegen des VLB als Ganzem, die in der überregionalen Presse vermittelt würden, sind für regionale Perspektive von untergeordneter Bedeutung.
- Landes- oder bundesweit interessierende Themen müssten folglich auf regionale oder lokale Bedeutsamkeit hin aufgearbeitet werden.
- Auch Leserbriefreaktionen können der Sache dienlich sein, wenn die Aktualität gewährleistet sein sollte.
- Termine würden angekündigt, wenn von allgemeinem Interesse und rechtzeitig bei der Redaktion vorgelegt.

HG



Von links: Martin Ruf (VLB), Claudia Kneifel (MP), Wolfgang Lambl (VLB), Peter Krones (MP), Dorothea Helbig (VLB), Michael Czygan (MP), Dr. Ludwig Sanhüter (MP), Susanne Vankeirsbilck (MP) und Herbert Geiger (VLB).



Interessierte Zuhörer lauschten Schulleiter Wudy bei der Führung durch die Werkstätten.

Fachgruppe Religion

Anzeige

FG Religion

Während der bayerischen Winterferien (Fasching) nach Israel

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Interessierte!

Mit dem Gruppen- und Israelspezialisten DK-Reisen (Kurt Dräger, Bad Neustadt / Saale) führt die FG Religion während der Faschingsferien 2006 eine Israelreise durch. Es haben sich bereits 20 Personen fest angemeldet und wir möchten auch Sie recht herzlich einladen.

Termin: 25. 02 – 05.03.06.

Kurzprogramm:

- 25.02.:** Flug Frankfurt – Amman, Manar – Hotel (Royal-Jordanian-Airlines)
- 26.02.:** Jordantal, Taufplatz Jesu, Allenby – Bridge nach Israel, Ölberg, Holy-Land-Hotel in Jerusalem
- 27.02.:** Ölberg, Altstadt Jerusalem
- 28.02.:** Vormittag: Bethlehem. Nachmittag: Freizeit in Jerusalem
- 01.03.:** Jordantal, Berg Tabor (mit Taxi), Nazareth, Übernachtung im Kibbutz Lavi
- 02.03.:** Bootsfahrt von Tiberias nach Kafarnaum, Tabgha, Berg der Seligkeiten, Fahrt nach Jericho, Übernachtung im Hotel Jericho Resort Village
- 03.03.:** Mit der Seilbahn nach Masada am Toten Meer, Baden, Qumran, mit der Seilbahn zum Berg der Versuchung in Jericho. Abend in Jericho
- 04.03.:** Allenby Bridge nach Jordanien, Madaba, Berg Nebo, Amman
- 05.03.:** Rückflug

Reisepreis pro Person: 1095 Euro HP mit allen Fahrten und Eintrittsgeldern

Kontakte und ausführliches Programm:

DK-Reisen
An der Bahn 7
97618 Niederlauer / Bad Neustadt
Tel. 09771 / 62265

Dr. Michael Persie
FG-Leiter Religion im VLB
Bahnhofstraße 41 b
97320 Buchbrunn
Tel. 09321/24663

FG Sport

Schweinfurt zum 4. Mal bayerischen Fußballmeister

Im Endspiel um den Fußball-Wanderpokal des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) schlugen die Lehrer aus Schweinfurt in Ingolstadt die Lehrer der dortigen Berufsschule nach Elfmeterschießen mit 4:2. Das Spiel stand nach Ende der regulären Spielzeit 0:0.

In der 1. Halbzeit war die Schweinfurter Mannschaft klar dominierend, versäumte es aber, die guten Chancen in Tore zu verwerten. In der 2. Hälfte hatten dann die Ingolstädter, aber auch wieder die Schweinfurter Lehrer sehr gute Chancen, um in Führung zu gehen, doch die jeweiligen guten Torhüter waren ein sicherer Rückhalt. So musste das Elfmeterschießen über den Ausgang entscheiden.

Der erste Elfmeter der Ingolstädter wurde gleich gehalten. Schweinfurt traf durch Matthias Endres. Der

zweite Elfer der Einheimischen ging an die Querlatte. Der zweite Schweinfurter, Volker Bieberich, traf wieder sicher zur 2:0 Führung. Der Ingolstädter Markus Holz verkürzte dann auf 2:1. Manfred Klüpfel erhöhte dann auf 3:1. Kreitmair Andreas verkürzte wieder zum 3:2. Der Schweinfurter Roman Mangold schoss dann den entscheidenden Elfer sicher zum 4:2 – Endstand. Damit war Schweinfurt zum vierten Mal bayerischer Fußballmeister. Oberbayerns VLB-Bezirksvorsitzender Rudolf Keil übergab den neuen Wanderpokal und den Siegerpokal bei der anschließenden Siegesfeier Feierstunde in der Berufsschule an den Schweinfurter Spielführer Winfried Hehn sowie den Pokal für den Vizemeister an den Spielführer der Ingolstädter Mannschaft Thomas Emmerling. Spät abends traten die Schweinfurter Lehrer mit viel Freude wieder die Heimreise an.

Der Wanderpokal bleibt somit ein Jahr in Schweinfurt. *Walter Wagner*



Links in den dunklen Trikots die neuen bayerischen Meister aus Schweinfurt, in der Mitte das Schiedsrichtergespann und rechts die Ingolstädter Mannschaft.

Senioren

Versorgungs-Wirrwarr

(vgl. auch „Zur aktuellen und zukünftigen Situation der Versorgungsbezüge“ in VLB-akzente 05/2004 S. 32 f.)

Glücklich, wer seine monatliche Pension ohne große Hinterfragungen und angesichts der nahezu täglich wechselnden Horrornmeldungen

– aus teils berufenem, teils und überwiegend aus unberufenem Munde von der Renten-/ Pensionsfront – ohne allzu große Zukunftsängste entgegennimmt und davon „lebt“.

Aussagen wie z. B. von Rürup: 2030 werden die Beamtenpensionen maximal noch 65 % betragen sind aber kaum noch zu überhören und die

klaglose Entgegennahme wird dann an der Erkenntnis: „das reicht nicht mehr“ scheitern.

Die mir in letzter Zeit sehr oft vorgetragene Klage: weder meine jetzige Pension noch viel weniger meine zukünftige Pension durchschaue ich mehr, was kommt da noch auf uns zu? liefert die Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen.

Was – mit allem Vorbehalt – möglich ist:

A. Die Darstellung der Hauptgrundlagen (in der Regel von Änderungen gegenüber früher) der jetzigen Pensionen;

B. Die Darstellung der künftigen Pensionen unter Berücksichtigung bereits im Entwurf vorliegender Gesetze;

C. Ein Blick auf Tendenzen der weiteren Zukunft.

Dabei wird deutlich, dass sich die Verschlechterungen bei weitem nicht auf Kürzungen in „Mark und Pfennigen“ bzw. Prozentsätzen beschränken. Die Zahlen-Puristen mögen sich unter A mit Ziffer 5 begnügen.

A. Hauptgrundlagen der derzeitigen Versorgungsbezüge

1. *Beamtenversorgungs-Änderungsgesetz vom 18. Dez. 1989 mit Wirkung ab 1. Januar 1992 (BGBl. I S. 2218)*

- Die Ruhegehaltsskala wurde linearisiert und gestreckt. Folge: Höchstversorgung wird nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Jahren erreicht.
- Für die Antragsaltersgrenze werden Versorgungsabschläge eingeführt.

2. *Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts von 24. Feb. 1997 (BGBl. I S. 322)*

- Absenkung der Zurechnungszeit auf 1/3.
- Berechnung der Versorgung bei Frühpensionierung nicht mehr fiktiv aus dem Endgehalt, sondern aus der tatsächlich erreichten Altersstufe (Ausnahme: Dienstunfall).
- Verschärfung des Verfahrens zum Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (Grundsatz:

„Rehabilitation vor Pensionierung“).

- Anhebung der Antragsaltersgrenze von 62 auf 63 Jahre.
- Vorziehen des Versorgungsabschlages bei der Antragsaltersgrenze stufenweise von 0,6 % ab 1998 bis 3,6 % im Jahr 2004.
- Begrenzung anrechenbarer Ausbildungszeiten auf generell drei Jahre
- Wegfall des Erhöhungsbetrages und Wegfall des Anpassungszuschlages.

3. *Gesetz zur Umsetzung des Versorgungsberichts vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666, 3128)*

- Bildung einer Versorgungsrücklage
- schrittweise Absenkung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus um etwa 3 % ab 1999 – in 15 Jahres-schritten um je 0,2 % verminderte Anpassung der Besoldung und Versorgung gegenüber den entsprechenden Tarifierhöhungen. Diese Absenkung wurde 3-mal vorgenommen. Mit In-Kraft-Treten des Bundes-Versorgungs-Änderungsgesetzes von 2001 (siehe dort) jedoch ausgesetzt mit der Maßgabe, dass nach Beendigung der dort vorgesehenen 8-maligen Absenkungen die unterbrochenen Rücklageabzüge fortgesetzt werden (2024?). Wann diese beiden Aktionen zu einem Ende kommen werden, ist nicht vorhersehbar, da Absenkungen der Zuwächse nur vorgenommen werden können, wenn Zuwächse vorhanden sind. Bei Null-Runden sind Absenkungen nicht möglich, d.h. eine Null-Runde verschiebt das Ende dieser Absenkungen um ein Jahr! Trotzdem, das Versorgungsänderungsgesetz nennt Jahreszahlen (siehe dort).
- Verlängerung der Wartezeit für die Versorgung aus dem letzten Amt von 2 auf 3 Jahre.
- Wegfall der Ruhegehaltsskala
- Verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeit.

4. *Gesetz zur Neuordnung der Versorgungsabschläge vom 19. Dez. 2000 (BGBl. I S. 1786)*

- Endgültige Einführung eines Versorgungsabschlages von 3,6 % je Jahr des vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung.

5. *Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dez. 2001 (BGBl. I S.3926)*

- Bei den acht Versorgungsanpassungen ab 2003 wird das Versorgungsniveau in gleichen Schritten (rd. 0,54 %) um insgesamt 4,33 % abgeflacht: von maximal 75 % auf 71,75 % = Sinken des jährlichen Steigerungssatzes von 1,875 % auf 1,79375 %. Zusammen mit der von 1999 – 2002 erfolgten Anpassungsminderung in Höhe von 0,6 % ergibt sich eine Gesamtabflachung von rund 5 %. Die Hälfte der ab 2003 erzielten Einsparungen fließt in die Versorgungsrücklage. Die noch 2003 vorgesehenen Anpassungsminderungen um jährlich 0,2 Prozentpunkte werden ausgesetzt und nach der 8ten auf den 31. Dez. 2002 folgenden Anpassung bis 2017 (!?) wieder aufgenommen.
- Das Witwen-/Witwergeld wird von 60 % auf 55 % vermindert (für Ehen, in der beide Partner am 31. Dez. 2001 das 40 Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, sowie für ab 01. 01. 2002 geschlossene Ehen).
- Einführung eines Kinderzuschlages und eines zusätzlichen Kinder-Ergänzungszuschlages und eines Kinder-Pflege-Ergänzungszuschlages analog der gesetzlichen Rentenversicherung.

6. *Bundessonderzahlungsgesetz – Art. 2 des Haushalts-Begleitgesetzes vom 29. Dez. 2003 (BGBl. I S. 3076)*

- Die Sonderzahlungen an Versorgungsempfänger des Bundes werden auf 4,17 % der jährlichen Versorgungsbezüge abgesenkt.
- Die Sonderzahlungen nehmen nicht an allgemeinen Anpassungen nach § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes teil und sind damit auf das Niveau von 2004 festgeschrieben.

6a. *Bayerisches Sonderzahlungsgesetz vom 09. März 2004 (aufgrund einer Öffnungsklausel war das Recht*

für Sonderzahlungen 2003 auf die Länder übergegangen). Geltungsdauer 2004–2006

- Kürzung des Weihnachtsgeldes – zuletzt etwa 84 % eines Monatsgehalts – für Aktive auf 65 % – für Versorgungsempfänger auf 60 % (stärkere Kürzung, weil man den Versorgungsempfängern das Urlaubsgeld mangels Masse nicht kürzen kann!)
- Streichung des Urlaubsgeldes (betroffen sind nur die Aktiven, die Versorgungsempfänger erhalten seit Jahren kein Urlaubsgeld mehr.)

Hier endet das relativ Sichere, der auf Gesetzen beruhende Boden – allerdings mit Fernwirkungen weit über die Gegenwart hinaus (vgl. 5)

B. Darstellung der künftigen Pensionen

Die Zeit der Absenkungen ist aber absehbar nicht vorüber. Aufgrund des unseligen – weil sachlich nicht gerechtfertigten – Grundsatzes, alle für das Rentenrecht beschlossenen Einsparungen/Verschlechterungen werden auf das Versorgungsrecht wirkungsgleich übertragen, lassen die nächsten Absenkungen absehen:

Das Rentennachhaltigkeitsgesetz vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1791)

Hauptinhalt: Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors, der die demographische Entwicklung mit der Folge: immer weniger Beitragszahler – immer mehr Rentenempfänger berücksichtigt. Bis 2030 wird er die Rentenzuwächse um jährlich 0,22 – 0,44 % absenken.

Entwurf eines Versorgungs-Nachhaltigkeitsgesetzes 2005

Die beabsichtigte wirkungsgleiche Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors auf die Beamtenversorgung hat – nach einem komplizierten Verfahren – folgende Auswirkungen: weitere Abflachung der nächsten fünf Versorgungsanpassungen unter Berücksichtigung der Abflachung durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 (vgl. A 05): 0,54 % + 0,2 %; danach Entscheidung über eventuelle Änderung der jährlichen Abrechnung.

Hochschulausbildungszeiten
Hochschulausbildungszeiten werden nur noch mit 855 Tagen als ruhegehaltfähige Dienstzeiten anerkannt. Die Abschmelzung ist in Monatschritten innerhalb 4 Jahren vorgesehen.

C. Ein Blick auf Tendenzen der weiteren Zukunft

Die zukünftige Entwicklung ist naturgemäß schwierig vorzusehen. Einig sind sich alle, dass bestenfalls eine gewisse Konsolidierung auf dem bis etwa 2040 weitgehend festliegenden – niedrigeren – Niveau möglich, eher wahrscheinlich aber weitere Einschränkungen notwendig werden.

Diese Generaleinschätzung tragen alle maßgebenden Parteien – es sei denn, das Arbeitslosenproblem wird gelöst.

Nicht unwesentlich für die Entwicklung dürfte sein, wie sich

- die Dienstrechtsreform und
- die Ideen der Föderalismuskommission (Bund-Länder-Kommission) weiterentwickeln.

Die Dienstrechtsreform

Bekanntlich ist es dem Beamtenbund nach Jahren der Stagnation unter dem neuen Bundesvorsitzenden Peter Heesen mit dem Innen-(Beamten)Minister Schily – gelungen, in ernsthafte Gespräche über die Modernisierung des Beamtenrechts zu kommen. „Erklärtes Ziel dieser Verhandlungen war es, das geltende Beamtenrecht fortzuentwickeln und in Form von Leistungselementen auch leistungsorientierter zu gestalten.“ Ergebnis der Verhandlungen mit dem Innenministerium unter Einbindung von ver.di (Vorsitzender Bsirske) war das sog. Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“.

Im Gefolge des Eckpunktepapiers forderte der BBB für die Beschäftigten von Bund und Gemeinden – die Länder haben sich leider ausgeklinkt – für die Jahre 2005, 2006 und 2007 je 300,00 Euro Einmalzahlungen. Das war das zwischenzeitlich zwischen dbb Tarifunion mit dem Bund und der VKA tarifvertraglich ausgehandelte Ergebnis für die Angestellten im öf-

fentlichen Dienst von Bund und Gemeinden. Darüber hinaus verlangt der DBB einen Ausgleich für die erhöhten Kürzungen bei Sonderzahlungen.

Die Forderung „Einmalzahlungen“ ist in den Gesetzentwurf vom 08./09. Mai 2005 eingegangen – allerdings mit dem bitteren Wermutstropfen „unter Ausschluss der Versorgungsempfänger“, weil die nicht besser als die Rentner gestellt werden dürfen, denen Null-Runden zugeordnet sind.

Die Neuwahl des Deutschen Bundestages hat zur Folge, dass der Entwurf dem Grundsatz der Diskontinuität zum Opfer fallen. (Die in einer Legislaturperiode nicht erledigten Anträge – besonders Gesetzesentwürfe – werden im neu gewählten Parlament nicht weiterbehandelt, sondern müssen gegebenenfalls neu eingebracht werden.)

Die Föderalismuskommission

Im Oktober 2004 hatten sie Bundestag und Bundesrat eingesetzt, um Fehlentwicklungen als Folge des föderalen Aufbaus unserer Republik möglichst zu stoppen, möglichst zu revidieren und für die Zukunft auszuschließen. Unter Leitung des Landesvertreters, des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und des Bundesvertreters, des SPD-Vorsitzenden Müntefering ging es im Wesentlichen um die

- Zuständigkeit von Bund und Ländern bei der Gesetzgebung
- Mitwirkungsrechte der Länder bei der Bundesgesetzgebung
- Finanzierung insbesondere von Gemeinschaftsaufgaben

Die Kommission hat sich in ihrer – vorläufig letzten – Sitzung am 17. Dez. 2004 nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen können. Letzter Anlass für das Scheitern war, dass keine Einigung über die Zuständigkeit für die Hochschulen erzielt werden konnte: die Länder beharrten auf ihrer verbrieften Kulturhoheit und forderten den beim Bund verbliebenen Restbestand an Rechten im Bereich des Hochschulzugangs und der Abschlüsse für sich, der Bund aber wollte auf die Restkompetenz auf diesem

sensiblen Gebiet nicht verzichten.

Mit einer Hauptforderung der Länder war die Rückübertragung der Kompetenzen für das Besoldungs- und Versorgungsrecht (Besoldungshöhe) auf die Länder. Auf Initiative einiger weniger Bundesländer – Bayern soll dabei eine nicht unmaßgebliche Rolle gespielt haben – wurden weitreichende Vorschläge zur Änderung des Art. 33 Abs. 5 GG gemacht. Dieser Artikel verankert das Berufsbeamtenrecht und die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in der Verfassung. Die Landesvorschläge reichten von der Abschaffung einzelner Grundsätze wie des Laufbahnprinzips und des Lebenszeitprinzips bis zur völligen Auflösung des Beamtenrechts zugunsten eines einheitlichen Dienstrechts (Nordrhein-Westfalen). Die Forderung der ausschließlichen Kompetenz für die Hochschulen fand sogar Eingang in das Wahlprogramm der Union (CDU).

Das zwischenzeitlich erarbeitete Eckpunktepapier fand zwar Eingang in die Beratungen der Kommission, konnte aber die Länder nicht von ihrer Linie abbringen

Schlimme Aussichten! – wenn sich das Papier durchsetzte! Ein Vorgesmack, wie die Länder ihre neue Kompetenz nutzen würden, war die Vorübertragung der Kompetenz für die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) 2003 auf die Länder (Öffnungsklausel): Zwischenzeitlich haben sie alle Bundesländer – auch Bayern, wenn auch mit 1-jähriger Schamfrist – zur Streichung bzw. wesentlicher Kürzung genutzt! Eine heillose Zersplitterung!

Fazit

Ich als einer, der sich – als interessierter Laie – mit der Materie mehr beschäftigt(e), kann die Klagen nur zu gut verstehen und die Zukunftsfrage natürlich nicht beantworten.

Quellen: Die angegebenen Bundesgesetzblätter, zahlreiche Artikel vor allem in den BBB-Nachrichten u. a. Heft 7/2005, Aktiv im Ruhestand, W + E insbesondere Heft 2/2005, S. 65 f.

Personalien

Verleihung des Bayerischen Staatspreises für Unterricht und Kultus an VLB-Ehrenvorsitzenden Hermann Sauerwein

Jährlich wird der Bayerische Staatspreis für Unterricht und Kultus maximal an zehn Persönlichkeiten aus den Bereichen Erziehung und Unterricht, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung sowie Kultusangelegenheiten vergeben. Er ist Anerkennung des Staates für Frauen und Männer, „die sich in herausragender Weise um Bildung und Gesellschaft in unserem Land verdient gemacht haben“, wie Kultusminister Siegfried Schneider bei der diesjährigen Preisverleihung betonte.

Zu den Preisträgern 2005 gehörte auch der VLB-Ehrenvorsitzende Hermann Sauerwein.

Nachfolgend die Laudatio des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Siegfried Schneider:

Sehr geehrter Herr Sauerwein, während fast Ihrer gesamten Laufbahn haben Sie sich für das berufliche Schulwesen in Bayern bzw. für die Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen eingesetzt: als langjähriger Lehrer an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg; als Leiter dieser Schule, die mit Berufsschule, Berufsfachschule für Maschinenbau, Fachoberschule und Berufsoberschule zu den größten in Bayern zählt; und insbesondere als Landesvorsitzender des VLB, des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

Im Rahmen dieser ehrenamtlichen Tätigkeit, die Sie von 1991 bis 2004 ausgeübt haben – als stellvertretender Landesvorsitzender sogar bereits seit 1979 – haben Sie wesentlich zur erfolgreichen Entwicklung des beruflichen Schulwesens in Bayern beigetragen. Innovationen wurden mit Ihrer Unterstützung, oft sogar auf Ihre Anregung hin eingeleitet bzw. umgesetzt und tragen deutlich Ihre Handschrift. Beispielsweise waren Ihnen die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung oder auch

Kultusminister Siegfried Schneider überreicht dem VLB-Ehrenvorsitzenden Hermann Sauerwein den bayerischen Staatspreis.



die praxisnahe Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte äußerst wichtige Anliegen, für die Sie entschlossen eingetreten sind.

„Ihren“ Verband, den VLB, haben Sie durch Ihr langjähriges Wirken maßgeblich geprägt. Sie waren sogar Motor seiner Gründung, indem Sie sich intensiv für die schrittweise Vereinigung der drei ursprünglichen Verbände bayerischer Berufsschullehrkräfte einsetzten. Sie haben die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände mitbegründet und waren turnusmäßig mehrfach ihr Sprecher. Auch auf Bundesebene wirkten Sie mit, indem Sie 25 Jahre lang den Freistaat Bayern im Hauptvorstand des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. vertraten. In all diesen Positionen stellten Sie nie die gewerkschaftlichen Aspekte in den Vordergrund, sondern stets die Verbesserung der Ausbildung der Schüler bzw. der Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte.

Doch Ihr Blick reichte noch weiter über Bayern hinaus: Als Schulleiter pflegten Sie Schulparterschaften mit zeitweise sieben Ländern aus ganz Europa. Als Landesvorsitzender des VLB war Ihnen die Zusammenarbeit mit den Lehrerorganisationen aus Baden-Württemberg, Österreich, Südtirol und der Schweiz besonders wichtig. Ein Beispiel hierfür ist die seit 20 Jahren aktive Arge alp, die Sie mitbegründet haben.

Sehr geehrter Herr Sauerwein, für Ihre großen Verdienste um die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens in Bayern und darüber hinaus verleihe ich Ihnen den Bayerischen Staatspreis für Unterricht und Kultus.

Irmingard Guggumos – 55 Jahre VLB-Mitglied

Vor 55 Jahren, am 12. November 1949, war der „Verband Bayerischer Berufsschullehrer“ in Nürnberg aus der Taufe gehoben worden. Wenig später, im Dezember 1949, trafen sich in der Hallschule in Augsburg Lehrer aus Augsburger Berufsschulen und gründeten den Kreisverband Augsburg. Mit dabei als Gründungsmitglied war Irmingard Guggumos.

Aus Anlass dieses Jubiläums dankte der Seniorenvertreter des KV Augsburg, Günter Hermannsdorfer, der Jubiläarin für ihre Treue zum Verband. Beruflich fand Irmingard Guggumos ihre Heimat an der B III in Augsburg, als Leiterin der Friseurabteilung und später Fachbetreuerin für Sozialkunde.

Stets regen Anteil sie nahm an der Arbeit unseres Kreisverbandes, und auch in den Jahren des Ruhestandes verfolgte sie die Geschehnisse im beruflichen Schulwesen und in der Verbandsarbeit. Mögen ihr noch etliche gute Jahre beschieden sein.

Günter Hermannsdorfer



Wir gratulieren im November ...

... zu Geburtstagen über 85

Steigerwald, Paul, 09.11.1919
90522 Oberasbach, KV Nürnberg
Zandering, Karl, 18.11.1919
91154 Roth, KV Ofr.-Nordost

... zum 85. Geburtstag

Blocksdorff, Heinrich Hugo, 21.11.
91056 Erlangen, KV Mfr.-Nord

... zum 80. Geburtstag

Langer, Heinz, 28.11.
84034 Landshut, KV Landshut
Queitsch, Margarete, 06.11.1
92331 Parsberg, KV Regensburg

... zum 75. Geburtstag

Hartwein, Georg, 21.11.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest
Jäger, Wilhelm, 20.11.
83278 Traunstein,
KV Traunstein BGL
Kleinstauber, Helga Diethilde, 13.11.
86368 Gersthofen, KV Augsburg
Wild, Georg, 13.11.
97688 Bad Kissingen,
KV Main-Rhön

... zum 70. Geburtstag

Felber, Erwin, 18.11.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordost
Grocholl, Christa, 23.11.
91056 Erlangen, KV Mfr.-Nord
Hergert, Karl-Heinrich, 25.11.
63897 Miltenberg, KV Untermain
Nürnberg, Anni, 30.11.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Ochsenfeld, Hildegard, 15.11.
85646 Anzing, KV Ofr.-Nordwest
Then, Reimund, 30.11.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Vogel, Dieter, 10.11.
95030 Hof, KV Ofr.-Nordost
Wellner, Erich, 27.11.
94081 Fürstzell, KV Ndb.-Ost
Wengenmayr, Hubert, 24.11.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Wolpert, Dieter, 20.11.
97204 Höchberg, KV Würzburg

... zum 65. Geburtstag

Behre, Günther, 08.11.
93049 Regensburg, KV Regensburg

Gretsch, Manfred, 09.11.
92717 Reuth b. Erbsdorf,
KV Opf.-Nord
Güldenbergs, Klaus, 30.11.
92245 Kümmerbruck,
KV Amberg-Sulzbach
Kiewitz, Ulrich, 27.11.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Kormann, Magda-Ruth, 09.11.
93057 Regensburg, KV Regensburg
Kröner, Jürgen, 08.11.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Oberhofer, Lothar, 28.11.
85221 Dachau, KV Obb.-Nordwest
Orel, Klaus, 26.11.
83043 Bad Aibling, KV Rosenheim-
Miesbach
Sammeth, Rüdiger, 26.11.1
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Schuler, Robert, 01.11.
63762 Großostheim, KV Untermain
Solf Frank, Hans-Jürgen, 11.11.
92711 Parkstein, KV Amberg-Sulzbach
Steger, Rudolf, 16.11.
82515 Wolfratshausen, BV München

... zum 60. Geburtstag

Hantl, Isolde, 18.11.
85095 Denkendorf, KV Obb.-Nordwest
Wagner, Helmut, 08.11.
93342 Saal/Oberschambach, KV Landshut
Wittmann, Josef, 10.11.
84137 Vilsbiburg, KV Landshut

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bitterwolf, Günther, BV München
Böhmer, Friedrich, KV Nürnberg
Burgenlehner, Leonhard,
KV Nordschwaben
Fraas, Reinhard, KV Ofr.-Nordost
Franz, Stella, KV Ofr.-Nordost
Demel, Herold, KV Obb.-Nordwest
Dopfer, Eugen, KV Nordschwaben
Ehrlinger, Hans-Georg, BV München
Gretsch, Manfred, KV Opf.-Nord
Großmann, Rainer, KV Altötting-
Mühlhofen
Harthaler, Udo, KV Donau-Wald
Hauenstein, Klaus, KV Nürnberg
Hesse, Werner, KV Obb.-Südwest
John, Fritz, KV Mfr.-Süd
Kiewitz, Ulrich, KV Nürnberg
Köhl, Günter, KV Nordschwaben

Körper, Sonja, KV Ndb.-Ost
Krebs, Manfred, BV München
Kröner, Jürgen, KV Neumarkt
Kormann, Erna, KV Nordschwaben
Leberfinger, Werner, KV Ndb.-Ost
Löw, Heinrich, KV Ndb.-Ost
Linhart, Adolf, KV Main-Rhön
Martin, Fritjof, KV Regensburg
Meder, Walter, KV Nordschwaben
Merz, Dietrich, KV Obb.-Südwest
Naubert, Peter, KV Allgäu
Oberhofer, Lothar, KV Obb.-Nordwest
Oehrlein, Ernst, KV Würzburg
Pausenberger, Richard, KV Regensburg
Petzoldt, Heinrich, KV Mfr.-Süd
Poldinger, Franz, KV Mfr.-Nord
Röbke, Herbert, KV Nordschwaben
Roth, Günter, KV Untermain
Sammeth, Rüdiger, KV Würzburg
Schimmack, Dieter,
KV Rosenheim-Miesbach
Schmiz, Gerhard, KV Obb.-Nordwest
Schnapp, Otto, KV Ofr.-Nordwest
Schott, Walther, KV Landshut
Schroll, Günther, KV Nordschwaben
Simlacher, Alfred, KV Allgäu
Spiegelhauer, Helmut, KV Ofr.-Nordost
Stedtfeld, Jochen, KV Allgäu
Te Kock, Heinz, KV Nordschwaben
Wawra, Peter, KV Obb.-Nordwest
Weh, Johann, BV München
Wieduwild, Ingelore, BV München
Zeitler, Alfred, KV Donau-Wald
Zeller, Josef, KV Rosenheim-Miesbach
Dr. Zimmermann, Peter, KV Allgäu
Zink, Heinz, BV München

Wir trauern um ...

Attenberger, Adolf, KV Ndb.-Ost (71)
Blocksdorff, Heinrich Hugo,
KV Mfr.-Nord (84)
Döbler, Norbert,
KV Bamberg-Forchheim (51)
Hofmann, Friedrich,
KV Bamberg-Forchheim (73)
Kerscher, Adolf, KV Augsburg (80)
Mäsel, Walter, KV Mfr.-Süd (73)
Prof. Dr. Sehling, Hans, BV München (76)

Termine

Ringvorlesung an der LMU München

Thema: „Wir und die anderen“ – Voraussetzungen für Gewalt und Frieden.

Wissenschaftler aus ganz Deutschland beleuchten die Wurzeln von aggressivem und friedfertigem Verhalten aus psychologischer, pädagogischer, soziologischer und religionswissenschaftlicher Perspektive ebenso wie die kulturelle Verarbeitung des Themas Gewalt.

Termin: immer dienstags von 19 bis 21 Uhr

Ort: Hauptgebäude der LMU (Geschwister-Scholl-Platz), Hörsaal 101, statt.

Beginn: 18. 10. 2005

Weitere Informationen zu den Themen und den Referenten und gegebenenfalls Änderungen finden Sie auf der Homepage der Universität unter www.lmu.de/ringvorlesung oder Dr. Hubert Schuler: schuler@germanistik.uni-muenchen.de

1 Tag für Lehrer – Mit Stil zum Ziel

Termin: 26. November 2005

Ort: Dachau bei München
Siehe ausführlich Ausschreibung in Heft 09/2005 Seite 29.

Die Anerkennung als Fortbildungsveranstaltung ist beantragt.

Nähere Informationen bei:
VLB Oberbayern Kreisverband
Nordwest- Horst Grünewald
Käthe-Bauer-Weg 13,
80686 München, Tel.: 089-589 585 95,
Fax: 089-589 393 85
E-Mail: gruenewald.h@web.de

Zum Vormerken:

Lernen fürs Leben – 9. Bayerischer Berufsbildungskongress der Bayerischen Staatsregierung

Termin: 12. – 15. Dezember 2005
Ort: Messezentrum Nürnberg

Nähere Informationen unter:
www.stmas.bayern.de

Fortbildungsveranstaltung der Fachgruppe Elektrotechnik

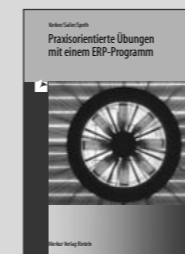
Thema: Was bringt die Zukunft den Berufsschulen?

Ort: Staatl. Berufsschule 1 Passau
Am Fernsehturm 1,
94036 Passau

Termin: Samstag, 22. Oktober 2005

09.30 Uhr
Begrüßung

Für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern zugelassen:

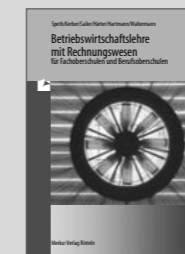


Kerber | Sailer | Speth
Praxisorientierte Übungen mit einem ERP-Programm

2. Auflage 2005
120 Seiten spiralt | 8,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-0509-3

Daten- und Lösungs-CD:
8,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-3509-X

Für das Fach „Übungen zur BWL mit Rechnungswesen“



Speth | Kerber | Sailer | Härter | Hartmann | Waltermann
BWL mit Rechnungswesen für FOS und BOS

1. Auflage 2004
520 Seiten | 29,00 EUR | ISBN 3-8120-0505-0

Lösungen:
22,00 EUR ■ | ISBN 3-8120-3505-7

Wichtig:

Die Übungsaufgaben richten sich inhaltlich an der Art der Aufgabenstellung aus, wie sie in der Abschlussprüfung verlangt wird.



Jaschinski | Hey | **Rechtskunde**

2. Auflage 2005
432 Seiten | 23,80 EUR ■ | ISBN 3-8120-0050-4
Lehrerbegleitheft 120 S. A4 | 20,00 EUR ■
ISBN 3-8120-3050-0

Durch die klare Struktur und Übersichtlichkeit sowie den pragmatischen Ansatz erleichtert dieses Buch die Einarbeitung in die teilweise komplexen Sachverhalte.

Merkur

Verlag Rinteln

31735 Rinteln
Fon: 05751 9503-23 Fax: 05751 9503-44
Net: www.merkur-verlag.de

Die Manipulation einer Studie

- Eine kritische Analyse der bisher erschienenen PISA-Studien
- Kompetente Informationsquelle für Eltern und Pädagogen

»... die Pisa-Diskussionen bergen einige Gefahren, die Josef Kraus, bodenständig und polemisch wie immer, in seinem Buch beschreibt. Gegen die Leistungsvergleiche zu Felde zu ziehen ist nicht seine Absicht,

vielmehr geht es ihm darum, die Legendenbildungen um Gesamt-, Einheits-, Gemeinschafts-, Alternativ- und Ganztagschulen zu entzaubern und die Ergebnisse der schulisch angeblich so vorbildlichen Finnen ebenso zu relativieren wie die Resultate der Asiaten.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung



ISBN 3-85436-376-1, 248 Seiten

Signum www.signum-verlag.de

10.00 – 12.00 Uhr

Neuordnung der Elektroberufe, Auswirkungen auf den Unterrichtsalltag
Referent: Horst Ellerckmann, Schulleiter des Berufskollegs Ennepetal

13.00 – 15.00 Uhr

Berufliche Ausbildung in Europa
Konsequenzen des Lissabon-Kopenhagen-Abkommens für Berufsschulen, Referent: N.N., BiBB

Für Sie Persönlich

Pressemitteilung des BBB:

Finanzministerium beabsichtigt Neuregelung des Beihilferechts

Der Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) wurde vom Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, in einem Gespräch am 26. September 2005 darüber informiert, dass er beabsichtige, dem Ministerrat die Schaffung eines eigenständigen bayerischen Beihilferechts vorzuschlagen.

Derzeitige Situation unbefriedigend

Der Finanzminister sieht die derzeitige Situation bei der Beihilfe als nicht befriedigend an. Durch die Gesundheitsreform sei das Beihilferecht in erheblichem Umfang verkompliziert worden. Die Folge seien ein enormer Verwaltungsaufwand und dadurch lange Bearbeitungszeiten.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass das Beihilferecht in seinen wesentlichen Grundzügen durch Gesetz zu regeln ist, sei nun für Bayern der Anlass, ein eigenständiges Gesetz zu schaffen.

Beabsichtigte Neuregelung: Pauschaler Selbstbehalt

In das Bayerische Beamtengesetz soll eine Bestimmung eingefügt werden, die die Grundzüge der neuen Beihilferegelungen festlegt. Zu den Einzelheiten soll eine Rechtsverordnung erlassen werden.

Wesentlicher Bestandteil der geplanten Neuregelung soll die Einführung eines sozial gestaffelten pauschalierten Selbstbehalts sein, der die derzeitigen vielfältigen Selbstbehalte wie z.B. „Praxisgebühr“ oder „Arzneimittelgebühr“ ersetzt.

BBB begrüßt eigenständige bayerische Regelung, trägt aber inhaltliche Bedenken vor

Der BBB-Vorstand hat einer eigenständigen bayerischen Regelung grundsätzlich zugestimmt, allerdings im Hinblick auf die Einführung eines pauschalen Selbstbehalts Bedenken vorgetragen. Jeglicher Selbstbehalt bei der Beihilfe sei systemwidrig und ungerecht. Die Beamtinnen und Beamten dürften durch eine Neuregelung keinesfalls zusätzlich belastet werden. Zudem sei zu befürchten, dass bei dem Versuch einer gerechten Ausgestaltung der sozialen Staffelung, Akzeptanzprobleme auftreten.

Keine Haushaltsaufbesserung gewollt
Der Finanzminister erklärte, dass „ei-

ne Aufbesserung des Haushalts mit der Neuregelung nicht gewollt“ sei. Es wurde vereinbart, Detailfragen der geplanten Neuregelung in weiteren Gesprächen zu erörtern.

Einmalzahlung (300,- Euro)

Der BBB-Vorstand nutzte die Gelegenheit, um auch die Frage der Einmalzahlung im Beamtenbereich anzusprechen, da Bundesbeamte bereits eine Abschlagszahlung erhalten haben.

Die BBB-Vertreter ließen nicht gelten, dass der Finanzminister auf die immer noch fehlende Rechtsgrundlage verwies. Schließlich habe Bayern die Öffnungsklausel im Bereich der Sonderzahlungen vorangetrieben, damit im Bedarfsfall auch zugunsten der Beamten gehandelt werden kann. Hier biete sich jetzt die Gelegenheit.

Der Finanzminister will die weitere politische Entwicklung auf Bundesebene abwarten und hat ein weiteres Gespräch zu diesem Thema zugesagt.

Wegstreckenentschädigung

In Anbetracht der drastisch gestiegenen Benzinpreise war die Forderung der BBB-Vertreter nach einer Erhöhung der Wegstreckenentschädigung ein weiteres Gesprächsthema.

Der Finanzminister stand diesem Anliegen sehr reserviert gegenüber und verwies u.a. auf die Diskussion zur Reduzierung der „Pendlerpauschale“ auf Bundesebene.

Der BBB-Vorstand wird die Thematik in einem Schreiben an den Finanzminister mit entsprechenden Beispielen vertiefen. *BBB*

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

z.B. errechnen wir Ihre Förder-Rente

Diese ist mehr denn je einer der wichtigsten Bausteine der privaten Altersvorsorge.

Sie wird staatlich gefördert durch Zulagen und Steuervorteile. Ab 2005 sind die Bedingungen Kundenfreundlich verbessert worden.

Achtung Männer!

Ab 2006 werden die sog. Unisex-Tarife eingeführt. Sie führen zu Leistungseinbußen bei den männlichen Kunden.

Reagieren Sie noch in diesem Jahr!

Neu unter www.vlb-bayern.de

Tauschpartner...

für Planstelle in Oberfranken gesucht ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeige

Ab sofort können Sie Ihr persönliches Kleininserat oder Ihr Firmeninserat als Fließsatz- oder Rahmenanzeige (siehe Beispiel rechts) via Internet in VLB-akzente aufgeben.

Alle weiterführenden und ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie jetzt unter ...

www.vlb-bayern.de
→ Kleinanzeigen

Netten Kollegen...

zur Freizeitgestaltung gesucht ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeige

Appartement...

für 1 bis 2 Personen zu vermieten ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeige

Autorenverzeichnis

Baer, Udo

Balderbruchweg 35, 47506 Neukirchen-Vluyn, Tel.: 02845-58129

Ursula, Hausner

Schul- und Kultusreferat, Neuhauser Str. 39, 80331 München

Kleierl, Bernhard

BS, Raigeringer Str. 27, 92224 Amberg, Tel.: 09621-4998-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und Hauptpersonalrat Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar, Tel.: 09363-5278

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung Kappellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: 08141-818524

Schilcher-Fuhrig, Gertrud

BS Ringstr. 1, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731-98584-0

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter Weitlstr. 66, 80935 München, Tel.: 089-38584084

Schricker, Günter

Widenmayerstr. 46 a, 80338 München, Tel.: 089-216345-0

Sulzer-Gscheidl, Elfriede

BS, Schönweißstr. 7, 90317 Nürnberg, Tel.: 0911-231-3945

Schulsplitter

Spiegelungen

Jedes Mal, bevor er die Wohnung verließ, grüßte er freundlich in den hohen Garderobenspiegel. Und je nach dem, wie innig der Abschiedskuss von seiner Frau Gemahlin ausgefallen war, grüßte er sich streng oder jovial; selten sogar überlegen oder verschmitzt freundlich. Dabei aber beobachtete er genau das Mienenspiel des Spiegelbildes und prüfte es auf die Wirkung, die es bei ihm selbst, dem Verursacher, auslöste.

Eines Tages entschloss er sich, nicht mehr sein Spiegelbild, sich selbst also zu grüßen, sondern den, der da im Spiegel auf die Begrüßung wartete, und dem er die Rolle eines Anderen zugewiesen hatte. Das geschah zu der Zeit, als er der Leiter einer großen Schule war.

Und jetzt begann ein regelrechtes Posenspiel in solcher Art, dass er zuerst das Bild des Gegenüber in eigener Phantasie erzeugte und bei sich selbst die Mienen und die Bewegungen ausprobierte, mit denen diesem Gegenüber zu begegnen wäre.

Einfach war dies, solange sein Gegenüber in hündischer Ergebenheit daherkam. Vor dem sich aufzubauen, in der Hand eine imaginäre Leine haltend, die sich auch jederzeit in eine Peitsche verwandeln konnte, das war die leichteste Übung in Abwechslung mit der großzügig gewährenden Geste, die dem Köter einen Knochen in Aussicht stellte. Nicht viel schwerer fiel es ihm, in diesem Bild die Rollen zu tauschen. Wenn sein Gegenüber sich nämlich plötzlich zum Herrchen aufrichtete, fiel es ihm nicht schwer, den Unterwürfigen herauszustellen, und wenn es der besseren Überzeugung diene, mit angelegten Ohren zu telefonieren und vorseilend und gebückt nach dem Rapportierbefehl

zu hecheln oder sich gar mit angewinkelten Beinen ergeben auf den Rücken zu legen.

Viel schwieriger waren die Mitteltöne in diesem Rollenkonzept darzustellen: Das kollegial zugeneigte Haupt gegenüber dem unsicheren Gesprächspartner; die zur Schau gestellte echte und laute Fröhlichkeit, die das Gegenüber zur Erzählung eines noch schlechteren Witzes verleiten konnte; die an den verschränkten Armen erkennbare verständnisinnige Ernsthaftigkeit, die dem Gegenüber noch jede wichtigtuende Vertraulichkeit entlockte. Am schwierigsten war die Gleichstellungsgeste, die von der Länge seines Gegenüber abhing: War es größer, so hätte er sich unwürdig strecken oder sich wenigstens auf eine höhere Türschwelle stellen müssen, war es kleiner, so gab es zwar die Möglichkeit, das Kreuz krumm zu machen und dabei den Kopf weit herabzusenken oder ein wenig in die Knie zu gehen – beide Posen neigten aber gefährlich zu einer lächerlichen Würdelosigkeit, die nur durch den Wechsel der Sprache ausgeglichen werden konnte, gleichsam vom Dur des dienstgemäßen Hochdeutschen zum Moll der vertrauten Mundart. Die Übungen reichten bis zur Ausgestaltung des Gangwerkes, das im Nu von pressanter Eilbewegung in einen befehlschweren Marschschritt wechseln oder sich in ein leises Heran- oder Einschleichen verwandeln konnte. Der größten Übung aber bedurften Spiel und Ausdruck der Augen.

Bei einer heftigen herrischen Bewegungsübung traf er den Spiegel so, dass er zerbrach. Und der davor stand, verwandelte sich von da an in ein Original: Hart, aber gerecht; freundlich, aber ehrlich; klug, aber nicht allwissend; verletzbar, aber nicht nachtragend; leicht distanziert, aber nicht unnahbar. Das Wunschbild.

Josef Eisele